

Staatsverschuldung 2011 im internationalen Vergleich

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise setzte weder die Fiskalkriterien laut Maastricht noch das **Verfahren bei einem übermäßigen Defizit (ÜD-Verfahren)** außer Kraft: Im Berichtsjahr 2011 waren 23 Mitgliedstaaten (einschließlich Österreich) mit einem ÜD-Verfahren konfrontiert. Das ÜD-Verfahren gegen Finnland wurde im Juli 2011 eingestellt. Ferner wurde Ende Mai 2012 seitens der Europäischen Kommission die Einstellung der ÜD-Verfahren gegen Deutschland und Bulgarien empfohlen. Für den Kreis der 23 EU-Mitgliedstaaten wurden seitens des Rats der Europäischen Union – unter Berücksichtigung länderspezifischer Gegebenheiten – Fristen zur Rückführung des Budgetdefizits unter den Referenzwert gesetzt, die wie folgt zusammengefasst werden können:¹³⁹

- Konsolidierungsphase bis 2011: Bulgarien und Malta
- Konsolidierungsphase 2012: Belgien, Italien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Ungarn (nach Fristerstreckung im März 2012), Zypern
- Konsolidierungsphase bis 2013: Dänemark, Deutschland, Frankreich, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, Slowakei, Spanien, Tschechische Republik
- Sonstige Konsolidierungsfristen: Griechenland (2014), Irland (2015), Großbritannien (Fiskaljahr 2014/15).

In den letzten Jahren waren bei mehreren EU-Ländern außergewöhnlich hohe schuldenerhöhende **Stock-Flow-Adjustments** infolge der Maßnahmen zur Rekapitalisierung der Banken und durch die Einrechnung der „bad banks“ in den Sektor Staat¹⁴⁰ festzustellen (z. B. 2008: Niederlande: +15,4% des BIP, Irland: +10,7% des BIP, Dänemark: +10,4% des BIP; 2010: Deutschland +7,4% des BIP). Im Jahr 2011 fielen die Stock-Flow-Adjustments demgegenüber mit wenigen Ausnahmen moderat aus.¹⁴¹ In Portugal standen die verhältnismäßig hohen Stock-Flow-Adjustments 2011 (+9,3% des BIP) im Zusammenhang mit der Übertragung von Assets privater Pensionskassen einzelner Banken in das staatliche Sozialversicherungssystem. In Ungarn ergaben sich Stock-Flow-Adjustments (+7,5% des BIP) infolge der Verstaatlichung privater Pensionskassen. In Zypern erklärten sich die Stock-Flow-Adjustments (+5,3% des BIP) durch die Ausweitung von Bareinlagen als Liquiditätspuffer. In **Österreich** erhöhten Stock-Flow-Adjustments den Schuldenzuwachs im Jahr 2011 um 1,3% des BIP. Dabei spielten die internationalen Maßnahmen zur Stabilisierung des Euro (EFSF), Hilfsmaßnahmen für Griechenland sowie Vorlauffinanzierungen des Bundes für das Jahr 2012 eine bedeutende Rolle (Näheres in Abschnitt 4.2.1).

6.2 Schuldenstand Ende 2011 gemessen an der Wirtschaftsleistung und der Einwohnerzahl

Die **öffentliche Verschuldungsquote** (Schuldenstand zu Jahresende in Prozent des BIP) der **Länder des Euroraums** stieg 2011 im Durchschnitt um 2,4 Prozentpunkte (2010: +5,7 Prozentpunkte) und erreichte Ende 2011 88,0% des BIP (2010: 85,6% des BIP). Die Verschuldungsquote der **EU-27** nahm ebenfalls zu und erreichte Ende 2011 83,0% des BIP (2010: 80,2%). Die Verschuldungsquote **Österreichs** 2011 in Höhe von 72,2% des BIP (2010: 71,9%) erhöhte sich im Vergleich dazu nur geringfügig und blieb deutlich unter den Durchschnittswerten der Euro-17 (2011: 88,0% des BIP) sowie der EU-27 (83,0% des BIP), allerdings wurde der Referenzwert zur öffentlichen Verschuldung nach Maastricht in Höhe von 60% des BIP merklich überschritten. Wie im Vorjahr übertrafen zum Jahresresultimo 2011 zwölf Länder des Euroraums die 60-Prozent-Marke. Mit Irland (108,2% des BIP) und Portugal (107,8% des BIP) kamen 2011 zwei Länder des Euroraums zur Ländergruppe mit einer Schuldenquote von über 100% des BIP hinzu (Griechenland: 165,3% des BIP; Italien: 120,1% des BIP).

¹³⁹ Siehe http://ec.europa.eu/economy_finance/economic_governance/sgp/deficit/index_en.htm

¹⁴⁰ Während in Deutschland, Portugal, Lettland (erst im Jahr 2012) und Großbritannien die Restrukturierung von Banken eine Sektorreklassifikation nach sich zog, blieben „bad banks“ in Österreich, Irland und Dänemark im privaten Sektor, da diese Institute weiterhin auf der Liste der EZB über „Monetary Financial Institutions (MFI)“ geführt werden.

¹⁴¹ Siehe http://epu.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/STOCK_FLOW_2012_APR/EN/STOCK_FLOW_2012_APR-EN.PDF

Staatsverschuldung 2011 im internationalen Vergleich

Im Berichtsjahr konnten drei Länder des Euroraums die **Schuldenquote reduzieren** (Deutschland: -1,8 Prozentpunkte, Luxemburg: -0,9 Prozentpunkte, Estland: -0,7 Prozentpunkte). Den höchsten **Anstieg der Verschuldungsquote** im Euroraum verzeichneten Griechenland (+20,4 Prozentpunkte), Irland (+15,7 Prozentpunkte), Portugal (+14,4 Prozentpunkte), Zypern (+10,2 Prozentpunkte) und Slowenien (+8,8 Prozentpunkte). Vergleichsweise moderat fiel der Anstieg der Verschuldungsquote in Finnland (+0,2 Prozentpunkte), Österreich (+0,3 Prozentpunkte) und Italien (+1,5 Prozentpunkte) aus.

In den **Nicht-EU-Staaten** (USA, Japan, Schweiz) entwickelten sich 2011 die Verschuldungsquoten sehr unterschiedlich: Die **USA** (Federal, State und Local Governments) verzeichneten einen Anstieg der Quote um 4,4 Prozentpunkte auf 102,9% des BIP. Für diese Entwicklung waren u. a. Maßnahmen im Bildungs- und Gesundheitswesen, Förderungsinitiativen für Klein- und Mittelbetriebe, aber auch die Ausweitung des Finanzierungsvolumens im Rahmen des „American Recovery and Reinvestment Act of 2009“ ausschlaggebend.¹⁴² In **Japan** (Zentralstaat, Gemeinden und Sozialversicherungsträger)¹⁴³ fiel 2011 der Zuwachs der Verschuldungsquote mit 14,5 Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr (+5,1 Prozentpunkte) beträchtlich aus. Dies ist vorrangig auf die Erdbebenkatastrophe vom März 2011 zurückzuführen (budgetäre Belastung durch Maßnahmen zum Wiederaufbau, Rezession infolge von Produktionsausfällen). Die Verschuldungsquote Japans lag 2011 bei 229,8% des BIP (2010: 215,3% des BIP). In der **Schweiz** (Bund, Kantone, Gemeinden und Sozialversicherungsträger) konnte die Rückführung der Verschuldungsquote fortgesetzt werden: Im Jahr 2011 erreichte die Quote 36,5% des BIP (2010: 37,9% des BIP). Wesentlich für diese Entwicklung war der gesamtstaatliche Budgetüberschuss, der – unterstützt durch den Ausgabenplafond – auf Basis der Schweizer Schuldenbremse des Bundes erzielt wurde.

Der **Schuldenstand pro Kopf** stieg 2011 im **Euroraum** um durchschnittlich 1.200 EUR (2010: +2.100 EUR) und erreichte 24.900 EUR. Die Pro-Kopf-Verschuldung der **EU-27** erhöhte sich von 19.600 EUR (2010) auf 20.900 EUR (2011). Im Euroraum verzeichneten die höchsten Zuwächse bei der Pro-Kopf-Verschuldung Irland (+5.500 EUR), Zypern (+2.500 EUR), Griechenland (+2.300 EUR) sowie Portugal (+2.200 EUR). Luxemburg konnte die Pro-Kopf-Verschuldung im Berichtsjahr geringfügig reduzieren (-100 EUR). **Österreich** lag 2011 mit +1.300 EUR etwas über dem durchschnittlichen Anstieg der Pro-Kopf-Verschuldung im Euroraum. Die Staatsschuld Österreichs erreichte 25.800 EUR pro Kopf zum Jahresende 2011 (2010: 24.500 EUR). Dieser Wert wurde im Berichtsjahr von Irland (37.700 EUR), Belgien (32.900 EUR), Griechenland (31.400 EUR), Italien (31.200 EUR) und Frankreich (26.300 EUR) übertroffen.

Die **Schweiz** konnte 2011 den Schuldenstand pro Kopf erneut rückführen (2011: 21.400 EUR; 2010: 21.900 EUR) und blieb damit deutlich unter dem Durchschnittswert des Euroraums. In den **USA** stieg im Jahr 2011 die öffentliche Verschuldung pro Kopf abermals gegenüber dem Vorjahreswert kräftig an (2011: +2.800 EUR; 2010: +4.200 EUR). Mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 38.500 EUR (2011) übertrafen die USA bereits die Dimension Irlands (37.700 EUR). **Japans** Pro-Kopf-Verschuldung nahm im Jahresabstand um 3.200 EUR zu. Mit einem Schuldenstand pro Kopf von 84.000 EUR im Jahr 2011 erreichte Japan mehr als das Dreifache des Durchschnittswerts der Euroraum-Länder.

¹⁴² Siehe <http://www.recovery.gov/Pages/home.aspx>

¹⁴³ In den Berichten bis zum Fiskaljahr 2008 konnte die Verschuldungsquote nur für den Zentralstaat Japan ausgewiesen werden.

Aktuelles Stabilitätsprogramm für Österreich

7. VORSCHAU: ÖSTERREICHISCHES STABILITÄTS-PROGRAMM FÜR DIE JAHRE 2011 BIS 2016

7.1 Rechtlicher Rahmen zur Erstellung des aktuellen Österreichischen Stabilitätsprogramms

Die Bundesregierung legte Ende April 2012 das Stabilitätsprogramm Österreichs für die Jahre 2011 bis 2016 der Europäischen Kommission vor.¹⁴⁴ Diese Programme sind jährlich zu erstellen und haben gemäß aktueller EU-Verordnung 1175/2011 u. a. folgende Angaben zu enthalten:¹⁴⁵

- das mittelfristige Budgetziel (beinahe ausgeglichener Haushalt oder Überschuss) einschließlich des geplanten Anpassungspfads und der zu erwartenden Entwicklung der Schuldenquote,
- die bei der Prognose unterstellten makroökonomischen Annahmen und
- eine Sensitivitätsanalyse, die die budgetären Auswirkungen bei Änderung der makroökonomischen Annahmen aufzeigt.

Der inhaltliche Aufbau der Stabilitätsprogramme wird zudem im Rahmen eines „Code of Conduct“, der zuletzt vom ECOFIN-Rat am 24. Jänner 2012 adaptiert wurde, vereinheitlicht und konkretisiert.¹⁴⁶ Die Übermittlung der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme (sowie der nationalen Reformprogramme) an die Europäische Kommission hat – dem Zeitplan des „Europäischen Semesters“ folgend (Näheres in Kapitel 4.3.1) – bis spätestens Ende April zu erfolgen. Bis Juli geben sodann der Europäische Rat sowie der Rat der Europäischen Union – auf Basis der Stellungnahmen und länderspezifischen Empfehlungen der Europäischen Kommission und der fachspezifischen Räte (siehe Kapitel 7.4) – politische Empfehlungen zu den Stabilitätsprogrammen der Länder des Euroraums ab. Der Zeitplan wurde derart festgelegt, dass die Mitgliedstaaten die EU-Empfehlungen in ihren Haushaltsplänen für das folgende Jahr berücksichtigen können.

7.2 Konsolidierungskurs Österreichs gemäß aktuellem Stabilitätsprogramm 2011 bis 2016

7.2.1 Erwarteter Wachstumspfad für Österreich

Im Basisszenario des aktuellen österreichischen Stabilitätsprogramms für die Jahre 2011 bis 2016 (Stand: April 2012) verliert im Jahr 2012 zunächst die heimische Wirtschaft mit einem realen BIP-Zuwachs von 0,4% gegenüber dem Vorjahr deutlich an Dynamik (2011: +3,1%). Im Folgejahr 2013 wird eine langsame konjunkturelle Erholung unterstellt (2013: +1,4%). In der zweiten Hälfte des Geltungszeitraums des Stabilitätsprogramms (2014 bis 2016) entsprechen sodann die unterstellten Wachstumsraten mit 2,0% bis 2,2% etwa dem langjährigen Durchschnittswert von 2,1%.

Infolge des konjunkturellen Einbruchs im Jahr 2012 öffnet sich die Outputlücke auf bis zu –1,0% des Potenzialoutputs (2013), nachdem sie 2011 geschlossen war. Ab dem Jahr 2014 liegt das reale Wirtschaftswachstum wieder über der Potenzialwachstumsrate der heimischen Wirtschaft (langfristige Veränderung des Bruttoinlandsprodukts bei einem normalen Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten; Berechnung nach der EU-Methode), sodass sich die Outputlücke gegen Ende des Betrachtungszeitraums wieder schließt (2015: +0,3% des Potenzialoutputs). Im Vergleich dazu geht die Eu-

¹⁴⁴ https://www.bmf.gv.at/WipoEUInt/Wirtschaftspolitik/506/Fiskalpolitiksterre_529/StaPro_2011-2016_DE.pdf

¹⁴⁵ Jene EU-Mitgliedstaaten, die nicht Teilnehmer der WWU sind, haben ihre mittelfristigen haushaltspolitischen Ziele in Form von Konvergenzprogrammen darzulegen, die zusätzlich Informationen über die Inflations- und Wechselkursentwicklung enthalten.

¹⁴⁶ Siehe Europäische Kommission, 2012. Specifications on the implementation of the Stability and Growth Pact and Guidelines on the format and content of Stability and Convergence Programmes. http://ec.europa.eu/economy_finance/economic_governance/sgp/pdf/coc/code_of_conduct_en.pdf

Aktuelles Stabilitätsprogramm für Österreich

Europäische Kommission bei ihrer jüngsten Konjunkturprognose vom Mai 2012 von **optimistischeren Wachstumsannahmen** (Anstieg des realen BIP für Österreich: 2012: +0,8%; 2013: +1,7%) aus. Die Europäische Kommission rechnet mit einer geringen negativen Outputlücke, die sich ab 2013 wieder schließen sollte.

Der konjunkturelle Verlauf ist allerdings vor dem Hintergrund der Staatsschuldenkrisen im Euro-Raum, der Fragilität des internationalen Banken- und Finanzsystems sowie der Entwicklung von Rohstoffpreisen mit hohen **Unsicherheiten** behaftet.

7.2.2 Gesamtstaatlicher Budgetpfad 2011 bis 2016

Die **budget- und wirtschaftspolitischen Zielsetzungen** der Bundesregierung für die Jahre bis 2016 beruhen auf einer Drei-Säulen-Strategie:

- Erzielen eines weitgehend ausgeglichenen gesamtstaatlichen Haushalts bis zum Jahr 2016 und dadurch Rückführung der Verschuldungsquote,
- Förderung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung durch Stärkung der Zukunftsinvestitionen sowie
- Fortsetzung von Strukturreformen.

Die Maßnahmen zur Umsetzung der Drei-Säulen-Strategie wurden im „**Stabilitätspaket für die Jahre 2012-2016**“ der Bundesregierung,¹⁴⁷ im neuen **Österreichischen Stabilitätspakt 2012** sowie in einem Paket zur **Gegenfinanzierung von Stabilisierungsmaßnahmen für den Bankensektor** festgelegt und enthalten folgende Elemente:

- **Ausgabenseitige Konsolidierungsmaßnahmen** des Bundes, wie z. B.
 - **Strukturreformen** zur Anhebung des effektiven Pensionsantrittsalters und Erhöhung der Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer (z. B. Erhöhung der benötigten Anzahl der Versicherungsjahre für vorzeitigen Pensionsantritt) sowie **moderate Pensionsanpassungen** 2013 und 2014,
 - **Verwaltungsreformmaßnahmen** (z. B. Zusammenlegung von Ausbildungseinrichtungen und kleinen Bezirksgerichten, Optimierung der Raum- und Gebäudenutzung, partieller Personalaufnahmestopp) und **niedrige Gehaltsabschlüsse** im öffentlichen Dienst,
 - Redimensionierung von **ÖBB-Infrastrukturprojekten** und **Reform des Fördersystems**,
- **Einnahmenseitige Maßnahmen**, wie z. B. Besteuerung von Gewinnen bei Immobilienveräußerungen, Finanztransaktionssteuer, steuerliche Abgeltungsvereinbarung mit der Schweiz, Schließung von Steuerlücken,
- **Konsolidierungsbeitrag der Länder und Gemeinden**: Dieser soll zur Hälfte durch die Beteiligung an den einnahmeseitigen Maßnahmen des Bundes finanziert werden und ausgabenseitig beim Gesundheitswesen und den Förderungen ansetzen,
- „**Offensivmaßnahmen**“ zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung, wie z. B. im Bereich der Universitäten und Fachhochschulen, der Forschungsförderung, der Pflegefinanzierung und Ganztagsbetreuung für Schüler.

Das mittelfristige Budgetziel eines strukturell ausgeglichenen Haushalts wurde durch die **Einführung der Schuldenbremse** in Form des neuen **Österreichischen Stabilitätspakts 2012** verankert und soll rückwirkend ab Anfang 2012 in Kraft treten. Die Schuldenbremse sieht ein strukturelles gesamtstaatliches Budgetdefizit von maximal 0,45% des BIP ab dem Jahr 2017 (Bund und Sozialver-

¹⁴⁷ I. und 2. Stabilitätsgesetz (BGBl. I Nr. 22/2012 und Nr. 35/2012).

Aktuelles Stabilitätsprogramm für Österreich

sicherungsträger: 0,35% des BIP; Länder und Gemeinden: 0,1% des BIP), das Wirkenlassen von automatischen Stabilisatoren, Ausnahmen im Fall von Naturkatastrophen und außergewöhnlichen Notsituationen und einen wieder rückzuführenden Budgetpuffer („Kontrollkonto“), der zusätzlich Defizitüberschreitungen von bis zu 1,6% des BIP erlaubt, vor. Eine Verankerung der Schuldenbremse in der österreichischen Verfassung erfolgte bislang allerdings nicht.

Tabelle 32: Budgetpfad des Staates und der Subsektoren für die Jahre 2011 bis 2016¹⁾

	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	in % des BIP					
Finanzierungssaldo Staat	-2,6	-3,0	-2,1	-1,5	-0,6	0,0
davon:						
Bundessektor	-2,4	-2,5	-1,7	-1,3	-0,6	-0,2
Länder und Gemeinden	-0,3	-0,5	-0,4	-0,3	-0,1	0,0
Sozialversicherungsträger	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1
Struktureller Budgetsaldo	-2,4	-2,1	-1,7	-1,3	-0,7	-0,4
Staatseinnahmenquote	47,9	48,7	48,9	48,7	48,7	48,7
Staatsausgabenquote	50,5	51,7	51,0	50,3	49,3	48,7
	Vorjahresveränderung in %					
Bruttoinlandsprodukt, real	+3,1	+0,4	+1,4	+2,0	+2,2	+2,1
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+5,3	+2,2	+2,9	+3,6	+3,8	+3,8

1) Gemäß österreichischem Stabilitätsprogramm (vom April 2012).
Quelle: BMF.

Das Stabilitätsprogramm sieht eine ausgeprägte **Konsolidierungsphase** aller Gebietskörperschaften mit dem Ziel, einen ausgeglichenen Maastrichtsaldo im Jahr 2016 zu erreichen, vor: Ausgehend von einem negativen **Finanzierungssaldo des Staates** von 2,6% des BIP im Jahr 2011, wird für das Jahr 2012 von einem vorübergehenden Anstieg des Budgetdefizits auf 3,0% des BIP ausgegangen, bevor eine kontinuierliche Rückführung einsetzt.¹⁴⁸ Dieser zunächst ansteigende Verlauf ist im Wesentlichen auf Stabilisierungsmaßnahmen für Banken und auf die Konjunkturschwäche im ersten Halbjahr 2012 zurückzuführen. In den Folgejahren kommen sowohl das „Loipersdorf-Paket“ vom Oktober 2010 sowie das „Stabilitätspaket für die Jahre 2012–2016“ zum Tragen. Zudem wird die Konsolidierung durch das gute konjunkturelle Umfeld gegen Ende des Geltungszeitraums unterstützt.

Die Konsolidierung soll im Wesentlichen durch strukturelle bzw. nachhaltige Maßnahmen erreicht werden. Ausgangspunkt ist ein **strukturelles Budgetdefizit** im Jahr 2011 von 2,4% des BIP, das im Vergleich zum Vorjahr (3,3% des BIP) bereits merklich reduziert wurde. In den Jahren 2012 bis 2016 soll das strukturelle Budgetdefizit laut Stabilitätsprogramm sukzessive gesenkt werden und im Jahr 2016 0,4% des BIP erreichen.

Die **Ausgabenquote** steigt ausgehend von 50,5% des BIP im Jahr 2011 auf Basis des aktuellen Stabilitätsprogramms auf 51,7% des BIP (2012) an. Für diesen Anstieg sind Transferleistungen an Banken, aber auch die Ausweitung der monetären Sozialleistungen infolge der konjunkturellen Abkühlung verantwortlich. In den Folgejahren spiegelt die ausgewiesene Rückführung der Ausgabenquote auf 48,7% des BIP (2016) die Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen gemäß Stabilitätspaket wider. Die jährliche budgetäre Entlastung gegenüber dem Basisjahr 2011 liegt in Summe zwischen 0,2% des BIP (2012) und 2,0% des BIP (2016). Den Konsolidierungsmaßnahmen stehen auch „Offensivmaßnahmen“ gegenüber, die Zusatzausgaben in der Größenordnung von 0,4% des BIP p. a. in

¹⁴⁸ Bei einer Verlangsamung des realen Wirtschaftswachstums um jeweils 0,5 Prozentpunkte p. a. gegenüber dem Basiszenario (Szenario 2 im Rahmen der Sensitivitätsanalyse gemäß Stabilitätsprogramm) würde das gesamtstaatliche Budgetdefizit mit Ausnahme des Jahres 2012 klar unter dem Referenzwert von 3% des BIP bleiben.

Aktuelles Stabilitätsprogramm für Österreich

den Jahren 2012 bis 2016 nach sich ziehen. Insgesamt wird gemäß Stabilitätsprogramm für die Jahre 2011 bis 2016 von einem **durchschnittlichen Ausgabenzuwachs** von 2,1% p. a. ausgegangen, der unter jenem des nominellen BIP von 2,7% liegt.

Die **Einnahmenquote** erhöht sich im Jahr 2012 auf 48,7% des BIP (2011: 47,9% des BIP) und verharret in weiterer Folge während des gesamten Geltungszeitraums des Stabilitätsprogramms auf diesem Niveau. Während im Jahr 2012 insbesondere der Sonderbeitrag zur Stabilitätsabgabe und die Vorwegbesteuerung der Pensionskassen zur Gegenfinanzierung der Transfers an die (teil)verstaatlichten Banken wirken, kommen ab 2013 v. a. die Mehreinnahmen auf Basis des Stabilitätspakets 2012–2016 zum Tragen. Die budgetwirksamen Mehreinnahmen belaufen sich im Jahr 2012 auf 0,4% des BIP bzw. 0,6% des BIP in den Folgejahren gegenüber dem Basisjahr 2011. Der Anstieg der Einnahmenquote 2012 geht auf einnahmeseitige Maßnahmen zurück (Loipersdorf- und Stabilitätspaket) und dürfte zusätzlich durch das (im Vergleich zum BIP) starke Wachstum der lohnabhängigen Abgaben infolge der hohen Gehaltsanpassungen 2012 bedingt sein. Insgesamt wird gemäß Stabilitätsprogramm ein **durchschnittliches Einnahmenwachstum** von 3,0% p. a. unterstellt.

7.2.3 Gesamtstaatlicher Verschuldungspfad 2011 bis 2016

Tabelle 33: Bestimmungsgründe der Veränderung der Schuldenquote des Staates 2011 bis 2016

	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Schuldenquote In % des BIP	72,2	74,7	75,3	74,6	72,8	70,6
Veränderung der Schuldenquote	+0,3	+2,5	+0,6	-0,7	-1,8	-2,2
davon: Beitrag ¹⁾						
des primären Saldos ²⁾	+0,0	+0,3	-0,6	-1,2	-2,0	-2,6
der Zinszahlungen des Staates	+2,6	+2,7	+2,7	+2,7	+2,7	+2,6
des nominellen BIP-Wachstums	-3,6	-1,6	-2,0	-2,6	-2,8	-2,7
des Stock-Flow-Adjustment	+1,3	+1,1	+0,5	+0,4	+0,3	+0,5

1) - = reduziert (+ = erhöht) die Schuldenquote.

2) - = Primärüberschuss.

Quelle: BMF; österreichisches Stabilitätsprogramm vom April 2012.

Die **Verschuldungsquote** Österreichs erhöhte sich 2011 durch die Ausweitung des Budgetdefizits und schulderhöhende Sondereffekte (u. a. Beiträge zum EFSF, Darlehensvergaben an Griechenland, Vorlauffinanzierungen für das Jahr 2012) abermals und lag Ende 2011 mit **72,2% des BIP** deutlich über der 60-Prozent-Marke. In den Jahren 2012 und 2013 steigt die **Verschuldungsquote** laut aktuellem Stabilitätsprogramm weiter bis auf 75,3% des BIP.¹⁴⁹ Erst mit dem Jahr 2014 (74,6% des BIP) soll eine Trendwende bei der Entwicklung der Schuldenquote erreicht und eine Rückführung auf 70,6% des BIP bis zum Jahr 2016 erreicht werden.

Die Entwicklung der Verschuldungsquote lässt sich in **einzelne Komponenten** zerlegen (Tabelle 33): Während im Jahr 2012 hohe Stock-Flow-Adjustments (insbesondere infolge der Dotierung des ESM und weiterer Hilfsmaßnahmen für Griechenland), das Primärdefizit und ein relativ geringes nominelles Wirtschaftswachstum zu einem deutlichen Anstieg der Verschuldungsquote führen, wirken ab dem Jahr 2013 die Primärüberschüsse und die Verbesserung der konjunkturellen Rahmenbedingungen zunehmend quotensenkend.

¹⁴⁹ Bei der Entwicklung der Verschuldungsquote sind die Beiträge Österreichs im Zusammenhang mit dem Krisenmanagement der Eurozone enthalten. Gemäß aktuellem Stabilitätsprogramm erreichen sie bis zu 3,0% des BIP (2014).

Aktuelles Stabilitätsprogramm für Österreich

7.3 Fiskalposition Österreichs unter Anwendung der neuen Fiskalregeln der EU

Das **mittelfristige Budgetziel Österreichs (MTO)** wird durch die Einführung der **Schuldenbremse** mit einem strukturell ausgeglichenen Budgetsaldo (konjunkturbereinigt und ohne einmalige Maßnahmen) definiert. Das Budgetziel gilt als erfüllt, wenn das gesamtstaatliche strukturelle Budgetdefizit die Obergrenze von 0,45% des BIP nicht überschreitet. Damit steht die nationale Zielsetzung mit der EU-Vorgabe auf der Grundlage des Stabilitäts- und Wachstumspakts und des Code of Conduct im Einklang, wonach – in Abhängigkeit von der Höhe der Staatsverschuldung und des Potenzialwachstums – ein strukturelles Budgetdefizit für Österreich von bis zu 0,5% des BIP zulässig ist. Bislang wurde das mittelfristige Budgetziel Österreichs deutlich verfehlt. Im Jahr 2011 lag der strukturelle Budgetsaldo bei –2,4% des BIP.

Unter Anwendung der **neuen fiskalpolitischen Vorgaben der EU** (Näheres in Abschnitt 3.1.1) zeigt sich im Vergleich zu den Anpassungspfaden gemäß aktuellem Österreichischem Stabilitätsprogramm Folgendes:¹⁵⁰

- Solange das nationale MTO nicht erreicht wird, muss die **strukturelle Defizitquote jährlich um durchschnittlich 0,5% des BIP reduziert** werden. In konjunkturell guten Zeiten sowie bei einer Verschuldungsquote von über 60% des BIP ist die Anpassung zu beschleunigen. Ausgehend von einem strukturellen Budgetsaldo von –2,4% des BIP im Jahr 2011 liegt die durchschnittliche jährliche Reduktion gemäß Stabilitätsprogramm bei rund 0,43% des BIP. Im Jahr 2016 sollen das strukturelle Budgetdefizit von 0,4% des BIP und das MTO erreicht sein. Die **strukturelle Anpassung** nimmt dabei gegen Ende des Geltungszeitraums zu („back-loaded adjustment“). Die **Anpassung des strukturellen Budgetsaldos** um durchschnittlich 0,4% des BIP p. a. entspricht den EU-Vorgaben nicht zur Gänze, da für Österreich eine durchschnittliche strukturelle Anpassung von **über 0,5% des BIP p. a.** aufgrund der Verschuldungsquote von deutlich über 60% und der guten konjunkturellen Rahmenbedingungen ab 2014 erforderlich ist. Laut aktueller Empfehlung des Rates der Europäischen Union (Juni 2012) soll Österreich allerdings den **Budgetpfad für 2012** – wie im **aktuellen Stabilitätsprogramm** vorgesehen – umsetzen.
- Der **jährliche (reale) Ausgabenzuwachs** des Staates darf die mittelfristige Wachstumsrate des Potenzialoutputs¹⁵¹ nicht überschreiten. Bei Überschreitung der Verschuldungsobergrenze von 60% des BIP ist der Ausgabenzuwachs stärker zu dämpfen. Für Österreich müsste der **Ausgabenzuwachs zumindest einen Prozentpunkt unter der Referenzwachstumsrate** liegen, um eine MTO-Anpassung von 0,5% des BIP p. a. zu erfüllen.¹⁵² Damit liegt der **zulässige Ausgabenzuwachs** Österreichs für die Jahre 2012 und 2013 bei **0,5%**. Dieser Wert wird gemäß Ausgabenpfad des Stabilitätsprogramms – unter Berücksichtigung der von der Ausgabenregel ausgenommenen Ausgaben – mit Ausnahme der Jahre 2012 und 2016 **eingehalten**. Diese Abweichungen sind aber nicht als Verstoß gegen die Ausgabenregel zu werten (2012 gelten die Vorgaben des ÜD-Verfahrens; 2016 kein Abschlag, da MTO bereits erreicht wurde).
- Die **Rückführung der Schuldenquote** muss in Österreich nach Beendigung des ÜD-Verfahrens innerhalb eines Übergangszeitraums von drei Jahren (voraussichtlich 2014 bis 2016) so gestaltet sein, dass eine Einhaltung der **neuen Schuldenregel** am Ende der Übergangsperiode (Ende 2016) sichergestellt wird. Mit einer Rückführung der Schuldenquote von 74,6% des BIP (2014) auf 70,6% des BIP (2016) gemäß Stabilitätsprogramm **erfüllt Österreich die Kriterien** der Schuldenregel (**Benchmark** laut Schuldenregel 2016: 72,3% des BIP).

¹⁵⁰ Die Ausführungen basieren auf Berechnungen von Grossmann/Hauth (2012); siehe <http://www.staatsschuldenausschuss.at/de/pub/publikationen.jsp>.

¹⁵¹ Die Referenzwachstumsrate entspricht dem Durchschnittswert der Jahre $t-5$ bis $t+4$ und ist für jedes Jahr neu zu berechnen.

¹⁵² Unter der Annahme einer Einnahmenelastizität von 1, einer Ausgabenquote von 50% des BIP und keiner Änderung der Zinsbelastung ergibt sich ein Wert von einem Prozentpunkt.

Aktuelles Stabilitätsprogramm für Österreich

- Die Einschätzung zur Einhaltung der fiskalpolitischen Vorgaben der EU setzt voraus, dass sämtliche **Maßnahmen** des Stabilitätspakets **vollständig umgesetzt** und die im Österreichischen Stabilitätspakt vereinbarten **Stabilitätsbeiträge** der Gebietskörperschaften **eingehalten** werden. Allerdings sind v. a. die Mehreinnahmen aus einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer sowie der Konsolidierungserfolg im Gesundheitsbereich mangels konkreter Maßnahmen ungewiss.

Hinsichtlich der **Vorgaben** im Rahmen des **ÜD-Verfahrens für Österreich** ist festzuhalten, dass

- die Konsolidierung entsprechend der Rats-Empfehlung im Jahr 2011 einsetzte und das gesamtstaatliche **Budgetdefizit bis zum Jahr 2013 nachhaltig unter den Referenzwert** von 3% des BIP gesenkt wird. Allerdings dürfte der dargestellte Konsolidierungspfad durch den vorübergehenden Anstieg im Jahr 2012 nicht der Intention des Rats der Europäischen Union entsprechen.
- die erforderliche (**strukturelle**) **fiskalische Anpassung** im Rahmen des laufenden ÜD-Verfahrens in Höhe von **durchschnittlich ¾ Prozent des BIP pro Jahr** zwischen 2011 und 2013 **nicht erreicht** wird. Gemäß Stabilitätsprogramm liegt die durchschnittliche jährliche strukturelle Anpassung zwischen 2011 und 2013 bei 0,46% des BIP.

7.4 Empfehlungen des Rates der Europäischen Union zur Budgetpolitik Österreichs

Die **Europäische Kommission** führte Ende Mai 2012 – dem Ablauf des „Europäischen Semesters“ folgend – eine **Bewertung**¹⁵³ des aktuellen österreichischen **Stabilitätsprogramms** für die Jahre 2011 bis 2016 gemeinsam mit dem Nationalen Reformprogramm Österreichs 2012 (**siehe** Abschnitt 4.3) durch, die im Einklang mit den Ausführungen im Abschnitt 7.3 steht. Auf Grundlage dieser Bewertung **empfahl der Rat der Europäischen Union**, dass Österreich im **Zeitraum 2012–2013**

- den Haushalt 2012 wie geplant umsetzt und den **Budgetplan** für das Jahr 2013 und die Folgejahre **verstärkt und strikt umsetzt**. Die **Maßnahmen** sind ausreichend zu **spezifizieren** (v. a. auf subnationaler Ebene), um eine rasche Korrektur des übermäßigen Defizits und die durchschnittliche jährliche strukturelle **Haushaltsanpassung entsprechend der Ratsempfehlungen** im Rahmen des ÜD-Verfahrens sicherzustellen. Danach sollte Österreich ausreichende Fortschritte bei der Erreichung des mittelfristigen Haushaltsziels sowie des Richtwerts für die Ausgaben erzielen;
- den **nationalen Budgetrahmen** stärkt, indem die **Verantwortungsbereiche** von Bund, Ländern und Gemeinden entsprechend ausgerichtet werden (insbesondere Reformen zur Verbesserung der Organisation, Finanzierung und Effizienz des **Gesundheits-** und des **Bildungssektors**);
- die **Harmonisierung des gesetzlichen Pensionsalters** für Frauen und Männer **beschleunigt**; die **Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer** verbessert und die Umsetzung neuer Reformen zur Beschränkung der Inanspruchnahme von **Frühpensionsmodellen** überwacht;
- die effektive **Steuer- und Sozialversicherungsbelastung der Arbeit verringert**, die steuerlichen Belastungen budgetneutral auf Immobilien- und Umweltsteuern verlagert, den hohen geschlechtsspezifischen **Lohnunterschied reduziert** und **Vollzeitbeschäftigungsmöglichkeiten für Frauen** schafft (Ausbau von Betreuungseinrichtungen für Kinder und Angehörige);
- weitere Maßnahmen zur **Verbesserung der Bildungsergebnisse** sowie zur Senkung der Abbrecherquote im Hochschulbereich ergreift;
- den **Wettbewerb im Dienstleistungssektor** weiter fördert und Zugangsbeschränkungen zu den **freien Berufen** abschafft;
- die **Banken**, die staatliche Unterstützung in Anspruch nahmen, **umstrukturiert und überwacht**; die **Zusammenarbeit/Koordinierung mit den Finanzaufsichtsbehörden anderer Länder** verbessert.

¹⁵³ Siehe http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/nd/csr2012_austria_de.pdf

Zusammenfassung des Berichts 2011**8. ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN****8.1 Ökonomische und institutionelle Rahmenbedingungen 2011**

- Die monetären und realökonomischen Entwicklungen im Euroraum standen im **Berichtsjahr 2011** im Zeichen der **Staatsschuldenkrisen** in einigen Ländern des Euroraums: Nur kurzfristig konnten andere Themen, wie die Anfang 2011 weltweit günstigeren Konjunkturaussichten, das Marktgeschehen positiv beeinflussen. Die Europäische Zentralbank reagierte mit einer Reihe von **geldpolitischen Sondermaßnahmen** (u. a. Programm für Wertpapiermärkte und 1-Jahres-Tender). Von den **Staats- und Regierungschefs der EU** wurden angesichts der zunehmenden Verwerfungen Schritte in Richtung einer stärkeren Fiskalunion gesetzt und eine Umschuldung Griechenlands in Kombination mit einem Hilfspaket letztendlich in die Wege geleitet (Abschnitte 2.1 und 2.3).
- Die **angespannten Marktgegebenheiten** führten zu einem starken Auseinanderdriften der Renditen. Vor allem im **dritten Quartal 2011** wurden immer mehr Kernstaaten des Euroraums vom **Verkaufsdruck** auf den Anleihemärkten erfasst. (Abschnitt 2.1).
- Die **Gebietskörperschaften in Österreich** konnten 2011 dennoch ihren **Finanzierungsbedarf** zu **sehr niedrigen Kosten** decken: Die Drei-Monats-Zinssätze auf dem **Geldmarkt** (EURIBOR) lagen im Jänner bei durchschnittlich 1,0% und im Dezember bei 1,4%. Der **10-Jahres-Zinssatz des Bundes** fiel 2011 mit volatiltem unterjährigem Verlauf im Jahresdurchschnitt mit 3,3% kaum höher als im Vorjahr aus (3,2%). Das historische Tief von Ende August 2010 mit einer Rendite von 2,8% wurde im September 2011 mit 2,7% nochmals unterschritten. Die **Staatsanleihen-Zinsstruktur** verschob sich im zweiten Halbjahr 2011 tendenziell nach unten, wobei der Rückgang bei den längerfristigen Laufzeitsegmenten zu verzeichnen war (Abschnitte 2.1 und 5.1.1).
- Die **österreichische Wirtschaft expandierte** im Jahr 2011 **sehr kräftig**: Das reale BIP stieg um 3,1% im Jahresabstand (2010: +2,3%) und erreichte damit eine Wachstumsrate, die markant über dem langfristigen Durchschnitt lag (durchschnittliches reales BIP-Wachstum 1995–2011: +2,1%). Im Vergleich dazu verlangsamte sich 2011 die Dynamik der **europäischen Wirtschaftsleistung** im Vorjahresvergleich (2011: +1,5%; 2010: +1,9%; Abschnitt 2.3).
- Der **Veränderungsprozess zur fiskalpolitischen Steuerung** in der EU wurde im Rahmen von **drei Legislativpaketen** festgelegt (Abschnitt 3.1):
 - „**Sixpack**“ der EU: Verschärfte Fiskalregeln im SWP, Richtlinien zum **nationalen Haushaltsrahmen** und **makroökonomische Überwachung**. Sie traten in Form von fünf EU-Verordnungen und einer Richtlinie am 13. Dezember 2011 in Kraft.
 - **Fiskalpolitischer Pakt** in Form eines **völkerrechtlichen Vertrags** („Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der WWU“) zwischen 25 Staats- und Regierungschefs der EU zur Stärkung der **Budgetdisziplin auf nationaler Ebene**.
 - **Verordnungsentwurf** zur **Haushaltskontrolle der Euroländer** mit zeitlich abgestimmter Überwachung und Bewertung von nationalen Voranschlägen („**Twopack**“-Entwurf der EK vom 23.11.2011).
- Bei den **Reformelementen** des **neuen SWP** und den Richtlinien zum **nationalen Haushaltsrahmen** sind folgende Aspekte hervorzuheben (Abschnitt 3.1):
 - Innerhalb des präventiven Arms des SWP ergänzen sich die Budgetregeln des **strukturellen Budgetsaldos** (strukturelle Defizitreduktion um 0,5% des BIP p. a.) und die **Aus-**

Zusammenfassung des Berichts 2011

gabenregel (realer Ausgabenzuwachs unter der Potenzialwachstumsrate). Ist die **Einnahmenelastizität kleiner als 1** (wie z. B. im Regelfall in Österreich), so ist davon auszugehen, dass die **strukturelle Budgetregel** vorrangig bindend ist.

- Die Anwendung **der Schuldenregel** bedingt im Regelfall keinen zusätzlichen Konsolidierungsbedarf, **wenn der Anpassungspfad zur Erreichung des MTO** im Sinn der EU-rechtlichen Vorgaben **eingehalten** wird und das **nomielle BIP** um zumindest 3% p. a. wächst.
- Die **Einhaltung der Fiskalvorgaben** wird durch einen stärkeren **Automatismus** (EK-Vorschlag in Bezug auf Sanktionen tritt in Kraft, sofern der Rat sich nicht mit qualifizierter Mehrheit dagegen ausspricht) und durch **zeitliche Straffung des Verfahrens** bei einem übermäßigen Defizit forciert.
- **Mindeststandards für die Fiskalarchitektur in den EU-Mitgliedstaaten** (u. a. höhere Transparenz bei der Budgetgebarung öffentlicher und staatsnaher Einheiten, nationale Fiskalregeln, Haushaltsrahmen mit Planungshorizont von mindestens drei Jahren, nationale Kontroll- und Koordinationsmechanismen) sind auf nationaler Ebene bis Ende 2013 umzusetzen.
- Bei **außergewöhnlichen Ereignissen** mit erheblichen Auswirkungen auf die Staatsfinanzen kommen bei allen fiskalischen EU-Vorgaben Bestimmungen zum Tragen, die **eine vorübergehende Abweichung von den Budgetregeln** ermöglichen.
- Der **Fiskalpakt** verschärfte die **Bestimmungen des „Sixpack“** insofern, als eine **strikte Umsetzung der EU-Vorgaben in nationales Recht** verpflichtend wird. Darunter fällt, dass die EU-Vorgabe eines **strukturell ausgeglichenen Haushalts** (Untergrenze von $-0,5\%$ des BIP) durch die Mitgliedstaaten rechtlich verbindlich und dauerhaft auf nationaler Ebene implementiert werden soll. Zudem müssen die Mitgliedstaaten einen **automatischen Korrekturmechanismus** einrichten. Der Vertrag tritt in Kraft, sobald ihn zwölf Mitgliedstaaten des Euroraums ratifiziert haben. Die Verabschiedung des Fiskalpakts ist Voraussetzung für eine Nutzung des permanenten Rettungsschirms ESM.

8.2 Fiskalposition Österreichs 2011 im Sinne von Maastricht

8.2.1 Defizitentwicklung sowie Einnahmen- und Ausgabenverlauf des Staates und seiner Subsektoren

- In Österreich konnte im Jahr 2011 das **gesamtstaatliche Budgetdefizit** massiv ($-1,9$ Prozentpunkte) vermindert werden (2011: 2,6% des BIP; 2010: 4,5% des BIP). Dieser (unerwartet) **hohe Defizitabbau im Jahr 2011** konnte vor dem Hintergrund der **regen Konjunktur** in Österreich realisiert werden und ist ein wichtiger **erster Schritt in Richtung eines strukturell ausgeglichenen Haushalts**. Das **konjunkturbereinigte Budgetdefizit Österreichs** (bzw. das **strukturelle Defizit** ohne Einmaleffekte) betrug 2011 ebenfalls 2,6% des BIP (Abschnitt 4.1.1).
- Für die Defizitreduktion im Jahr 2011 waren das „**Loipersdorf-Paket**“ vom Oktober 2010, das im **Österreichischen Stabilitätspakt 2011** mündete, das **hohe Wachstum** der österreichischen Wirtschaft (Anstieg des nominellen BIP: 5,3%), nicht in den Voranschlägen enthaltene **Einsparungen der Gebietskörperschaften (einschließlich Ausgliederungen und Leasing)** und die **ESVG 95-Verbuchung** von vorgesehene **Transfers** an die Hypo Alpe-Adria-Bank International AG im Jahr 2012 maßgeblich. Auch **haushaltsrechtliche Anreizmechanismen** zur Bildung von Reserven auf Bundesebene und in einigen Bundesländern unterstützten abermals den strikten Budgetkurs (Abschnitt 4.1.1).

Zusammenfassung des Berichts 2011

- Im **internationalen Vergleich** lag Österreichs **Budgetdefizit** im Jahr 2011 mit 2,6% des BIP deutlich unter den Durchschnittswerten der EU (EU-27: 4,5% des BIP; Euro-17: 4,1% des BIP). Neben Österreich blieben 2011 fünf weitere Mitgliedstaaten des Euroraums (Deutschland, Estland, Finnland, Luxemburg, Malta) unter dem Referenzwert von 3% des BIP (Abschnitt 4.1.1 und Kapitel 6).
- Der äußerst **niedrige Anstieg** der **staatlichen Ausgaben** im Jahr 2011 (+1,5 Mrd EUR oder +1,0%) wurde insbesondere durch die **Rückführung von konjunkturbelebenden Maßnahmen** und **Sparmaßnahmen** (einschließlich Ausgliederungen und zeitlicher Ausgabenverschiebungen) bei allen gebietskörperschaftlichen Ebenen, aber auch durch den **Wegfall von Einmalmaßnahmen** erreicht. So entlasteten geringere **Bankenstabilisierungsmaßnahmen** das Ausgabenwachstum 2011 in der Größenordnung von 1,0 Mrd EUR. Unter Berücksichtigung dieses Einmaleffekts fiel der gesamtstaatliche Ausgabenzuwachs im Jahr 2011 etwas höher (+1,6%) aus (Abschnitte 4.1.1 und 4.1.2).
- **Das Steueraufkommen des Staates** (FSVG 95-Darstellung) expandierte 2011 mit 4,2 Mrd EUR oder 5,4% sehr kräftig (2010: 2,2 Mrd EUR oder 2,9%). Die höchste Steigerung ging von den **direkten Steuern** und hier wiederum in erster Linie von der **Körperschaftsteuer** (+12,1%) und der **Lohnsteuer** (+5,7%) aus. Der Steuerzuwachs erklärte sich zum Teil durch **neue Steuern und Steuererhöhungen** (Stabilitätsabgabe der Banken, Flugticketabgabe, Erhöhung der Mineralölsteuer etc.) mit geschätzten Mehreinnahmen laut BMF von insgesamt 1,2 Mrd EUR für das Jahr 2011. Bezogen auf die Wirtschaftsleistung verringerte sich die **Einnahmenquote des Staates** durch den starken BIP-Anstieg im Zeitvergleich (Einnahmenquote 2011: 47,9% des BIP; 2010: 48,1% des BIP; Abschnitt 4.1.1).
- Die **Fiskalposition der Gebietskörperschaften** verbesserte sich 2011 **auf allen Ebenen** erheblich: Das Budgetdefizit der **Bundesebene** verringerte sich im Berichtsjahr 2011 um 1,1 Prozentpunkte auf 2,4% des BIP, jenes der **Landesebene (ohne Wien)** um 0,5 Prozentpunkte auf 0,3% des BIP und jenes der **Gemeindeebene** um 0,4 Prozentpunkte auf beinahe null. Die **Sozialversicherungsträger** verzeichneten 2011 infolge geringerer Bundestransfers und höherer Ausgabenzuwächse einen leichten Rückgang des Budgetüberschusses auf 0,1% des BIP (Abschnitt 4.1.3).
- Den Ländern und Gemeinden standen im Jahr 2011 durch die **zweite Etappe des FAG 2008** (strukturelle) **Mehreinnahmen** von 232 Mio EUR p. a. gegenüber der ersten FAG-Etappe (2008 bis 2010) zur Verfügung. Der **Zweckzuschuss** aus dem **Pflegefonds** an die Länder zur Abdeckung der Kostensteigerung im Bereich der Langzeitpflege belief sich 2011 auf netto 67 Mio EUR. Der Zweckzuschuss des Bundes für den **Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen** wurde im Jahr 2011 in Höhe von 10 Mio EUR festgelegt (Abschnitt 4.1.3).
- Das **Ausgabenvolumen der Bundesebene** (konsolidiert) wies im Jahr 2011 sogar einen leichten Rückgang (-0,1 Mrd EUR oder -0,2%) auf. Die Gesamtausgabenentwicklung war von einer Rückführung der **Transfers an Marktproduzenten** (-5,4%; v. a. Wegfall von Bankenhilfsmaßnahmen), einer Stabilisierung des **Transfervolumens an private Haushalte** (-0,4%) und einem moderaten Anstieg im Bereich **Sach- und Personalaufwand** (+1,7%) geprägt. Auch die **Zinszahlungen für die Staatsverschuldung** erhöhten sich aufgrund des äußerst niedrigen Marktzininsniveaus nicht markant (+2,1%; Abschnitt 4.1.3).
- Die **Gesamtausgaben der Landesebene** (konsolidiert) stiegen im Jahr 2011 mit einem Zuwachs von 0,8% sehr moderat. Für die Gesamtentwicklung des Jahres 2011 waren die Stabilisierung bei der bedeutenden Ausgabenkategorie des **Sach- und Personalaufwands** und der geringe Anstieg bei den **Transferleistungen an private Haushalte** (+1,3%) vorrangig verantwortlich. Auch wurden die Bruttoinvestitionen kräftig rückgeführt (-7,6%). Dabei dürften auch **Sondereffekte** (z. B. zeitliche Verschiebung von Ausgaben und der Übergang auf Leasingfinanzierungen) den Ausgabenzuwachs gedämpft haben (Abschnitt 4.1.3).
- Laut Schätzergebnissen der Statistik Austria waren im Jahr 2011 die **Gesamtausgaben** (konsoli-

Zusammenfassung des Berichts 2011

diert) der **Gemeindeebene** sogar leicht rückläufig (−0,3%). Diese Entwicklung signalisiert, dass sowohl **Konsolidierungsmaßnahmen** (z. B. Kooperationen, Einsparungen, Investitionsaufschub) als auch **Sondereffekte** zum Tragen kamen. So dürften sich beim starken Rückgang der **Bruttoinvestitionen** 2011 (−10,5%) die Rücknahme der Konjunkturbelebungsmaßnahmen insbesondere Wiens und abermals auch Ausgliederungen und Sonderfinanzierungen (z. B. Leasing; Abschnitt 4.1.3) widerspiegeln.

- Die **direkten Ausgaben des Staates für Investitionen** fallen seit Jahren äußerst niedrig aus (Bruttoanlageinvestitionen 2011: 2,9 Mrd EUR). Das **Leasingvolumen** (insbesondere Immobilienleasing der Länder) dürfte 2011 eine Größenordnung von zumindest 4,9 Mrd EUR erreicht haben (2010: 4,5 Mrd EUR). Das auf Basis einer Erhebung des Staatsschuldenausschusses **geschätzte außerbudgetäre Investitionsvolumen der Gemeindegesellschaften (ohne Wien)** erreichte 2010 eine **beträchtliche Größenordnung** von 1,2 bis 1,6 Mrd EUR (Abschnitt 4.3.2 und Kapitel 10: Sonderthema).
- Studienergebnisse über **kommunale Ausgliederungen** finden sich in Kapitel 10: „**Ausgliederungen im Bereich der österreichischen Gemeinden: Umfang, Leistungsspektrum und Risikopotenziale – Ergebnisse per Jahresende 2010** (Hauth und Grossmann, 2012)“.
- Das **Bankenpaket zur Stabilisierung des österreichischen Finanzmarktes** erhöhte im Jahr 2011 das **Budgetdefizit des Staates** (im Wesentlichen der **Bundesebene**) mit 0,3 Mrd EUR deutlich weniger als im Jahr 2010 mit 1,3 Mrd EUR. Die **Ausgabenseite des Bundesbudgets** wurde abermals durch Leistungen an **zwei Banken** (Hypo Alpe-Adria-Bank International AG, KA Finanz AG) belastet. Der **Schuldenstand** des Staates aufgrund des österreichischen Bankenpakets betrug Ende 2011 6,7 Mrd EUR (Abschnitt 4.1.2).
- Für das **Jahr 2012** sind wieder höhere **defizit- und schuldenrelevante Finanzströme** aus dem österreichischen **Bankenpaket** zu erwarten: Leistungen für die **KA Finanz AG** und für die **Österreichische Volksbanken AG** sowie Transfers des **Landes Tirol** an die **Hypo Tirol Bank** werden **defiziterhöhende Vermögenstransfers** von mindestens 2,3 Mrd EUR ergeben (Abschnitt 4.1.2).

8.2.2 Gesamtstaatliche Verschuldung 2011 laut Maastricht

- Die **Staatsverschuldung Österreichs** expandierte 2011 trotz erheblicher Defizitreduktion um 11,7 Mrd EUR oder 5,7%. Der Schuldenstand des Staates erreichte Ende 2011 insgesamt 217,4 Mrd EUR oder 72,2% des BIP (Ende 2010: 71,9% des BIP). Von der Gesamtschuld des Staates Ende 2011 entfielen 87% auf die **Bundesebene**, 8% auf die **Landesebene**, 4% auf die **Gemeindeebene** (einschließlich Wien) und 1% auf die **Sozialversicherungsträger** (Abschnitt 4.2.1).
- Der Staat erzielte 2011 einen **beinahe ausgeglichenen Primärsaldo** (2011: −0,1 Mrd EUR), der die **Staatsschuldenquote (ohne Stock-Flow-Effekte)** – angesichts hohem Wachstum und niedriger Durchschnittsverzinsung der **Staatsschuld** – **reduziert hätte**. Ein **Wirtschaftswachstum**, das über dem Durchschnittszinssatz der Staatsverschuldung liegt, stellte in den letzten beiden Jahrzehnten in Österreich aber die Ausnahme dar (zuletzt: 2005 bis 2007; Abschnitt 4.2.1).
- Die Zunahme der Staatsverschuldung lag 2011 um beinahe 4 Mrd EUR oder 1,3% des BIP über dem negativen Finanzierungssaldo laut Maastricht. Dabei spielten die **internationalen Maßnahmen zur Stabilisierung des Euro** und **Hilfsmaßnahmen für Griechenland**, die den Schuldenstand 2011 um 1,4 Mrd EUR **erhöhten**, sowie höhere **Vorlauffinanzierungen für das Jahr 2012** von netto 1,9 Mrd EUR seitens des Bundes eine bedeutende Rolle. Per Ende 2011 wurden **bilaterale Darlehen an Griechenland** in Höhe von 1,6 Mrd EUR gewährt und Darlehensvergaben durch die **Europäische Finanzstabilitätsfazilität** in Höhe von 0,5 Mrd EUR zugerechnet (Re-Routing; Abschnitt 4.2.1).
- Bis zum Beginn der **Finanz- und Wirtschaftskrise** erhöhte sich der Anteil der **Auslandsverschuldung** an der Staatsverschuldung Österreichs kontinuierlich bis 80%. In den Jahren zwi-

Zusammenfassung des Berichts 2011

schen 2009 und 2011 veränderte sich das Bild ein wenig, wenngleich das Interesse von ausländischen Investoren an Bundespapieren weiterhin sehr hoch war. Im Jahr 2011 erreichte der **Anteil der Auslandsverschuldung** ein Niveau von 74,8% (**Ende 2010: 75,2%**). Die Krise dürfte die Attraktivität inländischer Staatspapiere für österreichische Investoren wieder gesteigert haben (Abschnitt 4.2.2).

- Die Verschuldungsquote Österreichs blieb im internationalen Vergleich (Quelle: EU-Kommission; Stand: Mai 2012) zwar mit 72,2% des BIP deutlich unter den Durchschnittswerten der Euro-17 (88,0% des BIP) sowie der EU-27 (83,0% des BIP), überschritt aber den Referenzwert zur öffentlichen Verschuldung nach Maastricht in Höhe von 60% des BIP erheblich. Zum Jahresultimo 2011 übertrafen zwölf Länder des Euroraums die 60-Prozent-Marke (Abschnitt 6.2).

8.2.3 Finanzschuld des Bundes 2011

- Das Debt-Management des Bundes war im Jahr 2011 mit **schwierigen**, im Zeitablauf sich ändernden **Marktbedingungen** konfrontiert.
- Die **Ratingagentur Standard & Poor's (S&P)** stufte am 13. Jänner 2012 die langfristigen Länderratings von neun Ländern des Euroraums (**darunter auch Österreich**) – vor dem Hintergrund gestiegener Risikoprämien – ab. Österreich verfügt bei **anderen bedeutenden Ratingagenturen** (u. a. Fitch und Moody's) **weiterhin** über die **beste Bonität** (Abschnitt 5.1.1).
- Der **Zinsabstand Österreichs zu Deutschland** bei 10-jährigen Anleihen erhöhte sich im November 2011 auf beinahe 150 Basispunkte. Dieser extrem hohe Abstand verringerte sich mittlerweile wieder, betrug aber im Juni 2012 noch immer 88 Basispunkte (Jahresdurchschnitt 2011: 65 Basispunkte). Im Euroraum waren 2011 nur die Aufschläge der Niederlande und Finnlands um etwa 40 Basispunkte niedriger als jene Österreichs (Euro-12-Durchschnitt ohne Luxemburg: 401 Basispunkte; Abschnitte 2.1 und 5.1.1).
- Die **bereinigte Finanzschuld des Bundes** (ohne Eigenbesitz) erreichte Ende 2011 die Höhe von 183,2 Mrd EUR oder 60,8% des BIP. Der Anteil der **Fremdwährungsschuld** an der bereinigten Finanzschuld (nach Swaps) lag zum Jahresende 2011 nur noch bei 1,4% (**Ende 2010: 2,2%**), da Verbindlichkeiten mit Fremdwährungsrisiko rückgeführt wurden (Abschnitte 5.1.1 und 5.1.3).
- Der Bestand an **Darlehensforderungen des Bundes** (nach Swaps) an die **Bundesländer** (Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Salzburg, Wien) stieg im Jahr 2011 um insgesamt 1,3 Mrd EUR auf 7,6 Mrd EUR. Diese Finanzierungsform deckte etwas **mehr als die Hälfte** der gesamten **Finanzschuld der Länder** mit Wien in administrativer Abgrenzung (vorläufiger Stand Ende 2011: 13,1 Mrd EUR) ab (Abschnitt 5.1).
- Das Finanzierungsvolumen (**Bruttoschuldaufnahmen des Bundes**) fiel im Berichtsjahr 2011 mit 18,9 Mrd EUR (2010: 25,3 Mrd EUR) niedrig aus. Als primäre Finanzierungsquelle dienten neuerlich **EUR-Bundesanleihen** mit einer durchschnittlichen Laufzeit von 11,5 Jahren (2010: 10,7 Jahre). **Derivative Finanzierungsinstrumente** wurden 2011 infolge der unsicheren Marktverhältnisse kaum in Anspruch genommen (Abschnitt 5.1.1).
- Der **administrative Zinsendienst** (einschließlich „sonstiger Aufwand“) für die bereinigte Finanzschuld **stieg 2011** im Vorjahresvergleich infolge der niedrigeren Einnahmen bei Überpari-Emissionen **sehr deutlich**: Der Anstieg betrug 1,1 Mrd EUR oder 18,8%. Der Zinsendienst des Bundes (einschließlich sonstiger Aufwand) erreichte im Jahr 2011 insgesamt 6,81 Mrd EUR. Gegenüber dem **Bundesvoranschlag 2011** war dennoch – wie bereits in den Vorjahren – eine **deutliche Unterschreitung** des Zinsdienstes zu verzeichnen (Minderausgaben netto: 0,88 Mrd EUR) (Abschnitt 5.3.2).
- Im **Bundesvoranschlag für 2012** wurde für den Zinsendienst für die Finanzschuld des Bundes ein Gesamtaufwand von 7,85 Mrd EUR veranschlagt. Dabei soll sich der sonstige Aufwand für

Zusammenfassung des Berichts 2011

die Finanzschuld von einem Budgetüberschuss (2011: +0,40 Mrd EUR) in einen Budgetabgang (2012: -0,16 Mrd EUR) drehen, da kaum **Über-pari-Emissionen** erwartet wurden. Die bis Mitte 2012 durchgeführten Anleiheaufstockungen lassen abermals einen geringeren (administrativen) Zinsaufwand erwarten (Abschnitt 5.3.2).

- **Ab dem Jahr 2013** wird in der **Ergebnisrechnung des Bundesbudgets** eine Periodenabgrenzung der Zinskosten erfolgen, die den **ESVG 95-Normen** entspricht (Abschnitt 5.3.2).

8.3 Struktur und Entwicklung der Staatseinnahmen und -ausgaben 2007 bis 2011 (nach ESVG 95)

- Betrachtet man die **Ausgabenstruktur des Gesamtstaates**, so ergibt sich für 2011 folgendes Bild (Abschnitt 4.3.2):
 - **Öffentliche Transferleistungen an Dritte** (Sozialleistungen an private Haushalte und Subventionen an Unternehmen) binden 65% der Ausgaben des Staates.
 - 28% der **Ausgaben** werden für die **Produktion öffentlicher Güter und Dienstleistungen** (Löhne und Gehälter, Sachaufwand) und 5% für **Zinszahlungen** der öffentlichen Verschuldung aufgewendet.
 - Für **Bruttoinvestitionen** werden (direkt) lediglich etwa 2% der Gesamtausgaben verwendet.
- Innerhalb der Periode 2007 bis 2011 erreichten die **Transferzahlungen an private Haushalte** (monetäre Transfers, soziale Sachleistungen, sonstige laufende Transfers) mit einem Gesamtausgabenanteil von 53% die höchsten Zuwächse von durchschnittlich 4,0% p. a. Innerhalb der monetären Transferleistungen entwickelten sich 2007 bis 2011 insbesondere die **Pensionsleistungen** und staatlichen **Zahlungen bei Arbeitslosigkeit** überdurchschnittlich (Abschnitt 4.3.2).
- Die Dynamik der **sozialen Sachleistungen an private Haushalte** (v. a. **Pflege und Gesundheitswesen**) mit einem Ausgabenanteil von 11% flachte sich in den Jahren 2009 und 2011 merklich ab. Die jüngsten Entwicklungen dürften vorrangig auf kostensenkende Maßnahmen im Medikamentenbereich und bei den Landeskrankenanstalten zurückgehen. Eine **umfassende Strukturreform des Gesundheitswesens steht** allerdings weithin **aus** (Abschnitt 4.3.2).
- Die Entwicklung der **Transfers an Marktproduzenten** (Subventionen und Investitionszuschüsse laut ESVG 95) wurde in den **letzten Jahren** von (defizitrelevanten) **Zuschüssen an Banken** im Rahmen der österreichischen Hilfsmaßnahmen geprägt, die 2011 deutlich niedriger ausfielen (Anstieg 2007 bis 2011: 3,5% p. a.; Abschnitt 4.3.2).
- Der **Personalaufwand** des Staates (Arbeitnehmerentgelte) mit einem Anteil von zuletzt 18% an den Gesamtausgaben wies in der Beobachtungsperiode einen leicht unterdurchschnittlichen Anstieg von 3,3% p. a. auf. Bei dieser Kategorie dominierten die Ausgaben des Staates für das **Bildungswesen** mit einem Anteil von beinahe 40%, gefolgt von der **allgemeinen Verwaltung** mit 19%. Die **Ausgaben für Bildung in Summe** beliefen sich gemessen an den **Gesamtausgaben** auf 11% – mit leicht steigendem Verlauf im Zeitvergleich – während der Ausgabenanteil für die **allgemeine Verwaltung** mit zuletzt 13% eine rückläufige Entwicklung aufwies (Abschnitt 4.3.2).
- Die **öffentlichen Bruttoinvestitionen** wiesen 2011 einen Anteil an den Gesamtausgaben von 1,9% (2,9 Mrd EUR oder 1,0% des BIP) auf. Zählt man zu den staatlichen Investitionen jene hinzu, die von „**ehemaligen Staatseinheiten**“ (in der Vergangenheit als Teil des Sektors Staat klassifiziert und derzeit statistisch erfasst) bereitgestellt werden, so verdoppelt sich das öffentliche Investitionsvolumen beinahe (rund 5 Mrd EUR oder 1,8% des BIP). Als größter Investor fungierte 2011 die **Bundesebene** mit einem Anteil von 39%, gefolgt von der **Gemeindeebene** mit einem Anteil von 37%. Der Anteil der Landesebene lag 2011 bei 22% (Abschnitt 4.3.2).

Zusammenfassung des Berichts 2011

- Die **Zinszahlungen** für die öffentliche Verschuldung und die **Bruttoinvestitionen** wiesen in der Beobachtungsperiode 2007 bis 2011 im Durchschnitt sogar einen leicht **negativen Verlauf** auf. Dabei wurden die Ausgaben für Zinsen durch das rückläufige Marktzinsniveau und jene für Investitionen durch Ausgliederungen und Leasingfinanzierungen gedämpft (Abschnitt 4.3.2).
- Der **Ausgabenzuwachs des Staates insgesamt** (konsolidiert) lag 2007 bis 2011 bei durchschnittlich 3,4% p. a. (Abschnitt 4.3.2).
- Auf der **Einnahmenseite** decken die **Steuern und Sozialversicherungsbeiträge** mehr als 90% der Einnahmen des Staates. Weitere Finanzierungsquellen stellen **Produktionserlöse** (u. a. Leistungsentgelte), **Vermögenseinkommen** (u. a. Zinsen, Dividenden) sowie **Transfers** (u. a. Gerichtsgebühren, Garantieentgelte, Studienbeiträge (bis 2008)) an den Staat dar (Abschnitt 4.3.3).
- Die **Steuereinnahmen** expandierten 2007 und 2008 kräftig. Im Jahr 2009 war sodann durch die **Finanz- und Wirtschaftskrise** und die **Steuerreform 2009** ein markanter Rückgang des Steueraufkommens (−4,5%) zu verzeichnen. In den Folgejahren (2010 und 2011) wurde der Steuerausfall durch eine rege Konjunkturentwicklung und neue Steuern (v. a. Bankenabgabe, CO²-Zuschlag zur Mineralölsteuer, Flugticketabgabe) mehr als kompensiert. Das den Gebietskörperschaften zur Verfügung stehende Steueraufkommen 2011 erreichte 82,1 Mrd EUR und lag damit um 2,5 Mrd EUR über dem Niveau von 2007. Die **Steuereinnahmen** stiegen innerhalb der Beobachtungsperiode (2007–2011) im Durchschnitt um 2,3% p. a. (Abschnitt 4.3.3).
- Der Einbruch bei den **Sozialversicherungsbeiträgen** (Anteil an den Gesamteinnahmen von etwa 34%) fiel 2009 – infolge beschäftigungsfördernder Maßnahmen – deutlich weniger prägnant als der Steuerausfall aus. Die **tatsächlichen Sozialversicherungsbeiträge** wiesen 2007 bis 2011 Zuwächse von durchschnittlich 3,1% p.a. aus (Abschnitt 4.3.3).
- Der **Einnahmewachstum des Staates insgesamt** (konsolidiert) lag 2007 bis 2011 bei durchschnittlich 2,5% p. a. (Abschnitt 4.3.3).
- Zwischen den vier Teilsektoren des Staates bestehen enge Finanzverflechtungen: Obwohl die Steueranteile der einzelnen Gebietskörperschaften, die im FAG geregelt sind, direkt als Steuereinnahmen des jeweiligen Rechtsträgers (Empfängers) verbucht sind und das FAG 2008 Umwandlungen von Transfers in gemeinschaftliche Abgaben vorsah, deckten 2011 die **intergovernmentalen Transfereinnahmen der Länder** 39% und jene der **Gemeinden** 14% der jeweiligen **Gesamteinnahmen** ab. Bei den **Sozialversicherungsträgern** bedingt insbesondere der Bundesbeitrag zu den Pensionen (Ausfallhaftung und Ausgleichszulagen) eine innerstaatliche Einnahmenquote von 27% (Abschnitt 4.3.4).
- Bei der **Ausgabenseite** wird ersichtlich, dass im Wesentlichen die **Bundesebene** Leistungen (mit)finanziert, die von anderen öffentlichen Rechtsträgern erbracht werden (u. a. Landeslehrer, Investitionsbeiträge für Wohnbau, Umwelt und Infrastruktur (bis 2008), Bundesbeitrag zur Krankenanstaltenfinanzierung, Bedarfszuweisungen gemäß FAG). Im Jahr 2011 erreichten die gesamten Transferzahlungen zwischen der Bundes-, Landes-, Gemeinde- und Sozialversicherungsträgerebene rund 30 Mrd EUR (das sind 16% der Gesamtausgaben), wovon rund 21 Mrd EUR auf Zahlungen des Bundes entfielen. Die **Transferleistungen des Bundes** an die **Sozialversicherungsträger** expandierten äußerst stark in den Jahren 2008 bis 2010 (Erhöhung des Pflegegelds, hohe und vorgezogene Pensionsanpassungen 2009, Änderungen im Bereich der „Hacklerrcgelung“; Entschuldung der Gebietskrankenkassen). Im Berichtsjahr 2011 flachte sich die Dynamik wieder ab (Abschnitt 4.3.4).
- Es bestehen auch umfangreiche **Verflechtungen zwischen den Ländern und Gemeinden**, insbesondere in den Bereichen Sozialhilfe, Krankenanstalten, Pflichtschulen und Siedlungswasserwirtschaft, und dies jeweils in beide Richtungen. Die intergovernmentalen Transferausgaben der Länder beliefen sich 2011 (nach vorläufigen Daten) auf 1,8 Mrd EUR und jene der Gemeinden auf 2,6 Mrd EUR. Dabei sind **staatliche Transfers innerhalb der Subsektoren** mit z. B. Fonds oder Verbänden ausgeblendet, die den Umfang und die Komplexität des Finanzierungsgeflechts

Zusammenfassung des Berichts 2011

der öffentlichen Haushalte in Österreich noch verstärken (Abschnitt 4.3.4).

8.4 Schlussfolgerungen

- Das **Berichtsjahr 2011** mit einem Defizitabbau von 4,5% des BIP (2010) auf 2,6% des BIP (2011) könnte als **Trendumkehr in Richtung nachhaltiger Konsolidierung** mit Ausloten von ausgabenseitigen Sparpotenzialen **aller öffentlichen Haushalte** und dem Ziel eines **strukturell ausgeglichenen** Budgets in Österreich interpretiert werden. 2011 betrug das strukturelle gesamtstaatliche Defizit 2,4% des BIP.
- Der **hohe Defizitabbau** und das **hohe Wachstum** in Österreich **im Jahr 2011** zeigen, dass die **erfreuliche Konjunkturlage** die **Budgetkonsolidierung** erleichterte und dass die erfolgten **Konsolidierungsmaßnahmen des Staates** die Konjunktur nur geringfügig (Wachstumseinbußen von 0,1 bis 0,3 Prozentpunkten) abschwächten.
- Das **Erfordernis einer Konsolidierung der öffentlichen Finanzen in Österreich** nahm durch die Krise und die damit einhergehenden budgetären Implikationen (Anstieg der Staatsschuldenquote, Anstieg des strukturellen bzw. permanenten Budgetdefizits) erheblich zu. Die labile internationale Lage trägt zu einer erhöhten Risikoaversion auf den Finanzmärkten bei, die **negative Schuld-Zins-Spiralen** rascher auslösen kann.
- In den Jahren **2007 bis 2011** lag der **Zuwachs der Gesamtausgaben** aller öffentlichen Haushalte (gemäß FSVG 95) in Österreich bei durchschnittlich 3,4% p. a. und damit klar **über dem nominalen BIP-Wachstum** von 2,4% p. a. Dabei fiel das Ausgabenwachstum in den Jahren 2007 und 2008 höher aus als in den Krisenjahren danach. Erst im Berichtsjahr 2011 war der Zuwachs der Staatsausgaben mit 1,0% sehr gering und lag deutlich unter dem Ausgabenwachstum.
- Die rege Konjunktorentwicklung in Österreich führte im Berichtsjahr 2011 – trotz Steuererhöhungen im Zuge des „**Loipersdorf-Pakets**“ – zu einer leicht rückläufigen Abgabenquote. Im **internationalen Vergleich** rangierte Österreich mit einer Abgabenquote (einschließlich imputierte Sozialversicherungsbeiträge und EU-Beiträge) von 43,5% des BIP aber weiterhin **deutlich über dem Euro-17-Durchschnitt** von 40,7% des BIP (Quelle: Europäische Kommission, Mai 2012).
- Die stark **risikoaverse Ausrichtung des Debt-Managements des Bundes** hinsichtlich Refinanzierungsrisiko und Zinssensitivität des Schuldenportefeuilles in Cash-Betrachtung (lange Duration, hohe Fixzinskomponente) wurde 2011 fortgeführt.
- Aus **fiskalpolitischer Sicht** sind folgende drei Implikationen hinsichtlich des **Zinsaufwands** für die **Staatsverschuldung** zu beachten:
 - Eine **erfolgte Schuldaufnahme** ist wieder zu **refinanzieren**, sofern keine **Rückführung des Schuldenstands** erfolgt. Für einen **Schuldenabbau** in absoluten Größen sind **Budgetüberschüsse** oder ein Verkauf von **Vermögenswerten** erforderlich.
 - Das derzeit **niedrige Marktzinsniveau dämpft** die **nachhaltigen Zusatzausgaben** der Verschuldung.
 - Eine Einengung des Handlungsspielraums im Budget nimmt **mit dem Abstand zwischen dem Zinssatz der Staatsverschuldung und dem Wirtschaftswachstum** zu („Zins-Wachstum-Differenzial“).

Die geplante **Reduktion des strukturellen Budgetdefizits von 2012 bis 2016** beträgt gemäß aktuellem österreichischen Stabilitätsprogramm durchschnittlich 0,4% des BIP p. a. Nach den Empfehlungen des Rats der Europäischen Union (Juni 2012) soll Österreich den **Haushalt 2012 wie geplant** und die **Haushaltsstrategie für das Jahr 2013 und darüber hinaus verstärkt und strikt umsetzen**, um die Erreichung der durchschnittlichen, jährlichen strukturellen Haushaltsanpassung sicherzustellen, die vor dem Hintergrund des ÜD-Verfahrens (durchschnittliche strukturelle Anpassung von 0,75% des BIP p. a. von 2011 bis 2013) festgelegt wurde.

9 ANHANG

A1	Empfehlungen des Staatsschuldenausschusses seit Erscheinen des letzten Berichts	117
A2	Fiskalindikatoren laut Maastricht 1995 bis 2012: Finanzierungssaldo, Verschuldung, Zinsaufwand, Primärsaldo, Ausgaben-, Einnahmen- und Abgabenvolumen des Staates.....	125
A3	Bereinigte Finanzschuld und Nettodefizit des Bundes 1965 bis 2011	127
A4	Zinsen und Tilgungen für die Finanzschuld des Bundes 1970 bis 2012.....	128
A5	Struktur der Finanzschuld des Bundes nach Schuldformen: Stand und Anteile 1970 bis 2011 sowie Restlaufzeit und Nominalverzinsung 1995 bis 2011	130
A6	Fremdwährungsschuld des Bundes nach Währungen: Stand und Anteile 1980 bis 2011 sowie Fremdwährungsschuld im engeren Sinn 2001 bis 2011	136
A7	Finanzschuld i. e. S. und Cross-Currency-Swaps nach Schuldformen 2011	140
A8	Langfristige Verbindlichkeiten von Unternehmen öffentlicher Gebietskörperschaften 2005 bis 2011	141
A9	Finanzschuld der Länder (Stand und Pro-Kopf-Verschuldung 2001 bis 2010).....	142
A10	Finanzschuld der Gemeinden (Stand und Pro-Kopf-Verschuldung 2001 bis 2010).....	143
A11	Staatsverschuldung im internationalen Vergleich 2002 bis 2011	144
A12	Glossar	147

A 1 EMPFEHLUNGEN DES STAATSSCHULDENAUS- SCHUSSES SEIT ERSCHEINEN DES LETZTEN BERICHTS

Empfehlung zur Budgetpolitik und deren Finanzierung 2012 vom Juli 2012

Rahmenbedingungen

Das Wachstum der **Weltwirtschaft** verliert im Jahr 2012 mit 3,5% im Jahresabstand weiter an Dynamik (2011: +3,9%; IWF-Prognose). Für diese Entwicklung zeichnen sowohl die anhaltende Schuldenkrise in Europa als auch die nachlassende Konjunktur in mehreren Schwellenländern verantwortlich. Für den **Euroraum**, der durch starke Heterogenität der wirtschaftlichen Entwicklung in den einzelnen Mitgliedstaaten gekennzeichnet ist, rechnet die Europäische Kommission (Mai 2012) mit einer schrumpfenden Wirtschaftsleistung um 0,3% im Jahr 2012 (2011: +1,5%). Ausschlaggebend dafür sind die schwache Konsumnachfrage und die schwache Investitionstätigkeit des privaten Sektors. Überdies ist von einer Abschwächung der Binnennachfrage durch Konsolidierungsmaßnahmen der öffentlichen Haushalte auszugehen. Von den Nettoexporten wird ein positiver Wachstumsbeitrag erwartet. Es bestehen aber Abwärtsrisiken durch die negativen Wechselwirkungen zwischen den sich verschärfenden Staatsschuldenkrisen, dem Finanzsektor und der Realwirtschaft.

Im Gegensatz zum Euroraum ist in **Österreich** für das Jahr 2012 nur von einer Verlangsamung der Wirtschaftsdynamik auf unter 1,0% im Jahresabstand auszugehen (2011: +3,0%). Die relativ robuste Konjunktur Österreichs wird 2012 durch die Inlandsnachfrage geprägt: Der private Konsum profitiert von der hohen Beschäftigung und vom Anstieg des real verfügbaren Haushaltseinkommens. Der Investitionszyklus hält im laufenden Jahr, wenn auch abgeschwächt, an. Während sich die Dynamik bei den Ausrüstungsinvestitionen im Vergleich zum Vorjahr verlangsamen wird, erholen sich die Wohnbauinvestitionen etwas. Die Nettoexporte werden 2012 durch die Abschwächung der Exportnachfrage nur geringfügig zum Wachstum beitragen.

Der **österreichische Arbeitsmarkt** ist im Jahr 2012 von einem hohen Beschäftigungswachstum und einer leicht zunehmenden Arbeitslosigkeit geprägt: Die durchschnittliche Zahl der unselbstständig aktiv Beschäftigten von Jänner bis Juni nahm im Jahresabstand um 55.000 Personen zu. Gleichzeitig stieg im selben Zeitraum auch die durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen um rund 12.000 Personen, jene der Schulungsteilnehmer um rund 1.000 Personen. Die Arbeitslosenquote Österreichs wird sich gemäß Europäischer Kommission von 4,2% (2011) auf 4,3% (2012) erhöhen, aber die geringste in der EU bleiben.

Bei den **öffentlichen Haushalten** in **Österreich** wurde mit dem Jahr 2011 ein **Konsolidierungskurs** eingeleitet, der eine Rückführung des gesamtstaatlichen Budgetdefizits unter den EU-Referenzwert von 3% des BIP bis zum Jahr 2013, einen weitestgehend **ausgeglichenen Staatshaushalt** bis zum Jahr 2016 und in den Folgejahren sowie eine Trendwende bei der Entwicklung der Schuldenquote im Jahr 2014 sicherstellen soll. Das gesamtstaatliche Defizit Österreichs wird im Jahr 2012 – gemäß aktuellem Österreichischen Stabilitätsprogramm (April 2012) – von 2,6% des BIP im Vorjahr auf 3,0% des BIP ansteigen. Dieser Anstieg ist auf Sondermaßnahmen (Bankenrekapitalisierungen) zurückzuführen. Auch die Staatsverschuldung wird sich nach offiziellen Angaben von 72,2% des BIP Ende 2011 auf 74,7% des BIP Ende 2012 (Stock-Flow-Adjustments: EFSF: 4,5 Mrd EUR, ESM: 0,9 Mrd EUR) erhöhen. Eine strikte Anwendung der numerischen Fiskalregeln der EU würde eine schnellere Konsolidierung als im aktuellen Stabilitätsprogramm bedeuten. Im Euroraum zählt Österreich aber zu den Ländern mit vergleichsweise soliden öffentlichen Finanzen.

Die **geplanten Maßnahmen** und **Ziele** zur **Konsolidierung** der öffentlichen Haushalte in Österreich wurden im „Stabilitätspaket für die Jahre 2012-2016“ der Bundesregierung, in einem „Paket zur Gegen-

finanzierung von Stabilisierungsmaßnahmen für den Bankensektor“ sowie im neuen Österreichischen Stabilitätspakt 2012 festgelegt. Sie enthalten **einnahmen- und ausgabenseitige Konsolidierungsmaßnahmen** (z. B. Besteuerung von Gewinnen bei Immobilienveräußerungen, Finanztransaktionssteuer, steuerliche Abgeltungsvereinbarung mit der Schweiz, Beschränkung des Vorsteuerabzugs bei der Umsatzsteuer, niedrige Gehalts- und Pensionsabschlüsse, Strukturreformen zur Anhebung des effektiven Pensionsantrittsalters etc.) sowie „**Offensivmaßnahmen**“ zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung, wie z. B. im Bereich der Universitäten und Fachhochschulen sowie der Langzeitpflege.

Das **mittelfristige Budgetziel** eines strukturell ausgeglichenen Haushalts wurde durch die **Einführung der Schuldenbremse** in Form des **neuen Österreichischen Stabilitätspakts 2012**, welcher rückwirkend ab Anfang 2012 in Kraft treten soll, verankert. Die Schuldenbremse sieht ein strukturelles gesamtstaatliches Budgetdefizit von maximal 0,45% des BIP ab dem Jahr 2017 (Bund und Sozialversicherungsträger: 0,35% des BIP; Länder und Gemeinden: 0,1% des BIP), das Wirkenlassen von automatischen Stabilisatoren, Ausnahmen im Fall von Naturkatastrophen und außergewöhnlichen Notsituationen und einen wieder rückzuführenden Budgetpuffer („Kontrollkonto“), der zusätzliche, nicht diskretionäre Defizitüberschreitungen von bis zu 1,6% des BIP erlaubt, vor. Eine Verankerung der Schuldenbremse in der österreichischen Verfassung erfolgte bislang nicht.

Der Nationalrat beschloss am 4. Juli 2012 die rechtliche Verankerung des „**Fiskalpakts**“ in Österreich als Teil der neuen **wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU**. Die Ratifizierung des Fiskalpakts ist Voraussetzung für die **Inanspruchnahme des dauerhaften Euro-Schutzschirms (ESM)** und verpflichtet die Vertragspartner, **wichtige Aspekte für die Gewährleistung einer soliden Budgetpolitik in nationalem Recht** - „**vorzugweise mit Verfassungsrang**, oder deren vollständige Einhaltung und Befolgung **im gesamten nationalen Haushaltsverfahren auf andere Weise garantiert ist**“ - zu verankern. Damit wird die **Überleitung wesentlicher Elemente des SWP in nationales Recht** gewährleistet und eine **strikte Umsetzung der EU-Vorgaben auf nationaler Ebene rechtlich verpflichtend**.

Empfehlungen des Staatsschuldenausschusses

Der **Staatsschuldenausschuss empfiehlt** unter den EU-Vorgaben und den derzeit zu erwarteten ökonomischen Rahmenbedingungen **für 2012 Folgendes**:

- Den im Mai 2012 mit den Gebietskörperschaften vereinbarten **Österreichischen Stabilitätspakt 2012 rechtlich zu verankern** und den wachstumsschonenden **Konsolidierungskurs** für das **Jahr 2012** und in den Folgejahren auf allen gebietskörperschaftlichen Ebenen konsequent **einzuhalten**. In konjunkturellen Schwächephasen soll das Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren gewährleistet bleiben.
- Die sich für Österreich durch den „Fiskalpakt“ ergebenden Verpflichtungen konsequent umzusetzen.
- In den nächsten Jahren der **Konsolidierung** der öffentlichen Haushalte **Vorrang** zu geben und bei allfälligen Einnahmen mindernden Maßnahmen (**insbesondere Steuerreformen**) Ausgabenkürzungen zur Gegenfinanzierung vorzusehen.
- Den anzustrebenden **Mix aus Konsolidierungs- und Wachstumspolitik** im Sinn der diesbezüglichen **Beschlüsse** des Europäischen Rats vom 28./29. Juni 2012 weiter zu verfolgen. Zusätzliches **langfristiges Wachstum** kann durch ein Umsetzen von **Strukturreformen** (z. B. öffentliche Verwaltung, Bildung, Gesundheit, Förderwesen, Pensionen, öffentlicher Nahverkehr) und **wachstumsfördernden Prioritätensetzungen** in oft analogen Bereichen (z. B. Bildung, Förderwesen, Klimaschutz, Gesundheit, Pensionen, öffentlicher Nahverkehr) generiert werden, das **im Wesentlichen** durch Umschichtungen finanziert werden sollte. Seitens der EU **liegen länderspezifische Empfehlungen** für Strukturreformen vor (Zielvorgaben im Rahmen des Europa 2020-Prozesses), die in Österreich entschlossen angegangen werden sollten. Für eine nachhaltige Rückführung der Schuldenquote ist ein effizienter und effektiver Einsatz der umfangreichen öffentlichen Mittel (Ausgabenvolumen des Staates 2011: 152 Mrd EUR oder 50% des BIP) wichtig. Eine Rückführung der Verschuldungsquote auf 60% des BIP wird durch solide öffentliche Finanzen mit Budgetdefiziten in der Nähe von null und ausreichendes Wirtschaftswachstum über viele Jahre ermöglicht.

- Die laufende **Beobachtung des Budgetvollzugs** und sonstiger budgetrelevanter Entwicklungen (z. B. Haftungen) **aller öffentlichen Haushalte** durch **standardisierte Prozesse** zu forcieren, um **Abweichungen** von den Voranschlägen und den mittelfristigen Plänen **möglichst rasch zu erkennen** und im Bedarfsfall geeignete Korrekturmaßnahmen zu ergreifen. Hinsichtlich diesbezüglicher Mechanismen wird auf den **Österreichischen Stabilitätspakt 2012** verwiesen. Gemäß den EU-Vorgaben ist auch in Österreich ein „**Fiskalrat**“ (unabhängiges Gremium) zu etablieren, der einen wichtigen Beitrag zur Transparenz liefern soll. Dabei ist auch die Verbesserung der Datenverfügbarkeit und -aktualität der verschiedenen staatlichen Ebenen in Österreich von erheblicher Bedeutung.
- Die Rolle der **Gemeindeaufsicht bei kommunalen Ausgliederungen** zu stärken und **Risikoanalysen, Beratungsangebote** sowie (strategisches) **Beteiligungscontrolling** zu forcieren. Bei allen Ausgliederungsformen (Gründung von Unternehmen, Betreibergesellschaften, Public-Private-Partnership-Projekte, Leasing) entstehen neue Risiken (komplexe Vertragskonstruktionen, fehlende Durchgriffsrechte etc.), die an eine umfassende Beratung der Gemeindeaufsichtsbehörden und transparente Bedingungen mit Genehmigungsvorbehalten geknüpft werden sollten. Bei „**Quasi-Ausgliederungen**“ ohne Wettbewerb sollten Vor- und Nachteile der Ausgliederung hinterfragt und eine Rückführung der Aufgaben in interne Dienststellen der Gemeinde („**Re-Kommunalisierung**“) in Betracht gezogen werden.
- Die **Datenverfügbarkeit von staatsnahen Einrichtungen** (Unternehmen, Verbände, Fonds, Verwaltungsgemeinschaften etc.) in Österreich deutlich zu verbessern. Die durch mehrere Studien belegte ökonomische Bedeutung der staatsnahen Unternehmen als Bereitsteller von Infrastruktur in Österreich sowie die neuen Transparenzvorgaben der EU sind Anlass, **statistische Meldepflichten im staatsnahen Bereich zu erweitern und zu harmonisieren**. Eine systematische Erfassung des außerbudgetären Bereichs durch die amtliche Statistik ermöglicht, potenzielle Risiken von Ausgliederungen leichter zu erkennen. Geplante Änderungen in der **Gebärungsstatistikverordnung** sollten nicht nur EU-Vorgaben umsetzen, sondern auch **nationale Zusatzanforderungen** beachten.
- Das **Risikomanagement** (die Risikoidentifikation, -steuerung und -kontrolle) bei **Finanzgeschäften** auch im **Gemeindebereich (einschließlich staatsnaher Organisationen)** zu stärken und einer **risikoarmen, mittelfristig ausgerichteten Finanzierungsstrategie** sowie einer risikoarmen **Veranlagungsstrategie** auf allen gebietskörperschaftlichen Ebenen den Vorzug zu geben. Die schwierige Lage auf den Finanzmärkten und das gegenwärtig niedrige Zinsniveau sprechen für Maßnahmen zur **Vermeidung der Konzentration von hohen Refinanzierungsvolumina**, für Maßnahmen zur wirksamen Steuerung von Eventualrisiken sowie für **vorrangig langfristige Finanzierungen mit fixer Verzinsung**.
- Auf **europäischer Ebene** dazu beizutragen, die **notwendigen Maßnahmen** für eine Lösung der Staatsschuldenkrise **rasch zu ergreifen**, da alle Länder des Euroraums – auch Österreich – von dem gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraum erheblich profitieren:
 - Dabei müssen die Sanierung der öffentlichen Haushalte, die Schaffung der geeigneten Rahmenbedingungen für eine Stabilisierung von Wachstum und Beschäftigung sowie die konsequente Umsetzung von Maßnahmen zur Stabilisierung von Finanzmärkten und Banken einander erfolgreich ergänzen. Der Staatsschuldenausschuss **warn**t jedenfalls vor einem **isolierten Vorgehen**, das falsche Anreize (z. B. „**Trittbrettfahren**“) in der WWU verstärken würde.
 - Im Rahmen der **Konsolidierung der öffentlichen Haushalte** ist es notwendig, **Budgetdisziplin** zu etablieren, das Ausgabenwachstum zu begrenzen, die Steuerdisziplin zu forcieren, die Budgetplanung ebenso wie Kontroll- und Koordinationsmechanismen zu verbessern und höhere Transparenz bei der Budgetgebarung zu erreichen, dabei aber auch die Wirksamkeit der **automatischen Stabilisatoren** der öffentlichen Haushalte zu gewährleisten. Eine stabile gesamtwirtschaftliche Entwicklung stellt eine wichtige Komponente für das Gelingen der Rückführung der Staatsschulden dar. **Kurzfristig** können dabei vor allem in den Krisenländern wichtige Impulse von der **Förderung von Investitionsprojekten** und von der **EU kofinanzierte Maßnahmen** zur Bekämpfung der hohen **Jugendarbeitslosigkeit** ausgehen, welche von **tiefgreifenden strukturellen Reformen** begleitet werden müssen. **Gleichzeitig**

gilt es, das hohe **Wachstumspotenzial** der europäischen Wirtschaft etwa durch Investitionen in Bildung, Forschung, Klimaschutz und Gesundheit weiter zu stärken und es voll auszuschöpfen. Angesichts der ungünstigen Lage der Staatsfinanzen muss dies **unter der Vermeidung einer Ausweitung der Schuldenquote** erreicht werden.

- Zum Zweck der **Stabilisierung von Finanzmärkten und Banken** ist es notwendig, einen adäquaten **Regulierungsrahmen** für alle Finanzmarktteilnehmer zu schaffen und ein harmonisiertes **Bankeninsolvenzrecht** zu etablieren. Die Einführung einer **Finanztransaktionssteuer** kann – auch wenn sie zunächst nur von einem qualifizierten Kreis von Ländern des Euroraums vorgenommen wird – einen Konsolidierungsbeitrag leisten.

Exkurs: Neuer fiskalischer Rechtsrahmen der Europäischen Union

Im Einzelnen gelten, sofern nicht Ausnahmeregeln (außergewöhnliche Ereignisse wie z. B. Naturkatastrophen, schwerwiegender Konjunkturabschwung) anzuwenden sind, folgende EU-Vorgaben für Österreich:

- So lange der strukturelle Budgetsaldo des Gesamtstaates das nationale mittelfristige Budgetziel (MTO) nicht erreicht, muss **die strukturelle Defizitquote jährlich um etwa 0,5% des BIP reduziert** werden. In konjunkturell guten Zeiten sowie bei einer Verschuldungsquote von über 60% des BIP ist die Anpassung zu beschleunigen. Zusätzlich wird ein genauer Zeitplan für den Anpassungspfad durch die Europäische Kommission erstellt. Gemäß aktuellem Stabilitätsprogramm liegt die durchschnittliche strukturelle Anpassung zwischen 2011 und 2016 bei 0,4% des BIP p. a.
- Österreich unterliegt seit 2009 einem Verfahren wegen eines „**übermäßigen Defizits**“ (ÜD-Verfahren), das gemäß den Ratsempfehlungen (Dezember 2009)
 - eine Rückführung der Defizitquote auf **unter 3% des BIP bis 2013**,
 - eine durchschnittliche, jährliche **Defizitreduktion (strukturell) von 0,75% des BIP** in den Jahren 2011 bis 2013 und
 - eine rückläufige Schuldenquote verlangt.
- Nach den **aktuellen Empfehlungen des Rates der Europäischen Union** (Juni 2012) soll Österreich den **Haushalt 2012 wie geplant** und die **Haushaltsstrategie für das Jahr 2013 und darüber hinaus verstärkt und strikt umsetzen**, um die Erreichung der durchschnittlichen jährlichen strukturellen Haushaltsanpassung sicherzustellen, die vor dem **Hintergrund des ÜD-Verfahrens** (durchschnittliche strukturelle Anpassung von 0,75% des BIP p. a. von 2011 bis 2013) festgelegt wurde.
- Der jährliche (reale) **Ausgabenzuwachs des Staates** darf die **mittelfristige Wachstumsrate des Potenzialoutputs nicht überschreiten**, außer es erfolgt eine diskretionäre Kompensation durch Einnahmen. Bei Überschreitung der Verschuldungsobergrenze von 60% des BIP ist der Ausgabenzuwachs stärker zu dämpfen. Für Österreich beträgt dieser Abschlag in etwa einen Prozentpunkt.
- Bei der **Rückführung von Staatsschuldenquoten** muss sichergestellt werden, dass sich der **Abstand zum Referenzwert von 60% des BIP** in den letzten drei Jahren (Jahre t-1 bis t-3) oder auf Basis der Prognose der Europäischen Kommission (No-Policy-Change-Annahmen; Jahre t-1, t und t+1) um durchschnittlich **5% pro Jahr verringert**. Für Mitgliedstaaten, die einem ÜD-Verfahren unterliegen, besteht ein **dreijähriger Übergangszeitraum**. Der Übergangszeitraum muss so gestaltet sein, dass eine Einhaltung der Schuldenregel am Ende der Übergangsperiode sichergestellt wird. Österreich erfüllt mit einer Rückführung der Schuldenquote von 74,6% des BIP (2014) auf 70,6% des BIP (2016) gemäß Stabilitätsprogramm die Kriterien der Schuldenregel (Benchmark laut Schuldenregel 2016: 72,3% des BIP).
- **Mindeststandards für die Fiskalarchitektur** in den EU-Mitgliedstaaten (u. a. nationale Fiskalregeln, Haushaltsrahmen mit Planungshorizont von mindestens drei Jahren, nationale Kontroll- und Koordinationsmechanismen, höhere Transparenz bei der Budgetgebarung öffentlicher und staatsnaher

Einheiten), die auf nationaler Ebene bis **Ende 2013** anzuwenden sind.

- Eine **Umsetzung der EU-Vorgaben in nationales Recht** auf Basis des „**Fiskalpakts**“ (Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der WWU). Darunter fällt, dass die EU-Vorgabe eines strukturell ausgeglichenen Haushalts (Untergrenze von $-0,5\%$ des BIP) durch die Mitgliedstaaten rechtlich verbindlich und dauerhaft auf nationaler Ebene implementiert werden soll. Zudem müssen die Mitgliedstaaten einen **automatischen Korrekturmechanismus** einrichten.

Empfehlung zur Budgetpolitik und deren Finanzierung 2012 vom Dezember 2011

Rahmenbedingungen

Für das Jahr 2012 ist weltweit mit einer deutlichen Abkühlung der Konjunktur zu rechnen: Im **Euroraum** werden die Konsum- und Investitionsbereitschaft durch die Staatsschuldenkrisen, veränderte Bonitätseinschätzungen und die Anspannungen auf den Finanzmärkten sowie durch die zunehmende Verunsicherung der Wirtschaftsakteure gedämpft. Als Folge der nachlassenden Dynamik der Weltwirtschaft geht zudem die Exportnachfrage zurück. Ferner ist von einer Abschwächung der Binnennachfrage durch die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte vor dem Hintergrund der Schuldenkrise auszugehen. Die Europäische Kommission rechnet im Jahr 2012 für den Euroraum mit einem Wachstum des realen BIP von nur noch $0,5\%$ (2011: $+1,5\%$). Es bestehen Abwärtsrisiken durch die negativen Wechselwirkungen zwischen den sich verschärfenden Staatsschuldenkrisen, den Refinanzierungsschwierigkeiten und höheren Eigenkapitalanforderungen der Banken sowie der weltweit nachlassenden Wachstumsdynamik.

Das angespannte internationale Umfeld wirkt sich auf **Österreich** als kleine offene Volkswirtschaft deutlich aus: Während sich bis Mitte 2011 der rasche Aufschwung nach der Wirtschaftskrise 2009 fortsetzte und im Jahr 2011 ein sehr kräftiges Wirtschaftswachstum von geringfügig über 3% im Jahresabstand erreicht sein wird, ist für das Jahr 2012 mit einer erheblichen Verlangsamung der Wirtschaftsdynamik auf unter $1,0\%$ im Jahresabstand zu rechnen. Im Jahr 2012 wird sich insbesondere die Nachfrage nach heimischen Exportgütern merklich abschwächen. Ferner werden die Ausrüstungsinvestitionen stagnieren, da die Unternehmen ihre Investitionspläne infolge der getrübbten Wirtschaftsaussichten aufschieben. Der private Konsum wird – unter der Annahme eines geringen Anstiegs der verfügbaren (realen) Haushaltseinkommen und eines erneuten Rückgangs der Sparquote – mit einem moderaten Wachstum zur Stabilisierung der heimischen Wirtschaftsentwicklung beitragen. Der öffentliche Konsum wird angesichts der eingeleiteten Konsolidierung nur geringfügig steigen.

Die rasche und starke Entspannung auf dem **österreichischen Arbeitsmarkt** in den Jahren 2010 und 2011 wird im Jahr 2012 ebenfalls unterbrochen: Im Jahr 2011 wird der Zuwachs der unselbstständig aktiv Beschäftigten bei etwa 60.000 Personen im Vorjahresvergleich liegen und damit einen neuen Höchststand erreichen. Gleichzeitig wird im Jahr 2011 die durchschnittliche Anzahl der Arbeitslosen um etwa 5.000 Personen gegenüber dem Vorjahr zurückgehen. Die Zahl der Arbeitslosen liegt damit allerdings noch immer deutlich höher als vor der Krise. Im Jahr 2012 wird sich der **Beschäftigungszuwachs** deutlich verlangsamen, die Zahl der Arbeitslosen zunehmen und die Arbeitslosenquote von gegenwärtig $4,2\%$ auf $4,5\%$ (Europäische Kommission) ansteigen.

Bei den **öffentlichen Haushalten in Österreich** wurde mit dem Jahr 2011 ein Konsolidierungskurs eingeleitet. Dieser soll eine sukzessive Rückführung des gesamtstaatlichen Budgetdefizits unter den EU-Referenzwert von 3% des BIP bis zum Jahr 2013, auf $2,4\%$ des BIP bis 2014 und auf $2,0\%$ des BIP bis 2015 sowie eine Trendwende bei der Entwicklung der Schuldenquote im Jahr 2014 sicherstellen (Österreichisches Stabilitätsprogramm, April 2011 und Strategiebericht zum Bundesfinanzrahmengesetz 2012 – 2015). Das gesamtstaatliche Defizit Österreichs wird laut Budgetärer Notifikation von Oktober 2011 $3,6\%$ des BIP im heurigen Jahr erreichen (2010: $4,4\%$ des BIP). Die Staatsverschuldung wird nach offiziellen Angaben von $71,8\%$ des BIP Ende 2010 auf $72,4\%$ des BIP Ende 2011 ansteigen. Der im aktuellen

Stabilitätsprogramm vorgesehene Konsolidierungspfad für Österreich entspricht allerdings nur teilweise den EU-Vorgaben.

Von der Bundesregierung wurde im November 2011 eine Schuldenbremse für Österreich im Ministerrat beschlossen und in weiterer Folge mit den Ländern und Gemeinden zusammen mit einer politischen Vereinbarung akkordiert. Der entsprechende Änderungsvorschlag zum Bundes-Verfassungsgesetz sah Folgendes vor:

- ein strukturelles gesamtstaatliches Budgetdefizit von maximal 0,45% des BIP ab dem Jahr 2017 (Bund und Sozialversicherungsträger: 0,35% des BIP; Länder und Gemeinden: 0,1% des BIP),
- das Wirken lassen von automatischen Stabilisatoren,
- Ausnahmen im Fall von Naturkatastrophen und außergewöhnlichen Notsituationen und
- einen wieder rückzuführenden Budgetpuffer („Kontrollkonto“), der zusätzlich Defizitüberschreitungen von bis zu 1,6% des BIP (Bund und Sozialversicherungsträger: 1,25% des BIP; Länder und Gemeinden: 0,35% des BIP) erlaubt.

Damit sollte auch eine Rückführung der Schuldenquote auf 60% des BIP bis zum Jahr 2020 sichergestellt werden. Dieser Verfassungsentwurf wurde im Nationalrat mangels Zweidrittelmehrheit nicht verabschiedet. Für den Bund wurde aber am 7. Dezember 2011 rechtlich verankert, dass der Bundeshaushalt ab dem Jahr 2017 auszugleichen ist (Bundeshaushaltsrecht 2013; § 2 Abs. 4 und § 122 Abs. 6). Diesem Grundsatz wird entsprochen, wenn das strukturelle Defizit des Bundes 0,35% des BIP nicht übersteigt.

Auf EU-Ebene wurde die Implementierung von **nationalen, numerischen Fiskalregeln vorzugsweise im Verfassungsrang bis Ende 2012** bereits im Oktober 2011 von allen Staats- und Regierungschefs der Euroländer zugesichert. Am 9. Dezember 2011 vereinbarten die Euroländer, Staatsverträge abzuschließen („New Fiscal Compact“), in denen die **Verankerung von numerischen Fiskalregeln auf nationaler Ebene in Verfassungsrang** oder auf gleichwertiger Ebene festgelegt wird. Diese Regeln müssen das **strukturelle Budgetdefizit des Gesamtstaates** auf maximal 0,5% des BIP auf nationaler Ebene begrenzen und einen **automatischen Korrekturmechanismus bei Defizitüberschreitungen** vorsehen. Die vertragskonforme Umsetzung auf nationaler Ebene wird durch den **Europäischen Gerichtshof** überprüft.

Numerische Fiskalregeln für Österreich tragen auch der EU-Richtlinie über **Mindeststandards für den haushaltspolitischen Rahmen** Rechnung. Diese „Fiskalrahmenrichtlinie“ ist Teil eines Prozesses zur Verbesserung der wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU, der zur Vermeidung künftiger Wirtschafts- und Schuldenkrisen gestartet wurde. Aus diesem Prozess ging ein umfangreiches Legislativpaket („Six-pack“) hervor, das per 13. Dezember 2011 in Kraft trat und die **Vorgaben für den mittelfristigen gesamtstaatlichen Konsolidierungspfad** verschärfte. Im Einzelnen gelten, sofern nicht Ausnahmeregelungen (außergewöhnliche Ereignisse wie z. B. Naturkatastrophen, schwerwiegender Konjunkturabschwung) anzuwenden sind, folgende EU-Fiskalregeln für Österreich:

- Solange der strukturelle Budgetsaldo des Gesamtstaates das nationale mittelfristige Budgetziel (MTO) von null, welches Österreich seit langem festlegte, nicht erreicht, muss die **strukturelle Defizitquote jährlich um etwa 0,5% des BIP reduziert** werden. In konjunkturell guten Zeiten sowie bei einer Verschuldungsquote von über 60% des BIP ist die **Anpassung** zu beschleunigen. Zusätzlich wird ein genauer Zeitplan für den Anpassungspfad durch die **Europäische Kommission** erstellt.
- Österreich unterliegt seit 2009 einem Verfahren wegen eines „**übermäßigen Defizits**“ (ÜD-Verfahren), das gemäß den Ratsempfehlungen
 - eine Rückführung der Defizitquote **auf unter 3% des BIP bis 2013**,
 - eine durchschnittliche, jährliche **Defizitreduktion (strukturell) von ¼ Prozent des BIP** in den Jahren 2011 bis 2013 und

- eine rückläufige Schuldenquote verlangt.
- Der jährliche **Ausgabenwuchs des Staates** darf die **mittelfristige Wachstumsrate des Potenzialoutputs nicht überschreiten**, außer es erfolgt eine diskretionäre Kompensation durch Einnahmen. Bei Überschreitung der Verschuldungsobergrenze von 60% des BIP ist der Ausgabenwuchs stärker zu dämpfen. Für Österreich müsste der Ausgabenwuchs etwas über einen Prozentpunkt unter der Referenzwachstumsrate liegen, sofern keine diskretionäre Kompensation durch Einnahmen erfolgt.
- Bei der **Rückführung von Staatsschuldenquoten** muss sichergestellt werden, dass der **Abstand zum Referenzwert von 60% des BIP** in den letzten drei Jahren um durchschnittlich **ein Zwanzigstel** pro Jahr abgenommen hat. Für Mitgliedstaaten, die einem ÜD-Verfahren unterliegen, besteht ein **dreijähriger Übergangszeitraum**. Während des **Übergangszeitraums** gilt das Schuldenkriterium als erfüllt, wenn der betreffende Mitgliedstaat „genügend Fortschritte im Hinblick auf die Einhaltung“ macht. Für Österreich impliziert dies spätestens ab 2014 – nach Beendigung des ÜD-Verfahrens im Jahr 2013 – eine beschleunigte Rückführung der Schuldenquote (2014: zumindest 73,6% des BIP anstatt 75,1% des BIP gemäß aktuellem Stabilitätsprogramm).
- **Mindeststandards für die Fiskalarchitektur** in den EU-Mitgliedstaaten (u. a. nationale Fiskalregeln, Haushaltsrahmen mit Planungshorizont von mindestens drei Jahren, nationale Kontroll- und Koordinationsmechanismen, höhere Transparenz bei der Budgetgebarung öffentlicher und staatsnaher Einheiten), die auf nationaler Ebene bis **Ende 2013** anzuwenden sind.

Empfehlungen des Staatsschuldenausschusses

Der Staatsschuldenausschuss empfiehlt unter den zuvor skizzierten neuen EU-Vorgaben und den derzeit erwarteten ökonomischen Rahmenbedingungen für 2012 Folgendes:

- Vor dem Hintergrund der internationalen Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise **bereits im Jahr 2012** einen **Konsolidierungskurs** einzuschlagen. Im Bundesvoranschlag 2012 ist ein Maastricht-Defizit von 2,6% des BIP vorgesehen. Die österreichischen Gebietskörperschaften (Bund, Länder und Gemeinden) erfüllen allerdings die EU-Vorgaben nicht ausreichend, was eine Budgetdisziplin auf allen gebietskörperschaftlichen Ebenen rasch erforderlich macht. Dabei sollten die Wirksamkeit der automatischen Stabilisatoren gewährleistet sowie eine prozyklische Budgetpolitik möglichst vermieden werden. Ferner dürfen beste Bonität und niedriges Zinsniveau nicht gefährdet werden, da sie eine wichtige Bedingung für hohe Beschäftigung und nachhaltiges Wachstum in Österreich darstellen. Die **Konsolidierung** der öffentlichen Haushalte muss in den nächsten Jahren auch Vorrang vor **Steuerreformen** haben, die mit einer Verringerung der Staatseinnahmen einhergehen.
- Den Regierungsentwurf vom 15. November 2011 über eine „**Schuldenbremse für Österreich**“ **rasch in der Verfassung zu verankern**. Dies würde das Vertrauen der Investoren in Bezug auf eine nachhaltig solide Budgetpolitik in Österreich erheblich stärken und gemeinsam mit Maßnahmen zur Begrenzung des Risikos auf den Finanzmärkten die ausgezeichnete Bonität Österreichs absichern. Mit der nationalen Schuldenbremse soll ab 2017 das strukturelle Defizit des Gesamtstaates Österreich mit 0,45% des BIP (Bund und Sozialversicherungsträger: 0,35% des BIP; Länder und Gemeinden: 0,1% des BIP) nicht überschritten und die Staatsschuldenquote bis 2020 auf etwa 60% der Wirtschaftsleistung verringert werden. Die „Schuldenbremse für Österreich“ ermöglicht der Politik dennoch **Konjunkturschwankungen zu glätten und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen** in konjunkturellen Schwächeperioden zu setzen. Das Konzept sieht ein strukturelles Budgetdefizit von (maximal) 0,45% des BIP, das Wirken lassen von automatischen Stabilisatoren, Ausnahmen im Fall von Naturkatastrophen und außergewöhnlichen Notsituationen im Sinne der EU-Regeln und einen zeitlich befristeten, später wieder rückzuführenden Budgetpuffer („Kontrollkonto“), der zusätzlich Defizitüberschreitungen von bis zu 1,6% des BIP (Bund und Sozialversicherungsträger: 1,25% des BIP; Länder und Gemeinden: 0,35% des BIP) erlaubt, vor. Eine Schuldenbremse mit einem beinahe ausgeglichenen Budget über den Konjunkturzyklus er-

fordert ein Umdenken bei allen Entscheidungsträgern in Österreich in Richtung einer Stabilitätskultur.

- Einen Durchbruch bei der **institutionellen und kompetenzrechtlichen Neuordnung der öffentlichen Aufgabenwahrnehmung bei den Gebietskörperschaften** („Wer macht was und mit welchen Instrumenten“) durch eine gemeinsame Kraftanstrengung endlich zu erreichen, um zu einer Rückführung des Budgetdefizits auf strukturell 0,45% des BIP nachhaltig beitragen zu können. Die **Dringlichkeit einer Staats- und Verwaltungsreform** nimmt durch den Schuldenanstieg des Staates und wegen der schwierigen ökonomischen Lage weiter zu. Eine Rückführung der Verschuldungsquote auf 60% des BIP erfordert solide öffentliche Finanzen mit Budgetdefiziten in der Nähe von null über viele Jahre. Eine maßgebliche Verbesserung der öffentlichen Finanzlage aller gebietskörperschaftlichen Ebenen durch hohe Einnahmenezuwächse infolge einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung ist in den nächsten Jahren nicht zu erwarten. Substanzielle langfristige Effizienzgewinne, die Budgetumschichtungen in Richtung wachstumsfördernder Ausgabenpositionen ermöglichen, lassen sich ausschließlich erzielen, wenn bestehende Mängel (Doppelgleisigkeiten, Mischfinanzierungen, fehlende Zielorientierung, Inputbetrachtung statt Wirkungsorientierung) im Rahmen einer Verwaltungs-, Bundesstaats- und Finanzausgleichsreform beseitigt werden.
- Den **Anpassungspfad mit den erforderlichen Maßnahmen zur Erreichung der budgetären Zielwerte** („Sixpack“, Schuldenbremse) für Bund, Länder und Gemeinden vor Übermittlung des neuen Stabilitätsprogramms 2011 bis 2015 an die EU festzulegen und in einem **neuen, unbefristeten Österreichischen Stabilitätspakt** sowie im **Bundesfinanzrahmen 2013 bis 2016** rechtlich zu verankern. Dabei ist auch auf die Anforderungen der „EU-Fiskalrahmenrichtlinie“ – insbesondere haushaltsrechtliche Normen (einschließlich Rechnungswesen), mittelfristige Haushaltpläne und deren Konnex zu den jährlichen Budgets und erhöhte Transparenz (öffentliche Berichtspflichten) – Bedacht zu nehmen. Diese Elemente beeinflussen sich gegenseitig und können einander ergänzen. Auch die richtige zeitliche Staffelung der Reformmaßnahmen spielt eine Rolle. Föderale Anliegen und deren Umsetzung stehen jedenfalls nicht im Widerspruch zu einer verstärkten gesamtstaatlichen Ausrichtung.
- Beim **Risikomanagement der öffentlichen Hand** die Risikoidentifikation, -steuerung und -kontrolle auf allen gebietskörperschaftlichen Ebenen zu verstärken und einer risikoarmen, mittelfristig ausgerichteten Finanzierungsstrategie sowie einer risikoarmen Veranlagungsstrategie auf allen gebietskörperschaftlichen Ebenen den Vorzug zu geben. Die schwierige Lage auf den Finanzmärkten und das niedrige Zinsniveau sprechen für Maßnahmen zur Vermeidung der Konzentration von hohen Refinanzierungsvolumina, für Maßnahmen zur wirksamen Steuerung von Eventualrisiken sowie für vorrangig langfristige Finanzierungen mit fixer Verzinsung. In diesem Zusammenhang begrüßt der Staatsschuldenausschuss die Maßnahmen der Finanzmarktaufsicht und der Oesterreichischen Nationalbank zur Begrenzung der Eventualrisiken.
- **Auf europäischer Ebene** dazu beizutragen, die notwendigen Instrumentarien für eine Lösung der Staatsschuldenkrise **rasch zu ergreifen. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, derzeit** nicht regulierte Finanzmarktteilnehmer einzubeziehen und die notwendige **Versorgung** der Wirtschaft mit Finanzmitteln zu unterstützen. Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer – zumindest auf Euro-Ebene – kann als Beitrag zur Risikobegrenzung angesehen werden. **Im Sinne der neuen EU-Vorgaben zur Reduktion der makroökonomischen Ungleichgewichte möge** geeignete Maßnahmen ergriffen werden. Auch sollen Budgetkonsolidierungsschritte der Mitgliedsländer die Konjunktur- und Arbeitsmarktlage ausreichend berücksichtigen. Ferner wäre bei den Verhandlungen um einen mittelfristigen **Finanzrahmen 2014 bis 2020** der EU auf eine Gestaltung hinzuwirken, die den für die Mitgliedstaaten übereingekommenen Prinzipien (z.B. Wachstum und Beschäftigung, Budgetdisziplin) entspricht.

A 2 FISKALINDIKATOREN LAUT MAASTRICHT

Öffentlicher Finanzierungssaldo nach Sektoren

Jahre	Öffentlicher Finanzierungssaldo ¹⁾							
	Bundessektor		Länder und Gemeinden		Sozialversicherungsträger		Staat insgesamt	
	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP
1995	-9.154	-5,2	-752	-0,4	-202	-0,1	-10.109	-5,8
1996	-7.410	-4,1	208	0,1	15	0,0	-7.187	-4,0
1997	-5.024	-2,7	1.404	0,8	293	0,2	-3.327	-1,8
1998	-5.659	-2,9	936	0,5	209	0,1	-4.515	-2,4
1999	-4.893	-2,5	399	0,2	-83	0,0	-4.577	-2,3
2000	-3.521	-1,7	282	0,1	-260	-0,1	-3.499	-1,7
2001	-1.551	-0,7	1.442	0,7	4	0,0	-105	0,0
2002	-2.564	-1,2	1.086	0,5	-86	0,0	-1.565	-0,7
2003	-3.651	-1,6	390	0,2	-129	-0,1	-3.390	-1,5
2004	-10.716	-4,6	477	0,2	-201	-0,1	-10.440	-4,4
2005	-4.544	-1,9	442	0,2	-60	0,0	-4.162	-1,7
2006	-3.769	-1,5	-234	-0,1	-3	0,0	-4.006	-1,5
2007	-2.437	-0,9	319	0,1	-254	-0,1	-2.372	-0,9
2008	-3.025	-1,1	244	0,1	147	0,1	-2.635	-0,9
2009	-8.767	-3,2	-2.766	-1,0	202	0,1	-11.331	-4,1
2010	-9.945	-3,5	-3.462	-1,2	553	0,2	-12.855	-4,5
2011 ²⁾	-7.183	-2,4	-1.026	-0,3	379	0,1	-7.830	-2,6
2012 ³⁾	-7.697	-2,5	-1.539	-0,5	0	0,0	-9.236	-3,0

1) Im Sinne der Budgetäre Notifikation (Zinsaufwand unter Berücksichtigung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Währungstauschverträgen), 2004 inklusive ÖBB-Forderungsverzicht des Bundes.

2) Vorläufige Daten.

3) Budgetäre Notifikation (Schätzung: BMF vom März 2012).

Quelle: Statistik Austria und BMF (Stand: März 2012); WIFO (BIP; Stand: März 2012).

Öffentliche Verschuldung nach Sektoren

Jahre	Öffentliche Verschuldung ¹⁾							
	Bundessektor ²⁾		Länder und Gemeinden		Sozialversicherungsträger		Staat insgesamt	
	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP
1995	101.710	58,2	17.058	9,8	440	0,3	119.208	68,2
1996	104.966	58,1	17.540	9,7	518	0,3	123.024	68,1
1997	106.688	57,9	11.085	6,0	406	0,2	118.179	64,1
1998	112.425	58,6	10.816	5,6	400	0,2	123.641	64,4
1999	121.936	61,2	10.664	5,4	546	0,3	133.146	66,8
2000	126.723	60,8	10.392	5,0	880	0,4	137.995	66,2
2001	129.754	60,6	12.330	5,8	1.029	0,5	143.114	66,8
2002	134.266	60,9	10.474	4,7	1.280	0,6	146.020	66,2
2003	135.782	60,3	9.969	4,4	1.109	0,5	146.859	65,3
2004	139.614	59,5	10.854	4,6	1.402	0,6	151.870	64,7
2005	143.381	58,5	12.281	5,0	1.767	0,7	157.429	64,2
2006	146.146	56,4	13.386	5,2	1.861	0,7	161.393	62,3
2007	149.242	54,5	14.430	5,3	1.352	0,5	165.024	60,2
2008	162.782	57,6	15.977	5,7	1.716	0,6	180.475	63,8
2009	168.974	61,5	19.542	7,1	2.554	0,9	191.069	69,5
2010	179.302	62,6	24.488	8,6	1.951	0,7	205.741	71,9
2011 ³⁾	189.378	62,9	26.248	8,7	1.772	0,6	217.399	72,2
2012 ⁴⁾	229.979	74,7

1) Gemäß ESVG 95 bzw. Ratsverordnung 475/2000 vom 28. Februar 2000 (Amtsblatt der EU Nr. L58/1).

2) Seit 1998 inklusive Rechtsträgerfinanzierung.

3) Vorläufige Daten.

4) Budgetäre Notifikation (Schätzung: BMF vom März 2012).

Quelle: Statistik Austria und BMF (Stand: März 2012); WIFO (BIP; Stand: März 2012).

A 2 FISKALINDIKATOREN LAUT MAASTRICHT (Fortsetzung)

Finanzierungssaldo, Zinsaufwand und Primärsaldo des Staates

Jahre	Finanzierungssaldo ¹⁾		Zinsaufwand ¹⁾		Primärsaldo ¹⁾	
	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP
1995	-10.109	-5,8	6.961	4,0	-3.148	-1,8
1996	-7.187	-4,0	6.952	3,9	-234	-0,1
1997	-3.327	-1,8	6.634	3,6	3.307	1,8
1998	-4.515	-2,4	6.864	3,6	2.350	1,2
1999	-4.577	-2,3	6.724	3,4	2.148	1,1
2000	-3.499	-1,7	7.173	3,4	3.674	1,8
2001	-105	0,0	7.218	3,4	7.113	3,3
2002	-1.565	-0,7	6.898	3,1	5.333	2,4
2003	-3.390	-1,5	6.594	2,9	3.204	1,4
2004	-10.440	-4,4	6.653	2,8	-3.787	-1,6
2005	-4.162	-1,7	7.062	2,9	2.900	1,2
2006	-4.006	-1,5	7.095	2,7	3.089	1,2
2007	-2.372	-0,9	7.524	2,7	5.152	1,9
2008	-2.635	-0,9	7.315	2,6	4.680	1,7
2009	-11.331	-4,1	7.647	2,8	-3.684	-1,3
2010	-12.855	-4,5	7.598	2,7	-5.257	-1,8
2011 ²⁾	-7.830	-2,6	7.762	2,6	-67	-0,0
2012 ³⁾	-9.236	-3,0	8.312	2,7	-924	-0,3

1) Im Sinne der Budgetären Notifikation (Zinsaufwand unter Berücksichtigung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Währungstauschverträgen), 2004 inklusive ÖBB-Forderungsverzicht des Bundes.

2) Vorläufige Daten.

3) Budgetäre Notifikation (Schätzung: BMF vom März 2012).

Quelle: Statistik Austria und BMF (Stand: März 2012); WIFO (BIP; Stand: März 2012).

Ausgaben-, Einnahmen- und Abgabenvolumen des Staates

Jahre	Gesamtausgaben ^{1) 2)}		Gesamteinnahmen ¹⁾		Abgaben (mit EU-Beiträgen) ³⁾	
	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP
1995	98.428	56,3	88.148	50,4	72.306	41,4
1996	100.863	55,9	93.389	51,7	77.248	42,8
1997	98.560	53,5	94.978	51,5	81.382	44,2
1998	103.074	53,7	98.309	51,2	84.660	44,1
1999	106.445	53,4	101.622	51,0	87.191	43,8
2000	108.287	51,9	104.443	50,1	89.733	43,0
2001	109.874	51,3	109.463	51,1	96.175	44,9
2002	111.751	50,7	109.745	49,8	96.146	43,6
2003	115.470	51,3	111.746	49,7	97.732	43,4
2004	126.173	53,8	115.455	49,2	100.914	43,0
2005	122.585	50,0	118.165	48,2	103.144	42,1
2006	127.293	49,1	122.955	47,5	107.405	41,5
2007	133.180	48,6	130.456	47,6	114.265	41,7
2008	139.494	49,3	136.656	48,3	120.667	42,7
2009	145.360	52,9	133.969	48,7	117.050	42,6
2010	150.588	52,6	137.771	48,1	120.093	42,0
2011 ⁴⁾	152.040	50,5	144.256	47,9	126.347	41,9
2012 ⁵⁾	159.169	51,7	149.933	48,7	131.460	42,7

1) Laut Verordnung (EG) Nr. 1500/00; Zinsaufwand ohne Berücksichtigung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus WTV.

2) 2004 inklusive ÖBB-Forderungsverzicht des Bundes.

3) Steuereinnahmen des Staates und tatsächlich gezahlte Sozialversicherungsbeiträge (nur Pflichtbeiträge; ESVG-Codes: D2+D5+D611+D91-D995) einschließlich EU-Eigenmittel.

4) Vorläufige Daten.

5) Österreichisches Stabilitätsprogramm vom April 2012 (BMF) und WIFO.

Quelle: Statistik Austria und BMF (Stand: April 2012); WIFO (BIP; Stand: März 2012).

A 3 BEREINIGTE FINANZSCHULD¹⁾ UND NETTODEFIZIT DES BUNDES

Jahre	Nettoveränderung						Stand Jahresende			in % des BIP	
	Euroschuld ²⁾		FW-Schuld ³⁾		Gesamt		Euroschuld ²⁾	FW-Schuld ³⁾	Gesamt	Finanzschuld	Netto-defizit
	in Mio EUR	in %	in Mio EUR	in %	EUR	in %	in Mio EUR	in Mio EUR	EUR		
1965	117	7,2	-46	-12,7	70	3,5	1.738	317	2.055	11,5	0,5
1966	122	7,0	-49	-15,5	73	3,5	1.860	267	2.128	10,9	0,4
1967	130	7,0	256	95,6	385	18,1	1.990	523	2.513	12,1	1,9
1968	43	2,2	339	64,9	382	15,2	2.033	863	2.895	13,0	1,8
1969	209	10,3	65	7,5	273	9,4	2.241	927	3.169	13,0	0,7
1970	182	8,1	53	5,7	252	8,0	2.441	980	3.421	12,5	0,6
1971	82	3,4	-99	-10,1	-16	-0,5	2.523	882	3.405	11,2	0,4
1972	352	13,9	-133	-15,1	219	6,4	2.875	749	3.623	10,4	0,3
1973	558	19,4	-93	-12,5	465	12,8	3.432	655	4.088	10,4	1,3
1974	45	1,3	329	50,1	374	9,1	3.478	984	4.462	9,9	1,9
1975	1.486	42,7	1.346	136,8	2.832	63,5	4.964	2.330	7.294	15,3	4,5
1976	2.218	44,7	210	9,0	2.428	33,3	7.182	2.540	9.722	17,5	4,5
1977	1.332	18,5	906	35,7	2.238	23,0	8.514	3.447	11.961	19,5	3,6
1978	1.598	18,8	916	26,6	2.513	21,0	10.112	4.362	14.474	22,3	4,1
1979	2.042	20,2	264	6,0	2.306	15,9	12.154	4.626	16.780	23,5	3,4
1980	182	1,5	653	14,1	2.201	13,1	13.702	5.279	18.981	24,8	2,9
1981	885	6,5	1.593	30,2	2.478	13,1	14.586	6.872	21.459	26,3	2,5
1982	2.363	16,2	1.002	14,6	3.365	15,7	16.950	7.874	24.824	28,3	4,0
1983	4.169	24,6	1.253	15,9	5.422	21,8	21.119	9.127	30.246	32,4	5,3
1984	4.377	20,7	-482	-5,3	3.895	12,9	25.496	8.645	34.141	34,8	4,4
1985	4.075	16,0	-17	-0,2	4.057	11,9	29.570	8.628	38.198	36,9	4,4
1986	6.204	21,0	428	5,0	6.632	17,4	35.774	9.055	44.830	41,1	5,1
1987	5.852	16,4	10	0,1	5.862	13,1	41.626	9.065	50.691	44,8	4,7
1988	3.131	7,5	441	4,9	3.572	7,0	44.757	9.506	54.263	45,8	4,1
1989	4.249	9,5	-361	-3,8	3.888	7,2	49.006	9.145	58.150	45,8	3,6
1990	3.773	7,7	692	7,6	4.465	7,7	52.779	9.837	62.616	46,0	3,4
1991	4.581	8,7	952	9,7	5.533	8,8	57.360	10.789	68.149	46,7	3,1
1992	2.221	3,9	1.721	16,0	3.942	5,8	59.581	12.510	72.091	46,7	3,1
1993	5.471	9,2	2.959	23,7	8.430	11,7	65.052	15.469	80.521	50,6	4,5
1994	5.052	7,8	3.494	22,6	8.547	10,6	70.104	18.963	89.068	53,3	4,6
1995	6.295	9,0	2.193	11,6	8.488	9,5	76.400	21.156	97.556	55,8	4,9
1996	3.602	4,7	356	1,7	3.958	4,1	80.001	21.512	101.514	56,2	3,6
1997	5.099	6,4	647	3,0	5.746	5,7	85.100	22.160	107.260	58,2	2,7
1998	-1.366	-1,6	5.709	25,8	4.343	4,0	83.734	27.869	111.603	58,2	2,5
1998 ⁴⁾	97.939	13.664	111.603	58,2	2,5
1999	3.257	3,3	3.115	22,8	6.372	5,7	101.196	16.778	117.974	59,2	2,5
2000	2.788	2,8	-56	-0,3	2.731	2,3	103.984	16.722	120.705	57,9	1,4
2001	1.236	1,2	-529	-3,2	707	0,6	105.220	16.193	121.413	56,7	0,7
2002	3.028	2,9	-487	-3,0	2.541	2,1	108.248	15.705	123.953	56,2	1,1
2003	4.730	4,4	-1.806	-11,5	2.924	2,4	112.979	13.899	126.878	56,4	1,6
2004	9.460	8,4	-787	-5,7	8.673	6,8	122.439	13.112	135.550	57,8	2,0
2005	7.256	5,9	-1.477	-11,3	5.779	4,3	129.694	11.635	141.329	57,6	1,9
2006	7.252	5,6	-3.316	-28,5	3.936	2,8	136.946	8.319	145.265	56,1	1,7
2007	3.136	2,3	-1.025	-12,3	2.111	1,5	140.082	7.294	147.376	53,8	1,0
2008	14.019	10,0	576	7,9	14.595	9,9	154.102	7.869	161.971	57,3	3,4
2009	9.521	6,2	-2.777	-35,3	6.744	4,2	163.623	5.092	168.715	61,4	2,6
2010	9.291	5,7	-1.236	-24,3	8.055	4,8	172.914	3.856	176.770	61,8	2,7
2011	7.637	4,4	-1.232	-31,9	6.405	3,6	180.551	2.624	183.176	60,8	1,4

1) Unter Berücksichtigung der im Eigenbesitz befindlichen Bundesschuldskategorien seit 1993, der Währungstauschverträge seit 1989 sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern seit 1998.

2) Auf Euro lautende Finanzschulden; Schillingschuld bis Ende 1998.

3) Nicht auf Euro lautende Finanzschulden bewertet zum Devisenmittelkurs des jeweiligen Jahresultimos.

4) Rückrechnung.

A 4 ZINSEN UND TILGUNGEN FÜR DIE FINANZSCHULD DES BUNDES

Aufwand für die Finanzschuld¹⁾ (in Mio EUR)

Jahre	Aufwand für die Euroschuld ²⁾					Aufwand für die Fremdwährungsschuld				
	Zinsen	Sonstiger Aufwand ³⁾	Summe	Tilgung	Summe Euroschuld	Zinsen	Sonstiger Aufwand ³⁾	Summe	Tilgung	Summe FW-Schuld
1970	426	150
1971	469	206
1972	525	172
1973	578	95
1974	615	165
1975	805	168
1976	1.102	334
1977	1.336	316
1978	676	44	720	1.052	1.772	261	22	282	93	376
1979	790	42	832	1.021	1.854	299	12	311	286	597
1980	920	41	961	1.073	2.034	319	15	333	248	581
1981	1.077	36	1.113	1.544	2.658	383	13	395	212	607
1982	1.310	46	1.355	1.506	2.862	488	23	511	326	837
1983	1.411	62	1.473	1.473	2.946	502	16	518	383	901
1984	1.799	68	1.867	1.610	3.477	564	22	586	775	1.362
1985	2.129	56	2.184	1.552	3.736	537	40	577	749	1.326
1986	2.418	34	2.452	1.491	3.943	534	72	606	952	1.559
1987	2.873	61	2.934	1.724	4.658	553	32	585	827	1.412
1988	3.133	55	3.188	1.936	5.124	520	51	571	918	1.489
1989	3.315	63	3.378	2.005	5.383	551	30	580	517	1.097
1990	3.717	73	3.790	1.708	5.498	588	26	614	685	1.298
1991	4.189	91	4.280	2.137	6.417	640	26	666	239	905
1992	4.546	84	4.630	2.360	6.989	684	37	721	708	1.429
1993	4.718	21	4.739	2.639	7.377	747	27	773	1.348	2.121
1994	4.596	121	4.717	3.989	8.707	880	32	912	886	1.798
1995	4.873	116	4.988	6.864	11.852	1.073	48	1.121	1.753	2.874
1996	5.235	140	5.375	6.210	11.585	1.023	36	1.059	1.610	2.669
1997	5.282	49	5.331	5.621	10.952	1.099	18	1.117	1.360	2.478
1998	5.423	-105	5.318	9.252	14.571	1.126	-190	936	1.743	2.679
1999	6.034	0	6.034	11.126	17.160	607	4	612	433	1.045
2000	6.025	211	6.237	11.312	17.548	736	20	756	2.008	2.764
2001	5.911	-88	5.823	9.706	15.529	649	-9	640	1.650	2.291
2002	6.044	-32	6.012	12.459	18.471	533	24	557	1.975	2.532
2003	5.782	-54	5.729	14.697	20.425	520	8	527	1.572	2.099
2004	5.930	-31	5.900	13.203	19.103	432	-100	332	1.853	2.185
2005	6.385	-200	6.185	18.117	24.303	404	-123	281	1.444	1.725
2006	6.585	156	6.741	15.584	22.325	336	-230	105	2.492	2.597
2007	6.407	545	6.952	18.971	25.923	235	-431	-195	964	768
2008	6.394	63	6.457	9.731	16.188	238	7	246	690	936
2009	6.497	-25	6.472	22.276	28.748	252	-5	246	2.988	3.234
2010	6.787	-1.209	5.578	15.638	21.216	151	0	151	1.788	1.939
2011	7.077	-398	6.679	13.884	20.563	125	1	126	696	822
2012 ⁴⁾	7.590	156	7.746	17.915	25.661	101	1	102	382	484

1) Unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge seit 1989, inkl. im Eigenbesitz befindlicher Bundesschuld kategorien.

2) Bis Ende 1998 Aufwand für die Schillingschuld.

3) Nettobelastung aus den sonstigen Ausgaben (Provisionen, Emissionskosten) und sonstigen Einnahmen (Emissionsgewinne, Leihentgelte).

4) Bundesvoranschlag.

A 4 ZINSEN UND TILGUNGEN FÜR DIE FINANZSCHULD DES BUNDES

(Fortsetzung)

Aufwand für die Finanzschuld¹⁾ (in Mio EUR)

Jahre	Aufwand für die Finanzschuld insgesamt				
	Zinsen	Sonstiger Aufwand ²⁾	Summe	Tilgung	Gesamt
1970	198	16	214	362	576
1971	213	22	235	440	675
1972	218	24	242	454	696
1973	235	26	261	412	673
1974	265	15	280	500	780
1975	343	85	428	545	973
1976	572	84	656	780	1.436
1977	717	64	781	871	1.652
1978	937	65	1.002	1.146	2.148
1979	1.089	55	1.144	1.307	2.451
1980	1.239	56	1.294	1.321	2.615
1981	1.460	49	1.509	1.756	3.265
1982	1.798	69	1.867	1.832	3.699
1983	1.913	78	1.991	1.857	3.846
1984	2.363	90	2.453	2.386	4.839
1985	2.666	96	2.761	2.301	5.062
1986	2.952	106	3.058	2.444	5.502
1987	3.427	93	3.519	2.551	6.070
1988	3.653	107	3.760	2.853	6.613
1989	3.865	93	3.958	2.522	6.480
1990	4.305	99	4.404	2.392	6.796
1991	4.829	117	4.946	2.376	7.322
1992	5.230	121	5.351	3.068	8.418
1993	5.464	48	5.512	3.986	9.498
1994	5.476	153	5.629	4.875	10.504
1995	5.946	164	6.109	8.617	14.726
1996	6.259	175	6.434	7.820	14.254
1997	6.381	67	6.448	6.982	13.430
1998	6.549	-295	6.254	10.995	17.249
1999	6.641	4	6.646	11.559	18.205
2000	6.761	231	6.993	13.320	20.313
2001	6.560	-96	6.463	11.357	17.820
2002	6.577	-9	6.569	14.435	21.003
2003	6.302	-46	6.256	16.269	22.525
2004	6.362	-131	6.231	15.056	21.288
2005	6.789	-323	6.466	19.561	26.027
2006	6.920	-75	6.846	18.076	24.922
2007	6.642	114	6.757	19.935	26.691
2008	6.632	70	6.702	10.421	17.123
2009	6.749	-30	6.718	25.264	31.983
2010	6.938	-1.209	5.729	17.426	23.155
2011	7.202	-397	6.805	14.580	21.385
2012 ³⁾	7.690	158	7.848	18.297	26.145

1) Unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge seit 1989, inkl. im Eigenbesitz befindlicher Bundesschuld kategorien.

2) Nettobelastung aus den sonstigen Ausgaben (Provisionen, Emissionskosten) und sonstigen Einnahmen (Emissionsgewinne, Leihentgelte).

3) Bundesvoranschlag.

A 5 STRUKTUR DER FINANZSCHULD DES BUNDES**Bereinigte Finanzschuld nach Schuldformen¹⁾ (in Mio EUR)**

Jahre	Euroschuld ²⁾									
	Titrierte Euroschuld				Nicht titrierte Euroschuld					Summe Euroschuld
	Anleihen	Bundesobligationen	Bundesschatzscheine	Summe	Versicherungsdarlehen	Bankendarlehen	Sonst. Kredite	Notenbankschuld	Summe	
1970	1.219	24	600	1.843	111	43	75	369	597	2.441
1971	1.266	19	737	2.022	130	62	85	224	501	2.523
1972	1.350	159	785	2.293	159	83	108	231	581	2.876
1973	1.432	226	1.168	2.826	172	73	105	257	607	3.432
1974	1.388	221	1.231	2.840	171	63	106	298	638	3.478
1975	1.826	750	1.653	4.230	155	197	90	292	734	4.964
1976	2.376	1.764	1.811	5.951	298	581	72	279	1.231	7.182
1977	2.858	2.422	1.696	6.977	404	800	67	267	1.537	8.514
1978	3.470	3.053	1.756	8.279	473	1.044	61	255	1.833	10.112
1979	4.198	3.671	1.818	9.686	628	1.558	54	228	2.468	12.154
1980	5.100	3.823	2.252	11.175	682	1.596	53	196	2.527	13.702
1981	5.379	3.921	2.336	11.636	742	1.990	71	149	2.951	14.586
1982	5.967	4.207	3.028	13.202	788	2.732	65	162	3.748	16.950
1983	7.073	5.079	3.425	15.577	1.196	4.103	56	187	5.542	21.119
1984	7.555	5.250	3.574	16.380	1.721	7.137	53	205	9.116	25.496
1985	8.316	5.609	3.655	17.580	2.228	9.566	44	152	11.990	29.570
1986	9.096	6.869	3.886	19.850	2.924	12.885	28	87	15.924	35.774
1987	10.024	8.479	4.437	22.940	3.416	15.208	21	42	18.686	41.626
1988	11.010	9.237	5.175	25.422	3.765	15.526	14	30	19.335	44.767
1989	13.353	8.746	6.633	28.732	4.219	16.019	9	27	20.274	49.006
1990	15.530	8.364	8.406	32.300	4.503	15.938	6	32	20.479	52.779
1991	19.408	7.773	8.903	36.085	5.160	16.076	5	33	21.275	57.360
1992	23.035	7.141	7.835	38.010	5.828	15.701	5	37	21.571	59.581
1993	28.718	6.222	8.801	43.742	6.057	15.212	5	37	21.310	65.052
1994	34.274	5.428	8.820	48.522	7.055	14.397	88	43	21.583	70.104
1995	39.788	4.885	7.870	52.543	9.065	14.788	4	-	23.857	76.400
1996	43.951	4.182	7.934	56.066	10.514	13.417	3	-	23.935	80.001
1997	50.588	2.478	9.126	62.192	10.358	12.547	3	-	22.908	85.100
1998	55.935	1.602	5.943	63.480	9.883	10.324	47	-	20.254	83.734
1998 ³⁾	68.120	1.482	7.631	77.233	9.883	10.776	47	-	20.706	97.939
1999	75.095	1.294	5.988	82.377	9.382	9.196	241	-	18.819	101.196
2000	79.796	856	5.241	85.892	8.928	9.161	2	-	18.092	103.984
2001	85.532	1.461	1.585	88.578	8.302	8.339	2	-	16.642	105.220
2002	90.470	951	681	92.103	7.586	7.458	1.101	-	16.146	108.248
2003	96.744	835	608	98.187	6.863	6.802	1.127	-	14.792	112.979
2004	104.647	1.718	692	107.057	6.065	8.541	776	-	15.382	122.439
2005	108.813	3.336	264	112.412	4.919	11.938	426	-	17.282	129.694
2006	115.711	5.441	256	121.407	3.134	12.357	48	-	15.539	136.946
2007	121.478	4.357	639	126.475	2.099	11.508	1	-	13.608	140.082
2008	129.339	3.607	8.198	141.144	1.828	10.921	208	-	12.958	154.102
2009	140.922	2.648	6.016	149.587	1.626	12.346	65	-	14.037	163.623
2010	152.323	2.503	4.274	159.100	1.197	12.612	5	-	13.815	172.914
2011	160.194	2.203	3.894	166.291	1.026	13.180	55	-	14.261	180.551

1) Unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge seit 1989, der im Eigenbesitz befindlichen Bundesschuld kategorien seit 1993 sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern seit 1998.

2) Auf Euro lautende Finanzschulden; Schillingschuld bis Ende 1998.

3) Rückrechnung.

A 5 STRUKTUR DER FINANZSCHULD DES BUNDES (Fortsetzung)**Bereinigte Finanzschuld nach Schuldformen¹⁾** (in Mio EUR)

Jahre	Fremdwährungsschuld ²⁾					Gesamtschuld				
	Titrierte FW-Schuld				Summe FW-Schuld	bereinigt	Eigenbesitz			unbereinigt
	Anleihen	Schuldverschreibungen	Summe	Kredite und Darlehen			in EUR	in FW	Summe Eigenbesitz	
1970	246	284	530	450	980	3.421	-	-	-	-
1971	259	316	575	306	882	3.405	-	-	-	-
1972	244	265	509	240	749	3.623	-	-	-	-
1973	217	242	460	196	655	4.088	-	-	-	-
1974	204	268	472	512	984	4.462	-	-	-	-
1975	399	793	1.191	1.139	2.330	7.294	-	-	-	-
1976	467	826	1.293	1.247	2.540	9.722	-	-	-	-
1977	707	1.186	1.893	1.554	3.447	11.961	-	-	-	-
1978	810	1.448	2.258	2.105	4.362	14.474	-	-	-	-
1979	822	1.612	2.434	2.192	4.626	16.780	-	-	-	-
1980	1.024	1.758	2.781	2.498	5.279	18.981	-	-	-	-
1981	1.230	2.098	3.328	3.545	6.872	21.459	-	-	-	-
1982	1.336	2.464	3.800	4.074	7.874	24.824	-	-	-	-
1983	1.739	2.778	4.516	4.611	9.127	30.246	-	-	-	-
1984	2.064	2.430	4.494	4.151	8.645	34.141	-	-	-	-
1985	2.809	2.253	5.061	3.566	8.628	38.198	-	-	-	-
1986	4.446	1.552	5.997	3.058	9.055	44.830	-	-	-	-
1987	5.424	1.332	6.755	2.310	9.066	50.691	-	-	-	-
1988	7.143	1.093	8.237	1.269	9.506	54.263	-	-	-	-
1989	7.723	770	8.493	652	9.146	58.160	-	-	-	-
1990	8.595	685	9.279	558	9.837	62.616	-	-	-	-
1991	9.200	998	10.198	591	10.789	68.149	-	-	-	-
1992	10.679	878	11.558	952	12.510	72.091	-	-	-	-
1993	13.810	910	14.719	750	15.469	80.521	77	0	77	80.598
1994	16.126	750	16.876	2.087	18.963	89.068	202	0	202	89.269
1995	18.308	861	19.170	1.986	21.156	97.556	178	401	579	98.134
1996	18.955	916	19.871	1.642	21.512	101.614	1.440	33	1.473	102.987
1997	19.816	833	20.650	1.510	22.160	107.260	1.436	0	1.436	108.696
1998	24.169	2.264	26.433	1.436	27.869	111.603	1.986	718	2.704	114.307
1998 ³⁾	11.983	696	12.679	984	13.664	111.603	2.674	30	2.704	114.307
1999	14.722	800	15.523	1.256	16.778	117.974	4.822	40	4.862	122.836
2000	14.717	892	15.609	1.113	16.722	120.705	6.239	38	6.277	126.983
2001	14.356	805	15.161	1.032	16.193	121.413	7.451	35	7.486	128.898
2002	13.976	773	14.748	957	15.705	123.953	8.200	33	8.233	132.187
2003	12.414	715	13.129	770	13.899	126.878	9.043	30	9.073	135.951
2004	11.908	703	12.611	501	13.112	135.550	9.309	29	9.338	144.889
2005	10.572	703	11.275	360	11.635	141.329	9.976	0	9.976	151.305
2006	7.678	385	8.064	255	8.319	145.265	10.020	0	10.020	155.285
2007	6.806	367	7.173	121	7.294	147.376	9.924	0	9.924	157.301
2008	7.231	480	7.711	159	7.869	161.971	5.952	0	5.952	167.923
2009	4.638	454	5.092	-	5.092	168.715	9.362	0	9.362	178.077
2010	3.580	276	3.856	-	3.856	176.770	9.972	0	9.972	186.742
2011	2.525	100	2.624	-	2.624	183.176	10.435	0	10.435	193.610

1) Unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge seit 1989, der im Eigenbesitz befindlichen Bundesschuld kategorien seit 1993 sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern seit 1998.

2) Nicht auf Euro lautende Finanzschulden bewertet zum Devisenmittelkurs des jeweiligen Jahresultimos.

3) Rückrechnung.

A 5 STRUKTUR DER FINANZSCHULD DES BUNDES (Fortsetzung)Anteile der Schuldformen an der bereinigten Gesamtschuld¹⁾ (in %)

Jahre	Euroschuld ²⁾									
	Titrierte Euroschuld				Nicht titrierte Euroschuld					Summe Euroschuld
	Anleihen	Bundesobligationen	Bundesschatzscheine	Summe	Versicherungsdarlehen	Bankendarlehen	Sonstige Kredite	Notenbankschuld	Summe	
1970	35,6	0,7	17,5	53,9	3,2	1,3	2,2	10,8	17,5	71,3
1971	37,2	0,6	21,6	59,4	3,8	1,8	2,5	6,6	14,7	74,1
1972	37,3	4,4	21,7	63,3	4,4	2,3	3,0	6,4	16,0	79,3
1973	35,0	5,5	28,6	69,1	4,2	1,8	2,6	6,3	14,8	84,0
1974	31,1	4,9	27,6	63,6	3,8	1,4	2,4	6,7	14,3	77,9
1975	25,0	10,3	22,7	58,0	2,1	2,7	1,2	4,0	10,1	68,1
1976	24,4	18,1	18,6	61,2	3,1	6,0	0,7	2,9	12,7	73,9
1977	23,9	20,3	14,2	58,3	3,4	6,7	0,6	2,2	12,9	71,2
1978	24,0	21,1	12,1	57,2	3,3	7,2	0,4	1,8	12,7	69,9
1979	25,0	21,9	10,8	57,7	3,7	9,3	0,3	1,4	14,7	72,4
1980	26,9	20,1	11,9	58,9	3,6	8,4	0,3	1,0	13,3	72,2
1981	25,1	18,3	10,9	54,2	3,5	9,3	0,3	0,7	13,8	68,0
1982	24,0	16,9	12,2	53,2	3,2	11,0	0,3	0,7	15,1	68,3
1983	23,4	16,8	11,3	51,5	4,0	13,6	0,2	0,6	18,3	69,8
1984	22,1	15,4	10,5	48,0	5,0	20,9	0,2	0,6	26,7	74,7
1985	21,8	14,7	9,6	46,0	5,8	25,0	0,1	0,4	31,4	77,4
1986	20,3	15,3	8,7	44,3	6,5	28,7	0,1	0,2	35,5	79,8
1987	19,8	16,7	8,8	45,3	6,7	30,0	0,0	0,1	36,9	82,1
1988	20,3	17,0	9,5	46,8	6,9	28,6	0,0	0,1	35,6	82,5
1989	23,0	15,0	11,4	49,4	7,3	27,5	0,0	0,0	34,9	84,3
1990	24,8	13,4	13,4	51,6	7,2	25,5	0,0	0,1	32,7	84,3
1991	28,5	11,4	13,1	52,9	7,6	23,6	0,0	0,0	31,2	84,2
1992	32,0	9,9	10,9	52,7	8,1	21,8	0,0	0,1	29,9	82,6
1993	35,7	7,7	10,9	54,3	7,5	18,9	0,0	0,0	26,5	80,8
1994	38,5	6,1	9,9	54,5	7,9	16,2	0,1	0,0	24,2	78,7
1995	40,8	5,0	8,1	53,9	9,3	15,2	0,0	-	24,5	78,3
1996	43,3	4,1	7,8	55,2	10,4	13,2	0,0	-	23,6	78,8
1997	47,2	2,3	8,5	58,0	9,7	11,7	0,0	-	21,4	79,3
1998	50,1	1,4	5,3	56,9	8,9	9,3	0,0	-	18,1	75,0
1998 ³⁾	61,0	1,3	6,8	69,2	8,9	9,7	0,0	-	18,6	87,8
1999	63,7	1,1	5,1	69,8	8,0	7,8	0,2	-	16,0	85,8
2000	66,1	0,7	4,3	71,2	7,4	7,6	0,0	-	15,0	88,1
2001	70,4	1,2	1,3	73,0	6,8	6,9	0,0	-	13,7	88,7
2002	73,0	0,8	0,5	74,3	6,1	6,0	0,9	-	13,0	87,3
2003	76,2	0,7	0,5	77,4	5,4	5,4	0,9	-	11,7	89,0
2004	77,2	1,3	0,5	79,0	4,5	6,3	0,6	-	11,3	90,3
2005	77,0	2,4	0,2	79,5	3,5	8,4	0,3	-	12,2	91,8
2006	79,7	3,7	0,2	83,6	2,2	8,5	0,0	-	10,7	94,3
2007	82,4	3,0	0,4	85,8	1,4	7,8	0,0	-	9,2	95,1
2008	79,9	2,2	5,1	87,1	1,1	6,7	0,1	-	8,0	95,1
2009	83,5	1,6	3,6	88,7	1,0	7,3	0,0	-	8,3	97,0
2010	86,2	1,4	2,4	90,0	0,7	7,1	0,0	-	7,8	97,8
2011	87,5	1,2	2,1	90,8	0,6	7,2	0,0	-	7,8	98,6

1) Unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge seit 1989, der im Eigenbesitz befindlichen Bundesschuldkategorien seit 1993 sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern seit 1998.

2) Auf Euro lautende Finanzschulden; Schillingschuld bis Ende 1998.

3) Rückrechnung.

A 5 STRUKTUR DER FINANZSCHULD DES BUNDES (Fortsetzung)**Anteile der Schuldformen an der bereinigten Gesamtschuld¹⁾** (in %)

Jahre	Fremdwährungsschuld ²⁾				Summe FW-Schuld	Gesamt
	Titrierte FW-Schuld			Kredite und Darlehen		
	Anleihen	Schuldverschreibungen	Summe			
1970	7,2	8,3	15,5	13,2	28,7	100,0
1971	7,6	9,3	16,9	9,0	25,9	100,0
1972	6,7	7,3	14,1	6,6	20,7	100,0
1973	5,3	5,9	11,2	4,8	16,0	100,0
1974	4,6	6,0	10,6	11,5	22,1	100,0
1975	5,5	10,9	16,3	15,6	31,9	100,0
1976	4,8	8,5	13,3	12,8	26,1	100,0
1977	5,9	9,9	15,8	13,0	28,8	100,0
1978	5,6	10,0	15,6	14,5	30,1	100,0
1979	4,9	9,6	14,5	13,1	27,6	100,0
1980	5,4	9,3	14,7	13,2	27,8	100,0
1981	5,7	9,8	15,5	16,5	32,0	100,0
1982	5,4	9,9	15,3	16,4	31,7	100,0
1983	5,7	9,2	14,9	15,2	30,2	100,0
1984	6,0	7,1	13,2	12,2	25,3	100,0
1985	7,4	5,9	13,3	9,3	22,6	100,0
1986	9,9	3,5	13,4	6,8	20,2	100,0
1987	10,7	2,6	13,3	4,6	17,9	100,0
1988	13,2	2,0	15,2	2,3	17,5	100,0
1989	13,3	1,3	14,6	1,1	15,7	100,0
1990	13,7	1,1	14,8	0,9	15,7	100,0
1991	13,5	1,5	15,0	0,9	15,8	100,0
1992	14,8	1,2	16,0	1,3	17,4	100,0
1993	17,2	1,1	18,3	0,9	19,2	100,0
1994	18,1	0,8	18,9	2,3	21,3	100,0
1995	18,8	0,9	19,7	2,0	21,7	100,0
1996	18,7	0,9	19,6	1,6	21,2	100,0
1997	18,5	0,8	19,3	1,4	20,7	100,0
1998	21,7	2,0	23,7	1,3	25,0	100,0
1998 ³⁾	10,7	0,6	11,4	0,9	12,2	100,0
1999	12,5	0,7	13,2	1,1	14,2	100,0
2000	12,2	0,7	12,9	0,9	13,9	100,0
2001	11,8	0,7	12,5	0,8	13,3	100,0
2002	11,3	0,6	11,9	0,8	12,7	100,0
2003	9,8	0,6	10,3	0,6	11,0	100,0
2004	8,8	0,5	9,3	0,4	9,7	100,0
2005	7,5	0,5	8,0	0,3	8,2	100,0
2006	5,3	0,3	5,6	0,2	5,7	100,0
2007	4,6	0,2	4,9	0,1	4,9	100,0
2008	4,5	0,3	4,8	0,1	4,9	100,0
2009	2,7	0,3	3,0	-	3,0	100,0
2010	2,0	0,2	2,2	-	2,2	100,0
2011	1,4	0,1	1,4	-	1,4	100,0

1) Unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge seit 1989, der im Eigenbesitz befindlichen Bundesschuldkategorien seit 1993 sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern seit 1998.

2) Nicht auf Euro lautende Finanzschulden bewertet zum Devisenmittelkurs des jeweiligen Jahresultimos.

3) Rückrechnung.

A 5 STRUKTUR DER FINANZSCHULD DES BUNDES (Fortsetzung)**Restlaufzeit der bereinigten Finanzschuld nach Schuldformen¹⁾ (in Jahren)**

Jahre	Euroschuld ²⁾									
	Titrierte Eurosschuld				Nicht titrierte Eurosschuld					Summe Eurosschuld
	Anleihen	Bundesobligationen	Bundesschatzscheine	Summe	Versicherungsdarlehen	Bankendarlehen	Sonstige Kredite	Notenbankschuld	Summe	
1995	5,2	2,9	4,7	4,9	8,0	7,2	6,9	-	7,5	6,7
1996	4,9	2,7	6,0	4,9	7,8	6,9	6,4	-	7,3	6,6
1997	5,0	3,1	4,9	4,9	7,1	6,1	5,9	-	6,6	6,4
1998	5,1	4,9	4,1	5,0	6,4	6,6	0,4	-	6,5	6,4
1998 ³⁾	5,7	6,9	4,1	5,6	6,4	7,3	0,4	-	6,9	6,9
1999	6,1	5,0	5,0	6,0	5,8	7,2	0,2	-	6,4	6,1
2000	6,1	4,6	3,1	6,0	5,1	6,5	4,5	-	5,8	6,1
2001	5,8	5,4	2,1	5,8	4,4	5,8	4,1	-	5,1	5,8
2002	5,7	6,9	12,4	5,8	3,7	5,8	0,8	-	4,5	6,1
2003	6,5	8,8	7,0	6,5	3,2	5,4	1,2	-	4,1	6,2
2004	6,8	7,5	5,8	6,8	2,6	7,9	1,1	-	5,5	6,7
2005	7,3	10,0	12,5	7,4	2,3	15,5	0,8	-	11,4	7,9
2006	7,6	6,1	25,5	7,6	2,5	17,9	0,6	-	14,7	8,4
2007	8,6	6,6	24,5	8,6	2,6	19,5	2,3	-	16,9	9,4
2008	7,9	7,1	6,3	7,8	4,5	20,2	0,1	-	17,7	8,6
2009	7,8	8,4	4,3	7,7	7,8	19,7	0,2	-	18,2	8,6
2010	7,6	7,6	4,4	7,5	9,6	19,5	0,4	-	18,6	8,4
2011	7,4	7,5	4,5	7,3	10,9	19,7	0,1	-	19,0	8,2

Durchschnittl. Nominalverzinsung der bereinigten Finanzschuld nach Schuldformen¹⁾ (in %)

Jahre	Euroschuld ²⁾									
	Titrierte Eurosschuld				Nicht titrierte Eurosschuld					Summe Eurosschuld
	Anleihen	Bundesobligationen	Bundesschatzscheine	Summe	Versicherungsdarlehen	Bankendarlehen	Sonstige Kredite	Notenbankschuld	Summe	
1995	7,1	6,9	4,7	6,7	7,6	7,1	0,0	-	7,3	6,9
1996	6,8	6,9	3,7	6,4	7,2	6,7	0,1	-	6,9	6,5
1997	6,5	6,9	3,9	6,2	6,9	6,3	0,1	-	6,6	6,3
1998	6,2	6,8	3,7	6,0	6,8	6,0	2,8	-	6,4	6,1
1998 ³⁾	6,1	4,8	3,7	5,8	6,8	6,0	2,8	-	6,4	5,9
1999	5,6	6,8	3,6	5,5	6,7	6,1	2,6	-	6,4	5,6
2000	5,5	7,0	4,8	5,5	6,7	6,3	0,1	-	6,5	5,7
2001	5,3	6,2	3,7	5,3	6,6	6,2	0,1	-	6,4	6,5
2002	5,2	6,2	2,5	5,2	6,6	5,9	2,9	-	6,1	5,3
2003	4,9	6,4	2,2	4,9	6,6	5,8	2,2	-	5,9	5,1
2004	4,9	4,8	2,5	4,8	6,7	5,5	2,2	-	5,8	5,0
2005	4,7	4,1	2,2	4,7	6,7	4,7	2,5	-	5,2	4,8
2006	4,6	3,2	3,2	4,5	6,7	4,5	3,4	-	4,9	4,5
2007	4,4	3,7	4,2	4,4	6,6	4,4	2,4	-	4,7	4,4
2008	4,4	3,7	2,8	4,3	6,3	4,2	1,8	-	4,5	4,3
2009	4,3	3,9	1,0	4,2	5,5	4,1	0,9	-	4,3	4,2
2010	4,2	3,9	0,8	4,1	5,0	4,1	0,7	-	4,1	4,1
2011	4,1	3,7	1,3	4,1	4,5	4,0	0,5	-	4,1	4,1

1) Unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge seit 1989, der im Eigenbesitz befindlichen Bundesschuldskategorien seit 1993 sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern seit 1998.

2) Auf Euro lautende Finanzschulden; Schillingschuld bis Ende 1998.

3) Rückrechnung.

A 5 STRUKTUR DER FINANZSCHULD DES BUNDES (Fortsetzung)Restlaufzeit der bereinigten Finanzschuld nach Schuldformen¹⁾ (in Jahren)

Jahre	Fremdwährungsschuld ²⁾					Gesamt
	Titrierte FW - Schuld			Kredite und Darlehen	Summe FW-Schuld	
	Anleihen	Schuldverschreibungen	Summe			
1995	7,6	6,4	7,6	12,8	8,1	6,2
1996	7,3	8,0	7,3	14,5	7,9	6,1
1997	7,2	8,2	7,3	13,8	7,7	5,9
1998	6,6	8,8	6,8	13,0	7,1	5,8
1998 ³⁾	4,7	8,9	4,9	7,5	5,1	5,8
1999	4,4	8,4	4,6	6,7	4,8	5,9
2000	4,4	8,1	4,6	5,9	4,7	5,8
2001	4,5	7,5	4,7	4,9	4,7	5,5
2002	4,5	6,4	4,6	3,9	4,5	5,5
2003	4,2	5,4	4,3	2,7	4,2	5,9
2004	4,1	4,3	4,1	2,7	4,0	6,4
2005	3,6	3,3	3,5	2,7	3,5	7,6
2006	3,6	4,2	3,6	2,3	3,5	8,1
2007	2,8	3,2	2,9	3,6	2,9	9,1
2008	2,2	2,2	2,2	0,1	2,1	8,3
2009	2,6	1,2	2,5	-	2,5	8,4
2010	2,7	0,7	2,5	-	2,5	8,3
2011	1,6	0,7	1,5	-	1,5	8,1

Durchschnittl. Nominalverzinsung der bereinigten Finanzschuld nach Schuldformen¹⁾ (in %)

Jahre	Fremdwährungsschuld ²⁾					Gesamt
	Titrierte FW - Schuld			Kredite und Darlehen	Summe FW-Schuld	
	Anleihen	Schuldverschreibungen	Summe			
1995	5,1	3,9	5,1	4,3	5,0	6,5
1996	5,2	3,8	5,1	4,6	5,1	6,2
1997	5,2	3,6	5,1	4,5	5,1	6,0
1998	4,9	3,0	4,7	4,4	4,7	5,7
1998 ³⁾	4,4	3,0	4,4	3,5	4,3	5,7
1999	4,3	3,1	4,2	3,3	4,2	5,4
2000	4,0	3,0	3,9	3,3	3,9	5,4
2001	3,6	2,6	3,5	3,2	3,5	5,2
2002	3,3	1,9	3,2	3,2	3,2	5,0
2003	2,9	1,6	2,8	2,8	2,8	4,8
2004	2,8	2,6	2,8	4,4	2,8	4,8
2005	2,6	2,8	2,6	4,2	2,6	4,6
2006	2,5	2,5	2,5	4,3	2,6	4,4
2007	2,5	2,5	2,5	3,8	2,5	4,3
2008	2,6	2,6	2,6	3,8	2,7	4,2
2009	2,6	2,6	2,6	-	2,6	4,1
2010	3,1	3,3	3,1	-	3,1	4,1
2011	3,2	3,2	3,2	-	3,2	4,1

1) Unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge seit 1989, der im Eigenbesitz befindlichen Bundesschuldkategorien seit 1993 sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern seit 1998.

2) Nicht auf Euro lautende Finanzschulden bewertet zum Devisenmittelkurs des jeweiligen Jahresultimos.

3) Rückrechnung.

A 6 FREMDWÄHRUNGSSCHULD DES BUNDES

Stand und Anteile der bereinigten Fremdwährungsschuld nach Währungen¹⁾ (in Mio EUR)

Jahre	USD		DEM		CHF		NLG		JPY		FRF		XEU		BEF	
	in Mio EUR	%- Anteil														
1980	267	5,1	2.136	40,5	2.435	46,1	327	6,2	89	1,7	-	-	-	-	24	0,5
1981	301	4,4	2.048	29,8	3.872	56,3	315	4,6	314	4,6	-	-	-	-	23	0,3
1982	189	2,4	2.579	32,8	4.477	56,9	304	3,9	325	4,1	-	-	-	-	-	-
1983	208	2,3	2.831	31,0	5.069	55,5	520	5,7	499	5,5	-	-	-	-	-	-
1984	144	1,7	2.800	32,4	4.465	51,6	707	8,2	529	6,1	-	-	-	-	-	-
1985	104	1,2	3.218	37,3	3.815	44,2	760	8,8	730	8,5	-	-	-	-	-	-
1986	76	0,8	3.546	39,2	3.420	37,8	874	9,7	1.139	12,6	-	-	-	-	-	-
1987	56	0,6	3.174	35,0	3.749	41,4	600	6,6	1.486	16,4	-	-	-	-	-	-
1988	38	0,4	3.479	36,6	3.282	34,5	491	5,2	2.215	23,3	-	-	-	-	-	-
1989	34	0,4	3.690	40,3	2.851	31,2	478	5,2	2.093	22,9	-	-	-	-	-	-
1990	8	0,1	3.440	35,0	3.503	35,6	479	4,9	2.407	24,5	-	-	-	-	-	-
1991	84	0,8	3.039	28,2	4.237	39,3	479	4,4	2.950	27,3	-	-	-	-	-	-
1992	6	0,0	3.653	29,2	5.048	40,3	341	2,7	3.461	27,7	-	-	-	-	-	-
1993	6	0,0	3.879	25,1	5.484	35,5	798	5,2	5.302	34,3	-	-	-	-	-	-
1994	4	0,0	5.066	26,7	6.749	35,6	903	4,8	6.242	32,9	-	-	-	-	-	-
1995	2	0,0	5.921	27,5	7.947	36,9	822	3,8	6.866	31,8	-	-	-	-	-	-
1996	2	0,0	6.378	29,6	7.352	34,1	1.503	7,0	6.311	29,3	-	-	-	-	-	-
1997	0	0,0	6.163	27,8	6.741	30,4	1.952	8,8	6.538	29,5	765	3,5	-	-	-	-
1998	-	-	8.496	29,7	7.210	25,2	2.520	8,8	6.483	22,7	1.219	4,3	2.658	9,3	-	-
1998 ²⁾	-	-	-	-	7.210	52,8	-	-	6.453	47,2	-	-	-	-	-	-
1999	-	-	-	-	7.479	44,6	-	-	9.299	55,4	-	-	-	-	-	-
2000	-	-	-	-	7.836	46,9	-	-	8.886	53,1	-	-	-	-	-	-
2001	-	-	-	-	8.049	49,7	-	-	8.144	50,3	-	-	-	-	-	-
2002	-	-	-	-	8.602	54,8	-	-	7.103	45,2	-	-	-	-	-	-
2003	-	-	-	-	8.341	60,0	-	-	5.558	40,0	-	-	-	-	-	-
2004	-	-	-	-	7.800	59,5	-	-	5.312	40,5	-	-	-	-	-	-
2005	-	-	-	-	7.196	61,8	-	-	4.439	38,2	-	-	-	-	-	-
2006	-	-	-	-	4.737	56,9	-	-	3.581	43,1	-	-	-	-	-	-
2007	-	-	-	-	4.225	57,9	-	-	3.069	42,1	-	-	-	-	-	-
2008	-	-	-	-	4.546	57,8	-	-	3.323	42,2	-	-	-	-	-	-
2009	-	-	-	-	2.933	57,6	-	-	2.159	42,4	-	-	-	-	-	-
2009	-	-	-	-	2.933	57,6	-	-	2.159	42,4	-	-	-	-	-	-
2010	-	-	-	-	2.476	64,2	-	-	1.380	35,8	-	-	-	-	-	-
2011	-	-	-	-	2.155	82,1	-	-	470	17,9	-	-	-	-	-	-

1) Nicht auf Euro lautende Finanzschulden; unter Berücksichtigung der im Eigenbesitz befindlichen Bundesschuldskategorien sowie der Cross-Currency-Swaps seit 1982.

2) Rückrechnung.

A 6 FREMDWÄHRUNGSSCHULD DES BUNDES (Fortsetzung)**Stand und Entwicklung der Fremdwährungsschuld im engeren Sinn (vor Swaps)
nach Währungen¹⁾ (in Mio Fremdwährung)**

2 0 0 2	Stand	Zugang ³⁾	Abgang ³⁾	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn ²⁾			in Mio FW	in Mio FW	in %
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	5.163,6	2.377,1	1.350,0	1.027,1	19,9	6.190,7
CHF	3.500,0	1.300,0	0,0	1.300,0	37,1	4.800,0
JPY	461.000,0	18.000,0	0,0	18.000,0	3,9	479.000,0
GBP	450,0	14,0	0,0	14,0	3,1	464,0
CAD	550,0	0,0	250,0	-250,0	-45,5	300,0
ZAR	0,0	300,0	0,0	300,0	.	300,0
NOK	0,0	400,0	0,0	400,0	.	400,0

2 0 0 3	Stand	Zugang ³⁾	Abgang ³⁾	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn ²⁾			in Mio FW	in Mio FW	in %
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	6.190,7	4.808,5	966,0	3.842,5	62,1	10.033,2
CHF	4.800,0	0,0	0,0	0,0	0,0	4.800,0
JPY	479.000,0	16.000,0	113.700,0	-97.700,0	-20,4	381.300,0
GBP	464,0	0,0	14,0	-14,0	-3,0	450,0
CAD	300,0	0,0	300,0	-300,0	-100,0	0,0
ZAR	300,0	0,0	0,0	0,0	0,0	300,0
NOK	400,0	0,0	0,0	0,0	0,0	400,0
HUF	0,0	13.000,0	0,0	13.000,0	.	13.000,0

2 0 0 4	Stand	Zugang ³⁾	Abgang ³⁾	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn ²⁾			in Mio FW	in Mio FW	in %
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	10.033,2	4.273,1	1.163,5	3.109,6	31,0	13.142,8
CHF	4.800,0	400,0	0,0	400,0	8,3	5.200,0
JPY	381.300,0	0,0	97.000,0	-97.000,0	-25,4	284.300,0
GBP	450,0	100,6	450,0	-349,4	-77,6	100,6
CAD	0,0	400,0	0,0	400,0	.	400,0
AUD	0,0	500,0	0,0	500,0	.	500,0
ZAR	300,0	400,0	0,0	400,0	133,3	700,0
NOK	400,0	0,0	0,0	0,0	0,0	400,0
HUF	13.000,0	21.000,0	0,0	21.000,0	161,5	34.000,0
SKK	0,0	500,0	0,0	500,0	.	500,0
BRL	0,0	1.213,8	0,0	1.213,8	.	1.213,8

2 0 0 5	Stand	Zugang ³⁾	Abgang ³⁾	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn ²⁾			in Mio FW	in Mio FW	in %
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	13.142,8	1.915,4	1.263,5	651,9	5,0	13.794,7
CHF	5.200,0	0,0	600,0	-600,0	-11,5	4.600,0
JPY	284.300,0	0,0	80.000,0	-80.000,0	-28,1	204.300,0
GBP	100,6	0,0	0,0	0,0	0,0	100,6
CAD	400,0	548,4	298,4	250,0	62,5	650,0
AUD	500,0	100,0	0,0	100,0	20,0	600,0
ZAR	700,0	0,0	0,0	0,0	0,0	700,0
NOK	400,0	0,0	0,0	0,0	0,0	400,0
HUF	34.000,0	4.000,0	0,0	4.000,0	11,8	38.000,0
SKK	500,0	0,0	0,0	0,0	0,0	500,0
BRL	1.213,8	1.012,5	416,9	595,6	49,1	1.809,4
TRY	0,0	300,0	0,0	300,0	.	300,0
ISK	0,0	20.000,0	0,0	20.000,0	.	20.000,0
NZD	0,0	250,0	0,0	250,0	.	250,0
MXN	0,0	500,0	0,0	500,0	.	500,0

1) Inklusive im Eigenbesitz befindlicher Bundesschuldskategorien.

2) Nicht auf Euro lautende Finanzschulden unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

3) Inklusive Forderungszu- bzw. -abnahme gegenüber Rechtsträgern und Konversionen.

A 6 FREMDWÄHRUNGSSCHULD DES BUNDES (Fortsetzung)**Fremdwährungsschuld im engeren Sinn (vor Swaps) nach Währungen¹⁾ (in Mio FW)**

2 0 0 6	Stand	Zugang ³⁾	Abgang ³⁾	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn ²⁾					Jahresende
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	13.794,7	3.577,0	2.890,2	686,8	5,0	14.481,5
CHF	4.600,0	0,0	2.550,0	-2.550,0	-55,4	2.050,0
JPY	204.300,0	0,0	10.000,0	-10.000,0	-4,9	194.300,0
GBP	100,6	0,0	0,0	0,0	0,0	100,6
CAD	650,0	0,0	0,0	0,0	0,0	650,0
AUD	600,0	0,0	0,0	0,0	0,0	600,0
ZAR	700,0	0,0	300,0	-300,0	-42,9	400,0
NOK	400,0	0,0	0,0	0,0	0,0	400,0
HUF	38.000,0	0,0	0,0	0,0	0,0	38.000,0
SKK	500,0	0,0	0,0	0,0	0,0	500,0
BRL	1.809,4	1.574,8	150,5	1.424,3	78,7	3.233,7
TRY	300,0	525,0	150,0	375,0	125,0	675,0
ISK	20.000,0	3.000,0	20.000,0	-17.000,0	-85,0	3.000,0
NZD	250,0	70,0	0,0	70,0	28,0	320,0
MXN	500,0	0,0	0,0	0,0	0,0	500,0
RON	0,0	100,0	0,0	100,0	.	100,0

2 0 0 7	Stand	Zugang ³⁾	Abgang ³⁾	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn ²⁾					Jahresende
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	14.481,5	1.983,2	3.346,0	-1.362,8	-9,4	13.118,7
CHF	2.050,0	0,0	200,0	-200,0	-9,8	1.850,0
JPY	194.300,0	0,0	55.000,0	-55.000,0	-28,3	139.300,0
GBP	100,6	0,0	0,0	0,0	0,0	100,6
CAD	650,0	0,0	0,0	0,0	0,0	650,0
AUD	600,0	0,0	0,0	0,0	0,0	600,0
ZAR	400,0	0,0	0,0	0,0	0,0	400,0
NOK	400,0	0,0	400,0	-400,0	-100,0	0,0
HUF	38.000,0	0,0	38.000,0	-38.000,0	-100,0	0,0
SKK	500,0	0,0	0,0	0,0	0,0	500,0
BRL	3.233,7	450,3	1.573,2	-1.122,9	-34,7	2.110,8
TRY	675,0	1.219,5	325,0	894,5	132,5	1.569,5
ISK	3.000,0	26.500,0	0,0	26.500,0	883,3	29.500,0
NZD	320,0	0,0	0,0	0,0	0,0	320,0
MXN	500,0	0,0	0,0	0,0	0,0	500,0
RON	100,0	0,0	0,0	0,0	0,0	100,0

2 0 0 8	Stand	Zugang ³⁾	Abgang ³⁾	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn ²⁾					Jahresende
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	13.118,7	7.334,6	1.783,2	5.551,4	42,3	18.670,1
CHF	1.850,0	315,0	0,0	315,0	17,0	2.165,0
JPY	139.300,0	0,0	0,0	0,0	0,0	139.300,0
GBP	100,6	152,0	0,0	152,0	151,1	252,6
CAD	650,0	0,0	0,0	0,0	0,0	650,0
AUD	600,0	0,0	0,0	0,0	0,0	600,0
ZAR	400,0	0,0	0,0	0,0	0,0	400,0
SKK	500,0	0,0	0,0	0,0	0,0	500,0
BRL	2.110,8	0,0	1.722,2	-1.722,2	-81,6	388,6
TRY	1.569,5	1.514,3	542,8	971,5	61,9	2.541,1
ISK	29.500,0	0,0	29.500,0	-29.500,0	-100,0	0,0
NZD	320,0	0,0	320,0	-320,0	-100,0	0,0
MXN	500,0	0,0	500,0	-500,0	-100,0	0,0
RON	100,0	0,0	100,0	-100,0	-100,0	0,0

1) Inklusive im Eigenbesitz befindlicher Bundesschuldskategorien.

2) Nicht auf Euro lautende Finanzschulden unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

3) Inklusive Forderungszu- bzw. -abnahme gegenüber Rechtsträgern und Konversionen.

A 6 FREMDWÄHRUNGSSCHULD DES BUNDES (Fortsetzung)**Fremdwährungsschuld im engeren Sinn (vor Swaps) nach Währungen¹⁾** (in Mio FW)

2009	Stand Jahresbeginn ²⁾	Zugang ³⁾	Abgang ³⁾	Nettoveränderung		Stand Jahresende
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	18.670,1	4.456,7	7.440,7	-2.984,0	-16,0	15.686,1
CHF	2.165,0	613,0	1.165,0	-552,0	-25,5	1.613,0
JPY	139.300,0	0,0	80.000,0	-80.000,0	-57,4	59.300,0
GBP	252,6	1.550,0	152,0	1.398,0	553,4	1.650,6
CAD	650,0	0,0	0,0	0,0	0,0	650,0
AUD	600,0	0,0	0,0	0,0	0,0	600,0
ZAR	400,0	0,0	400,0	-400,0	-100,0	0,0
SKK	500,0	0,0	500,0	-500,0	-100,0	0,0
BRL	388,6	0,0	0,0	0,0	0,0	388,6
TRY	2.541,1	0,0	2.312,8	-2.312,8	-91,0	228,3

2010	Stand Jahresbeginn ²⁾	Zugang ³⁾	Abgang ³⁾	Nettoveränderung		Stand Jahresende
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	15.686,1	2.733,5	5.056,7	-2.323,2	-14,8	13.362,9
CHF	1.613,0	219,0	13,0	206,0	12,8	1.819,0
JPY	59.300,0	0,0	16.000,0	-16.000,0	-27,0	43.300,0
GBP	1.650,6	0,0	1.550,0	-1.550,0	-93,9	100,6
CAD	650,0	0,0	0,0	0,0	0,0	650,0
AUD	600,0	16,0	0,0	16,0	2,7	616,0
BRL	388,6	0,0	0,0	0,0	0,0	388,6
TRY	228,3	0,0	178,3	-178,3	-78,1	50,0

2011	Stand Jahresbeginn ²⁾	Zugang ³⁾	Abgang ³⁾	Nettoveränderung		Stand Jahresende
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	13.362,9	3.325,0	4.912,9	-1.587,9	-11,9	11.775,0
CHF	1.819,0	0,0	219,0	-219,0	-12,0	1.600,0
JPY	43.300,0	0,0	21.300,0	-21.300,0	-49,2	22.000,0
GBP	100,6	430,0	0,0	430,0	427,4	530,6
CAD	650,0	0,0	100,0	-100,0	-15,4	550,0
AUD	616,0	0,0	16,0	-16,0	-2,6	600,0
BRL	388,6	0,0	388,6	-388,6	-100,0	0,0
TRY	50,0	0,0	0,0	0,0	0,0	50,0
NOK	0,0	2.000,0	0,0	2.000,0	.	2.000,0

1) Inklusive im Eigenbesitz befindlicher Bundesschuldskategorien.

2) Nicht auf Euro lautende Finanzschulden unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

3) Inklusive Konversionen

A 7 FINANZSCHULD IM ENGEREN SINN UND CROSS CURRENCY SWAPS (CCS) NACH SCHULDFORMEN 1)

in Mio EUR	Stand am 31.12.2010					Nettoveränderung					Stand am 31.12.2011					
	Finanzschuld i.e.S.	CCS Verbindlichkeiten	CCS Forderungen	CCS Verbindl. netto	Finanzschuld	Finanzschuld i.e.S.	CCS Verbindl. netto	Finanzschuld	CCS Verbindl. netto	CCS Forderungen	CCS Verbindlichkeiten	Finanzschuld i.e.S.	CCS Verbindl. netto	CCS Forderungen	CCS Verbindl. netto	Finanzschuld
E u r o s c h u l d																
Anleihen	153.593	8.713	1.704	7.009	160.602	8.155	180	8.336	161.748	8.293	1.103	7.190	168.938			
Bundessobligationen	1.662	842	0	842	2.503	-149	-151	-301	1.512	691	0	691	2.203			
Bundesschatzscheine	3.735	2.231	0	2.231	5.966	-323	-59	-382	3.412	2.173	0	2.173	5.585			
Titrierte Euroschuld	158.989	11.786	1.704	10.082	169.072	7.683	-29	7.654	166.672	11.156	1.103	10.053	176.725			
Versicherungsdarlehen	1.197	0	0	0	1.197	-172	0	-172	1.026	0	0	0	1.026			
Bankendarlehen	12.612	0	0	0	12.612	568	0	568	13.180	0	0	0	13.180			
Sonstige Kredite	5	0	0	0	5	50	0	50	55	0	0	0	55			
Nicht titrierte Euroschuld	13.815	0	0	0	13.815	446	0	446	14.261	0	0	0	14.261			
Euroschild	172.804	11.786	1.704	10.082	182.886	8.129	-29	8.100	180.933	11.156	1.103	10.053	190.986			
F W - S c h u l d 2)																
Anleihen	9.796	2.799	9.015	-6.216	3.580	-431	-624	-1.055	9.365	2.171	9.011	-6.841	2.525			
Schuldverschreibungen	1.098	0	822	-822	276	-337	161	-176	761	0	661	-661	100			
Bundesschatzscheine	2.233	0	2.233	-2.233	0	79	-79	0	2.312	0	2.312	-2.312	0			
Titr. Fremdwährungsschuld	13.127	2.799	12.070	-9.271	3.856	-689	-542	-1.232	12.438	2.171	11.984	-9.813	2.624			
Kredite und Darlehen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0			
Fremdwährungsschuld	13.127	2.799	12.070	-9.271	3.856	-689	-542	-1.232	12.438	2.171	11.984	-9.813	2.624			
F i n a n z s c h u l d	185.931	14.585	13.774	811	186.742	7.439	-572	6.868	193.371	13.326	13.087	240	193.610			
Abzüglich Eigenbesitz					9.972			463					10.435			
Bereinigte Euroschuld³⁾					172.914			7.637					180.551			
Bereinigte FW-Schuld³⁾					3.856			-1.232					2.624			
Bereinigte Finanzschuld					176.770			6.405					183.176			

1) Inklusive Devisentermingeschäfte; Transaktionsvolumina zu Nominalwerten.

2) Nicht auf Euro lautende Finanzschulden.

3) Die bereinigte Schuldentwicklung nach Schuldformen ist unter der Internet-Homepage der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur zu finden (<http://www.oebfa.co.at>).

A 8 LANGFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN¹⁾ VON UNTERNEHMEN ÖFFENTLICHER GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN

in Mrd EUR	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011 ²⁾
Unternehmen des Bundes³⁾							
ASFINAG	9,3	8,6	9,2	8,4	8,8	10,0	8,7
AUSTRO CONTROL	0,0	-	-	-	-	-	-
BIG	3,3	3,3	3,3	3,1	2,7	3,0	3,3
MUQUA	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0
ÖBB	5,8	7,1	9,3	11,1	12,5	14,4	16,9
<i>davon ÖBB-Infrastruktur</i>	5,1	6,1	8,0	9,2	10,8	12,7	14,4
ÖIAG	0,5	0,2	0,1	0,0	0,0	0,0	0,2
SCHIG	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Summe	19,1	19,4	22,1	22,8	24,1	27,5	29,2
<i>davon im Staatssektor gemäß ESVG 95 enthalten⁴⁾</i>	4,1	3,5	3,6	4,3	5,0	6,0	7,0
Krankenanstaltenbetriebsgesell. der Länder⁵⁾							
GESPAG	-	0,1	0,1	0,2	0,2	0,3	0,3
KABEG	0,5	0,7	0,8	1,0	1,2	1,3	1,3
KAGes	0,0	0,0	0,0	0,0	0,7	1,2	1,2
KRAGES	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1
TILAK	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0
Summe	0,6	0,8	1,0	1,3	2,2	2,9	2,9
<i>davon im Staatssektor gemäß ESVG 95 enthalten</i>	0,6	0,8	1,0	1,3	2,2	2,9	2,9
Marktbestimmte Betriebe der Gemeinden⁶⁾							
Gemeindeverbände ⁷⁾	2,3	2,2	2,1	2,1	-	-	-
Infrastrukturbetriebe der Gemeinden ohne Wien	7,7	7,8	7,8	7,9	7,9	7,9	7,9
Infrastrukturbetriebe der Gemeinde Wien	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Wiener Wohnen	1,6	1,9	2,1	2,3	2,3	2,4	2,6
Wien Kanal	-	-	-	-	0,1	0,1	0,1
Wiener Krankenanstaltenverbund	-	-	-	-	-	0,3	0,3
Summe⁷⁾	11,7	12,1	12,2	12,5	10,3	10,8	11,0
<i>davon im Staatssektor gemäß ESVG 95 enthalten</i>	-	-	-	-	-	0,3	0,3
Insgesamt⁷⁾	31,5	32,3	35,4	36,6	36,6	41,2	43,1
<i>davon im Staatssektor gemäß ESVG 95 enthalten</i>	4,7	4,3	4,7	5,6	7,2	9,2	10,3

Abkürzungen:

ASFINAG	Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierung-Aktiengesellschaft
AUSTRO CONTROL	AUSTRO CONTROL Österreichische Gesellschaft für Zivilluftfahrt mbH
BIG	Bundesimmobiliengesellschaft mbH
GESPAG	Oberösterreichische Gesundheits- und Spitals-AG
KABEG	Kärntner Krankenanstaltenbetriebsgesellschaft
KAGes	Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft m.b.H.
KRAGES	Burgenländische Krankenanstaltengesellschaft mbH
MUQUA	MuseumsQuartier Errichtungs- und BetriebsgmbH
ÖBB	Österreichische Bundesbahnen
ÖIAG	Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft
SCHIG	Schieneinfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft m.b.H.
TILAK	Tiroler Landeskrankenanstalten GmbH

1) Kapitalmarktfinanzierungen mit einer originären Laufzeit von über einem Jahr (Anleihen, Kredit-/Darlehensverbindlichkeiten einschließlich Forderungszessionen an Finanzinstitutionen).

2) Vorläufige Daten.

3) Selbstständige Einheiten, die gemäß ESVG 1995 dem Unternehmenssektor zugerechnet werden.

4) V. a. dem Bund zugerechnete Schulden der ÖBB-Infrastruktur, aber auch Kapitalmarktfinanzierungen im Namen des Bundes (insbesondere Bundesanleihen) für Dritte, die in Form von Darlehen an die Unternehmen weitergegeben werden und deren Schuldendienst von den Unternehmen zu bedienen ist. Solche Drittfinanzierungen durch den Bund sind gemäß BHG seit 1998 möglich (§ 65c BHG i. d. j. F.).

5) Betriebsgesellschaften mit Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

6) Unternehmen und Betriebe der Gemeinden mit marktbestimmter Tätigkeit. Dazu zählen Infrastrukturbetriebe bzw. Gebührenhaushalte (Wasser-, Abwasserversorgung und Wohnungswirtschaft) sowie Gemeindeverbände (v. a. Wasserversorgung, Umwelt, Gesundheit).

7) Zeitreihenbruch: Daten zu den Gemeindeverbänden sind seit 2009 nicht mehr verfügbar.

Quelle: Bilanzdaten der Unternehmen und Statistik Austria.

A 9 FINANZSCHULD DER LÄNDER¹⁾

Stand der Finanzschuld der Länder (in Mio EUR)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Burgenland	209,8	209,1	208,4	207,9	207,8	206,8	206,8	206,8	206,8	231,5
Kärnten	356,0	405,5	521,4	586,6	680,1	724,2	867,7	990,0	1.159,0	1.424,8
Niederösterreich	885,1	950,4	1.030,8	1.380,4	1.680,2	2.042,8	2.271,4	2.557,2	3.222,9	3.962,0
Oberösterreich	370,4	-	-	-	-	-	-	-	92,0	165,4
Salzburg	365,6	347,2	339,1	346,1	378,0	401,3	406,8	521,2	481,2	777,9
Steiermark	1.015,5	652,8	367,3	367,3	442,3	442,3	442,3	442,3	988,4	1.343,5
Tirol	80,7	88,2	16,0	57,3	106,3	132,2	176,2	168,0	174,5	234,0
Vorarlberg	83,6	81,7	77,4	73,9	73,9	83,9	78,2	72,7	72,7	95,8
Wien ²⁾	2.083,9	2.104,4	1.566,6	1.565,5	1.546,3	1.473,5	1.394,6	1.460,1	1.874,1	3.070,5
Summe Bundesländer	5.460,5	4.839,3	4.127,0	4.585,0	5.114,9	5.507,0	5.844,0	6.418,4	8.271,6	11.305,3

Stand der Finanzschuld der Länder (%-Anteile)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Burgenland	3,8	4,3	5,0	4,5	4,1	3,8	3,5	3,2	2,5	2,0
Kärnten	6,5	8,4	12,6	12,8	13,3	13,2	14,8	15,4	14,0	12,6
Niederösterreich	16,2	19,6	25,0	30,1	32,8	37,1	38,9	39,8	39,0	35,0
Oberösterreich	6,8	-	-	-	-	-	-	-	1,1	1,5
Salzburg	6,7	7,2	8,2	7,5	7,4	7,3	7,0	8,1	5,8	6,9
Steiermark	18,6	13,5	8,9	8,0	8,6	8,0	7,6	6,9	11,9	11,9
Tirol	1,5	1,8	0,4	1,2	2,1	2,4	3,0	2,6	2,1	2,1
Vorarlberg	1,5	1,7	1,9	1,6	1,4	1,5	1,3	1,1	0,9	0,8
Wien ²⁾	38,2	43,5	38,0	34,1	30,2	26,8	23,9	22,7	22,7	27,2
Summe Bundesländer	100,0									

Veränderung der Finanzschuld der Länder zum Vorjahr (in %)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Burgenland	-0,5	-0,3	-0,4	-0,2	-0,1	-0,5	0,0	0,0	0,0	11,9
Kärnten	-66,1	13,9	28,6	12,5	15,9	6,5	19,8	14,1	17,1	22,9
Niederösterreich	-5,0	7,4	8,5	33,9	21,7	21,6	11,2	12,6	26,0	22,9
Oberösterreich	-17,2	-	-	-	-	-	-	-	-	79,8
Salzburg	-4,6	-5,0	-2,3	2,1	9,2	6,2	1,4	28,1	-7,7	61,6
Steiermark	-3,8	-35,7	-43,7	0,0	20,4	0,0	0,0	0,0	123,5	35,9
Tirol	-42,0	9,3	-81,9	258,8	85,5	24,4	33,3	-4,7	3,9	34,1
Vorarlberg	-3,6	-2,3	-5,2	-4,5	0,0	13,5	-6,8	-7,0	0,0	31,7
Wien ²⁾	1,9	1,0	-25,6	-0,1	-1,2	-4,7	-5,4	4,7	28,4	63,8
Summe Bundesländer	-14,2	-11,2	-14,7	11,1	11,6	7,7	6,1	9,6	28,9	36,7

Pro-Kopf-Verschuldung der Finanzschuld der Länder (in EUR)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Burgenland	758	756	753	748	744	738	735	730	728	813
Kärnten	636	726	934	1.050	1.216	1.295	1.549	1.766	2.072	2.552
Niederösterreich	573	613	662	880	1.063	1.286	1.423	1.593	2.004	2.458
Oberösterreich	269	-	-	-	-	-	-	-	65	117
Salzburg	707	671	653	663	720	763	771	985	908	1.463
Steiermark	855	549	308	307	368	368	367	366	818	1.110
Tirol	119	130	23	83	153	190	251	238	247	330
Vorarlberg	237	230	217	205	204	230	214	198	197	259
Wien ²⁾	1.326	1.321	973	959	936	887	833	865	1.103	1.791
Summe Bundesländer	676	597	507	559	620	665	703	768	988	1.345

1) Einschließlich für Dritte aufgenommene Schulden (z. B. Landeskrankenanstalten). Ohne Soffstellungen, ohne innere Anleihen.
Die Verschuldung der Länder in Form von inneren Anleihen betrug Ende 2008: 1.733,1 Mio EUR, Ende 2009: 1.606,9 Mio EUR
und Ende 2010: 1.415,7 Mio EUR.

2) Wien als Land und Gemeinde.

Quelle: Statistik Austria - Gebarungen und Sektor Staat; laufende Jahrgänge.

A 10 FINANZSCHULD DER GEMEINDEN

Stand der Finanzschuld der Gemeinden (in Mio EUR)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Burgenland	392,4	393,0	383,2	383,1	376,6	373,3	371,0	368,5	370,8	365,4
Kärnten	584,2	602,4	636,2	639,0	646,5	646,3	678,6	686,9	712,3	716,0
Niederösterreich	3.183,2	3.148,0	3.257,9	3.444,0	3.497,6	3.624,2	3.651,9	3.642,9	3.706,2	3.785,6
Oberösterreich	1.929,7	1.994,0	2.062,4	2.159,3	2.213,7	2.245,0	2.306,2	2.393,1	2.561,2	2.730,6
Salzburg	746,3	753,5	746,6	685,0	694,4	666,9	673,1	664,3	663,3	644,6
Steiermark	1.769,9	1.875,0	1.906,2	1.960,7	1.985,5	1.989,3	1.955,7	2.025,2	2.007,9	1.959,5
Tirol	742,5	737,5	752,3	767,5	779,4	793,8	788,2	806,2	815,0	806,4
Vorarlberg	591,6	593,6	601,9	616,1	642,1	642,0	627,7	639,6	653,9	676,2
Summe ohne Wien	9.939,7	10.097,0	10.348,7	10.654,6	10.835,8	10.980,8	11.052,4	11.226,7	11.490,6	11.684,3
Wien ¹⁾	2.083,9	2.104,4	1.566,6	1.565,5	1.546,3	1.473,5	1.394,6	1.460,1	1.874,1	3.070,5
Summe mit Wien	12.023,6	12.201,5	11.913,3	12.220,1	12.382,0	12.454,3	12.447,0	12.686,8	13.364,7	14.754,8

Stand der Finanzschuld der Gemeinden (%-Anteile)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Burgenland	3,3	3,2	3,2	3,1	3,0	3,0	3,0	2,9	2,8	2,5
Kärnten	4,9	4,9	5,3	5,2	5,2	5,2	5,5	5,4	5,3	4,9
Niederösterreich	26,5	25,8	27,3	28,2	28,2	29,1	29,3	28,7	27,7	25,7
Oberösterreich	16,0	16,3	17,3	17,7	17,9	18,0	18,5	18,9	19,2	18,5
Salzburg	6,2	6,2	6,3	5,6	5,6	5,4	5,4	5,2	5,0	4,4
Steiermark	14,7	15,4	16,0	16,0	16,0	16,0	15,7	16,0	15,0	13,3
Tirol	6,2	6,0	6,3	6,3	6,3	6,4	6,3	6,4	6,1	5,5
Vorarlberg	4,9	4,9	5,1	5,0	5,2	5,2	5,0	5,0	4,9	4,6
Summe ohne Wien	82,7	82,8	86,9	87,2	87,5	88,2	88,8	88,5	86,0	79,2
Wien ¹⁾	17,3	17,2	13,1	12,8	12,5	11,8	11,2	11,5	14,0	20,8
Summe mit Wien	100,0									

Veränderung der Finanzschuld der Gemeinden zum Vorjahr (in %)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Burgenland	-2,5	0,2	-2,5	0,0	-1,7	-0,9	-0,6	-0,7	0,6	-1,5
Kärnten	-0,8	3,1	5,6	0,4	1,2	0,0	5,0	1,2	3,7	0,5
Niederösterreich	7,4	-1,1	3,5	5,7	1,6	3,8	0,8	-0,2	1,7	2,1
Oberösterreich	4,2	3,3	3,4	4,7	2,5	1,4	2,7	3,8	7,0	6,6
Salzburg	2,4	1,0	-0,9	-8,2	1,4	-4,0	0,9	-1,3	-0,2	-2,8
Steiermark	0,8	5,9	1,7	2,9	1,3	0,2	-1,7	3,6	-0,9	-2,4
Tirol	0,5	-0,7	2,0	2,0	1,6	1,8	-0,7	2,3	1,1	-1,1
Vorarlberg	4,8	0,3	1,4	2,4	4,2	0,0	-2,2	1,9	2,2	3,4
Summe ohne Wien	3,6	1,6	2,5	3,0	1,7	1,3	0,7	1,6	2,4	1,7
Wien ¹⁾	1,9	1,0	-25,6	-0,1	-1,2	-4,7	-5,4	4,7	28,4	63,8
Summe mit Wien	3,3	1,5	-2,4	2,6	1,3	0,6	-0,1	1,9	5,3	10,4

Pro-Kopf-Verschuldung der Finanzschuld der Gemeinden (in EUR)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Burgenland	1.418	1.421	1.384	1.378	1.349	1.333	1.319	1.302	1.306	1.282
Kärnten	1.043	1.078	1.140	1.143	1.156	1.155	1.211	1.225	1.274	1.282
Niederösterreich	2.061	2.032	2.092	2.195	2.213	2.281	2.287	2.270	2.305	2.348
Oberösterreich	1.401	1.442	1.486	1.548	1.581	1.599	1.639	1.697	1.815	1.933
Salzburg	1.443	1.457	1.437	1.311	1.323	1.268	1.276	1.255	1.252	1.212
Steiermark	1.490	1.577	1.599	1.638	1.653	1.654	1.623	1.677	1.662	1.619
Tirol	1.099	1.085	1.100	1.114	1.123	1.138	1.125	1.144	1.153	1.136
Vorarlberg	1.678	1.674	1.686	1.711	1.771	1.762	1.716	1.740	1.773	1.828
Summe ohne Wien	1.531	1.552	1.584	1.622	1.641	1.658	1.664	1.664	1.721	1.747
Wien ¹⁾	1.326	1.321	973	959	936	887	833	865	1.103	1.791
Summe mit Wien	1.491	1.506	1.463	1.490	1.500	1.504	1.496	1.518	1.596	1.756

1) Wien als Land und Gemeinde.

Quelle: Statistik Austria - Geburgen und Sektor Staat; laufende Jahrgänge.

A 11 STAATSVerschuldung im internationalen Vergleich¹⁾

Öffentlicher Schuldenstand (in % des BIP)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Belgien	103,4	98,4	94,0	92,0	88,0	84,1	89,3	95,8	96,0	98,0
Deutschland	60,7	64,4	66,3	68,6	68,1	65,2	66,7	74,4	83,0	81,2
Estland	5,8	5,6	5,1	4,6	4,4	3,7	4,5	7,2	6,7	6,0
Finnland	41,5	44,5	44,4	41,7	39,6	35,2	33,9	43,5	48,4	48,6
Frankreich	59,0	63,2	65,0	66,7	64,0	64,2	68,2	79,2	82,3	85,8
Griechenland	102,6	98,3	99,8	101,2	107,3	107,4	113,0	129,4	145,0	165,3
Irland	31,9	30,7	29,4	27,2	24,7	24,8	44,2	65,1	92,5	108,2
Italien	105,1	103,9	103,4	105,4	106,1	103,1	105,7	116,0	118,6	120,1
Luxemburg	6,3	6,1	6,3	6,1	6,7	6,7	13,7	14,8	19,1	18,2
Malta	59,0	67,6	71,7	69,7	64,2	62,3	62,3	68,0	69,4	72,0
Niederlande	50,5	52,0	52,4	51,8	47,4	45,3	58,5	60,8	62,9	65,2
Österreich	66,2	65,3	64,7	64,2	62,3	60,2	63,8	69,5	71,9	72,2
Portugal	53,7	55,7	57,5	62,5	63,7	68,3	71,6	83,1	93,3	107,8
Slowakei	43,4	42,4	41,5	34,2	30,5	29,6	27,9	35,6	41,1	43,3
Slowenien	27,8	27,2	27,4	26,7	26,4	23,1	21,9	35,3	38,8	47,6
Spanien	52,6	48,8	46,3	43,1	39,6	36,2	40,2	53,9	61,2	68,5
Zypern	65,2	69,7	70,9	69,4	64,7	58,8	48,9	58,5	61,5	71,6
Euro-17-Aggregat	68,0	69,1	69,6	70,2	68,5	66,3	70,1	79,9	85,6	88,0
Bulgarien	52,4	44,4	37,0	27,5	21,6	17,2	13,7	14,6	16,3	16,3
Dänemark	49,5	47,2	45,1	37,8	32,1	27,5	33,4	40,6	42,9	46,5
Großbritannien	37,5	39,0	40,9	42,5	43,4	44,4	54,8	69,6	79,6	85,7
Lettland	13,7	14,6	15,0	12,4	10,7	9,0	19,8	36,7	44,7	42,6
Litauen	22,2	21,0	19,3	18,3	18,0	16,8	15,5	29,4	38,0	38,5
Polen	42,2	47,1	45,7	47,1	47,7	45,0	47,1	50,9	54,8	56,3
Rumänien	24,9	21,5	18,7	15,8	12,4	12,8	13,4	23,6	30,5	33,3
Schweden	52,5	51,7	50,3	50,4	45,3	40,2	38,8	42,6	39,4	38,4
Tschechische Rep.	27,1	28,6	28,9	28,4	28,3	27,9	28,7	34,4	38,1	41,2
Ungarn	55,9	58,6	59,5	61,7	65,9	67,1	73,0	79,8	81,4	80,6
EU-27-Aggregat	60,4	61,9	62,3	62,8	61,6	59,0	62,6	74,8	80,2	83,0
USA ²⁾	57,1	60,4	68,3	67,9	66,6	67,2	76,1	89,9	98,5	102,9
Japan ³⁾	164,0	169,6	180,7	186,4	186,0	183,0	191,8	210,2	215,3	229,8
Schweiz	54,4	54,9	54,5	52,5	47,0	43,4	40,8	39,0	37,9	36,5

1) Datendifferenzen gegenüber nationalen Quellen infolge von unterschiedlichen Veröffentlichungsterminen möglich.

2) Gesamtstaat nach Flow of Funds Accounts.

3) Fiskaljahr März.

Quelle: Europäische Kommission, IWF und eigene Berechnung; Schweiz: nationale Daten (Stand: Mai 2012).

A 11 STAATSVerschuldung im internationalen Vergleich

(Fortsetzung)

Öffentliche Verschuldung pro Kopf der Bevölkerung (in EUR)¹⁾

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Belgien	26.900	26.200	26.300	26.600	26.600	26.500	28.900	30.200	31.200	32.900
Deutschland	15.700	16.800	17.600	18.500	19.100	19.200	20.100	21.600	25.200	25.500
Estland	300	400	400	400	400	400	600	700	700	700
Finnland	11.500	12.400	12.900	12.500	12.500	12.000	11.900	14.000	16.200	17.300
Frankreich	14.800	16.200	17.200	18.200	18.100	19.000	20.500	23.100	24.600	26.300
Griechenland	14.500	15.200	16.600	17.600	20.100	21.400	23.400	26.600	29.100	31.400
Irland	10.700	10.800	10.900	10.700	10.300	10.800	18.000	23.500	32.200	37.700
Italien	23.900	24.200	24.900	25.800	26.900	27.000	27.800	29.300	30.500	31.200
Luxemburg	3.400	3.500	3.800	4.000	4.800	5.200	11.000	11.100	15.100	15.000
Malta	6.500	7.600	8.100	8.300	8.000	8.300	8.800	9.500	10.200	11.000
Niederlande	14.600	15.300	15.800	16.300	15.700	15.800	21.100	21.000	22.300	23.500
Österreich	18.100	18.100	18.600	19.100	19.500	19.900	21.600	22.600	24.500	25.800
Portugal	7.300	7.700	8.200	9.100	9.700	10.900	11.600	13.200	15.100	17.300
Slowakei	8.000	8.600	9.400	8.400	8.400	9.100	9.200	10.900	13.200	14.600
Slowenien	3.200	3.400	3.700	3.800	4.100	4.000	4.000	6.100	6.700	8.300
Spanien	9.300	9.100	9.100	9.000	8.800	8.500	9.600	12.300	14.000	15.900
Zypern	10.000	11.200	12.000	12.300	12.100	11.900	10.600	12.300	13.200	15.700
Euro-17-Aggregat	15.700	16.300	17.000	17.700	18.000	18.300	19.700	21.600	23.700	24.900
Bulgarien	1.100	1.000	1.000	800	700	700	600	700	800	800
Dänemark	17.000	16.500	16.500	14.500	12.900	11.500	14.300	16.500	18.300	20.100
Großbritannien	8.100	8.900	9.800	10.600	11.400	12.300	15.300	18.800	22.400	24.700
Lettland	500	600	700	700	700	800	2.000	3.000	3.600	3.900
Litauen	1.000	1.000	1.000	1.100	1.300	1.400	1.500	2.300	3.200	3.700
Polen	2.000	2.300	2.500	2.700	3.000	3.100	3.500	4.000	4.600	5.000
Rumänien	400	500	500	500	500	600	700	1.300	1.700	2.100
Schweden	16.100	16.500	16.700	17.300	16.500	15.400	15.100	16.000	15.700	15.900
Tschechische Rep.	2.600	2.900	3.200	3.400	3.600	3.800	4.100	4.800	5.300	5.800
Ungarn	3.000	3.400	3.900	4.300	4.900	5.300	6.100	6.500	6.900	7.200
EU-27-Aggregat	12.400	12.800	13.500	14.100	14.600	14.700	15.600	17.500	19.800	20.900
USA	16.300	17.900	21.300	22.400	23.100	24.100	27.600	31.500	35.700	38.500
Japan ²⁾	64.100	66.200	71.100	73.400	73.600	73.300	75.100	77.500	80.800	84.000
Schweiz	26.700	27.000	27.400	26.900	25.400	24.600	23.900	22.200	21.900	21.400

1) Die Verschuldungsdaten der USA, Japan, Schweiz sowie der Nicht-WWU-Länder wurden für alle Jahre zu Devisenmittelkursen des Jahresultimos 2011 in EUR umgerechnet und auf 100 EUR gerundet.

2) Fiskaljahr März.

Quelle: Europäische Kommission, IWF und eigene Berechnung; Schweiz: nationale Daten (Stand: Mai 2012).

A 11 STAATSVerschuldung im internationalen Vergleich

(Fortsetzung)

Öffentliche Neuverschuldung (Bruttoaufnahmen abzüglich Tilgungen) (in % des BIP)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Belgien	0,4	-2,2	0,8	1,7	0,4	0,5	7,8	5,0	4,0	5,8
Deutschland	2,4	4,1	3,2	3,2	2,1	0,3	2,7	5,0	11,7	1,2
Estland	1,5	0,5	0,0	0,2	0,6	0,0	0,9	1,8	-0,2	0,1
Finnland	0,3	3,6	1,8	-1,2	0,0	-1,4	-0,1	6,9	6,7	3,2
Frankreich	3,8	5,8	4,4	4,0	0,3	3,3	5,5	9,3	5,3	6,1
Griechenland	4,7	5,2	8,2	6,4	13,8	6,8	10,3	15,7	13,1	12,1
Irland	0,3	1,0	0,6	0,1	-0,2	1,6	18,0	15,6	25,4	16,0
Italien	0,8	1,9	3,7	4,8	4,7	1,2	4,0	6,4	5,1	3,5
Luxemburg	0,4	0,2	0,6	0,3	1,3	0,6	7,3	0,4	5,3	0,3
Malta	1,4	10,7	4,6	2,3	-2,2	2,6	4,1	5,5	4,9	5,5
Niederlande	1,7	2,7	2,0	1,6	-1,9	0,5	14,9	-0,1	3,9	3,8
Österreich	1,3	0,4	2,1	2,3	1,5	1,3	5,5	3,9	5,1	3,9
Portugal	4,8	3,1	3,9	6,9	3,7	7,8	4,4	10,0	12,3	13,5
Slowakei	-1,5	3,0	3,4	-3,8	-0,1	2,3	0,6	5,9	7,1	4,2
Slowenien	4,0	1,7	2,1	0,9	1,7	-0,6	0,5	12,1	3,6	9,0
Spanien	0,7	-0,2	0,8	0,3	-0,2	-0,8	5,1	12,2	7,4	8,6
Zypern	6,0	8,7	6,2	3,1	0,2	-0,1	-5,4	8,7	4,6	11,7
Euro-17-Aggregat	2,1	3,1	3,2	3,1	1,8	1,3	5,3	7,2	7,8	4,7
Bulgarien	-7,9	-4,2	-2,9	-4,9	-2,5	-1,4	-1,3	0,8	2,1	1,1
Dänemark	1,2	-1,3	0,0	-5,1	-3,7	-3,3	6,7	5,5	4,3	4,4
Großbritannien	1,6	3,7	3,9	3,3	3,3	3,4	11,2	13,3	13,3	8,5
Lettland	0,9	2,4	2,4	0,1	0,6	1,0	11,5	12,4	7,0	2,4
Litauen	0,8	0,7	0,2	1,5	2,0	1,8	0,6	10,5	9,6	4,4
Polen	5,9	6,6	2,8	4,1	4,1	2,0	5,6	6,2	6,5	5,4
Rumänien	4,9	2,3	1,6	-0,3	-0,9	2,6	3,1	9,9	7,8	5,8
Schweden	-0,1	1,3	0,9	2,0	-2,1	-2,4	-0,4	2,5	-0,3	0,8
Tschechische Rep.	4,3	2,7	2,7	1,2	1,9	2,1	2,1	4,8	4,0	3,4
Ungarn	9,5	7,5	6,4	5,8	8,5	4,6	9,9	4,2	5,0	3,2
EU-27-Aggregat	1,6	2,5	3,3	3,1	2,1	0,9	3,8	8,4	8,6	5,2
USA ¹⁾	4,2	5,9	11,5	3,8	2,6	3,6	10,2	11,8	12,3	8,1
Japan ²⁾	8,4	5,5	12,7	5,8	0,6	-0,7	4,5	6,2	9,7	8,3
Schweiz	3,9	0,9	1,2	-0,5	-2,6	-0,9	-0,6	-2,5	-0,1	-0,4

1) Gesamtstaat nach Flow of Funds Accounts.

2) Fiskaljahr März.

Quelle: Europäische Kommission, IWF und eigene Berechnung; Schweiz: nationale Daten (Stand: Mai 2012).

A 12 GLOSSAR*)

Finanzschuld

Auslandsverschuldung:

Verschuldung in heimischer Währung und in Fremdwährungen gegenüber ausländischen Gläubigern.

Bayes'sches Netz

Bayes'sche Netze kommen im Stress-Testing des Debt-Managements des Bundes zum Einsatz. Mit Hilfe eines Bayes'schen Netzes werden definierte Stress-Ereignisse miteinander verbunden und damit ein graphisches Modell konstruiert, das beschreibt, welche dieser Ereignisse sich im Krisenfall auf welche anderen auswirken könnten. Dadurch wird es ermöglicht, durch die Schätzung von relativ wenigen Eintrittswahrscheinlichkeiten für einzelne Stress-Ereignisse (und deren Wirkung auf andere Stress-Ereignisse) auf die Eintrittswahrscheinlichkeit einer Vielzahl an Stress-Szenarien zu schließen.

Bereinigte Finanzschuld:

Finanzschuld des Bundes nach Abzug von im eigenen Besitz befindlichen Bundesschuldkategorien (Bundesanleihen, Bundesschatzscheine).

Bewertungsänderungen:

Auf Wechselkursänderungen zurückzuführende Unterschiede der Eurogegenwerte der Fremdwährungsschuld. Kursgewinne (Verminderung der Eurogegenwerte) entstehen durch Abwertung, Kursverluste (Erhöhung der Eurogegenwerte) durch Aufwertung der jeweiligen Fremdwährung gegenüber dem Euro. Bewertungsdifferenzen ergeben sich für die während des Jahres unverändert gebliebenen Fremdwahrungsbetrage, aus der Differenz zwischen den Kursen zum Jahresende des Berichtsjahres und des Vorjahres. Bei den im Laufe des Jahres aufgenommenen Schuldtiteln kommen Bewertungsdifferenzen durch die Differenz zwischen dem Kurs am Tag der Umrechnung in Euro und dem Jahresendkurs zustande, für die während des Jahres getilgten Teilbeträge durch die Differenz zwischen dem Jahresendkurs des Vorjahrs und dem Tilgungskurs.

Bruttoszunahme der Finanzschuld:

Neuaufnahmen von Schuldtiteln einschließlic Konversionsaufnahmen und Kursverluste.

Cashflow-at-Risk:

Das Cashflow-at-Risk ist eine statistische Risikokennzahl, die angibt, wie stark die Zinskosten der Verschuldung aufgrund der Volatilität von Zins- und Währungsmärkten in einem bestimmten Zeitraum mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit maximal ansteigen können. Dieser Risikoabschätzung liegen meist Annahmen bezüglich der zukünftigen Defizite und der Struktur der zukünftigen Mittelaufnahme zugrunde. Für die Schwankungsintensität der Preise (Zinssätze und Wechselkurse) wird auf historische Volatilitäten zurückgegriffen.

Duration (Macaulay, Modified, Effective):

Die Macaulay Duration bezeichnet die barwertgewichtete, durchschnittliche Zeitdauer der Kapitalbindung von Schuldverschreibungen. Im Gegensatz zur Restlaufzeit werden beim Konzept der Duration auch die Zinszahlungsstrome berücksichtigt. Die Modified Duration wird von der Macaulay Duration abgeleitet und stellt ein Risikomaß dar, mit dem die Sensitivität von Schuldverschreibungen oder Portfolios auf Zinssatzveranderungen geschätzt werden kann. Da die Modified Duration bei Transaktionen mit eingebetteten Kündigungsoptionen keine exakten Ergebnisse liefert, wird im Berichtswesen der OBFA über die direkte Berechnung der Sensitivitäten des Portfolios auf die Effective Duration rückgeschlossen.

Euroschuld:

Auf Euro lautende Finanzschulden des Bundes gegenüber inländischen und ausländischen Gläubigern.

Finanzierungssaldo:

Veränderung der finanziellen Forderungen abzüglich der Veränderung der finanziellen Verbindlichkeiten.

*) Die Begriffe sind in alphabetischer Reihenfolge geordnet.

Finanzschuld:

Nicht fällige Verbindlichkeiten des Bundes laut § 65a Bundeshaushaltsgesetz 1986 i. d. g. F. zuzüglich der Verbindlichkeiten und abzüglich der Forderungen aus Währungstauschverträgen (Finanzschuld im engeren Sinn einschließlich Cross-Currency-Swaps). Zieht man davon jene Schuldtitel des Bundes ab, die sich im eigenen Besitz befinden, so ergibt sich der bereinigte Schuldenstand.

Finanzschuld im engeren Sinn:

Finanzschuld des Bundes ohne Berücksichtigung der Währungstauschverträge im Sinne des § 65 des Bundeshaushaltsgesetzes 1986 i. d. g. F.

Fremdwährungsschuld:

Finanzschulden des Bundes in fremden Währungen gegenüber inländischen und ausländischen Gläubigern. Seit Beginn der Währungsunion am 1. Jänner 1999 auf Nicht-Euro lautende Finanzschulden. Die Umrechnung in Euro erfolgt zu Devisenmittelkursen.

Konversion:

Umwandlung eines Schuldtitels, wobei Ausstattungsmerkmale (Zinssatz, Tilgung, Laufzeit) oder die Verschuldungsform geändert werden.

Nettodefizit:

Überhang der Ausgaben über die Einnahmen des Allgemeinen Haushalts laut Bundesfinanzgesetz bzw. Bundesrechnungsabschluss.

Neuverschuldung (Nettoveränderung der Finanzschuld):

Bruttozunahme der Verschuldung abzüglich Tilgungen einschließlich Konversionstilgungen und Kursgewinne.

Nicht titrierte Finanzschuld:

Verschuldung in Form von Direktkrediten und Darlehen.

Pensionsgeschäfte:

Befristete Übertragung von Wertpapieren des Pensionsgebers an den Pensionsnehmer. Der Pensionsgeber erhält für die Dauer des Pensionsgeschäfts Liquidität im Wert der Anleihe, während der Pensionsnehmer im Gegenzug eine mit dem Wertpapier abgesicherte Veranlagung zu Geldmarktkonditionen tätigt. Im Falle unechter Pensionsgeschäfte ist laut § 50 BWG der Pensionsnehmer berechtigt, aber nicht gezwungen, die Vermögensgegenstände zurück zu übertragen. Unechte Pensionsgeschäfte sind in der Bilanz des Pensionsnehmers auszuweisen.

Primärsaldo:

Budgeteinnahmen abzüglich Budgetausgaben ohne Zinszahlungen.

Rechtsträgerfinanzierungen:

Kreditoperationen im Namen des Bundes für sonstige Rechtsträger, an denen der Bund mehrheitlich beteiligt ist oder für deren Kreditoperationen der Bund die Haftung als Bürge und Zahler übernommen hat (§ 65c BHG i.d.g.F.). Kreditoperationen für sonstige Rechtsträger gelten nicht als Finanzschulden gemäß Bundeshaushaltsgesetz. Bei den öffentlichen Schulden im Sinne von Maastricht sind allerdings Rechtsträgerfinanzierungen des Bundes hinzuzuzählen (Eurostat-Feststellung vom Jänner 2003).

Restlaufzeit:

Zeitraum vom Beobachtungszeitpunkt bis zur Endfälligkeit der Verbindlichkeit. Die durchschnittliche Restlaufzeit ergibt sich aus der mit dem aushaftenden Kapital gewichteten mittleren Restlaufzeit der Verbindlichkeiten.

Schuldformen des Bundes in Fremdwährungen:

- Anleihen: Fremdwährungsanleihen der Republik Österreich.
- Kredite und Darlehen: Direktkredite und Darlehen in- und ausländischer Banken in Fremdwährung.

- Schuldverschreibungen: Privatplatzierungen der Republik Österreich in Fremdwährung, wobei auf öffentliche Ankündigung und Zeichnungsaufforderung des Publikums verzichtet wird, sowie Emissionen mit einem Emissionsvolumen bis zu 500 Mio EUR.

Schuldformen des Bundes in heimischer Währung:

- Anleihen: Im Auktionsverfahren oder im Wege eines Bankenkonsortiums emittierte Euroanleihen (Einmalemissionen) der Republik Österreich mit fixer Verzinsung und mittel- bis langfristigen Laufzeiten.
- Bankendarlehen: Direktkredite und Darlehen von Banken.
- Bundesobligationen: Von der Republik Österreich mit der Bezeichnung "Bundesobligationen" begebene Einmalemissionen (i. Allg. Privatplatzierungen) sowie Emissionen mit einem Emissionsvolumen bis zu 500 Mio EUR.
- Bundesschatzscheine: Vorwiegend kurzfristige Schuldverschreibungen des Bundes mit fixer Verzinsung, die zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt oder direkt in die Portefeuilles der Banken übernommen werden und für die zum Teil Konversionsvereinbarungen bestehen.
- Sonstige Kredite: Kredite und Darlehen von Gebietskörperschaften und Parafisci.
- Versicherungsdarlehen: Darlehen der Vertragsversicherungen an den Bund.

Titrierte Finanzschuld:

Verschuldung, die vom Inhaber formlos übertragen werden kann (Bundesanleihen, Bundesobligationen, Bundesschatzscheine und Schuldverschreibungen).

Value-at-Risk:

Während beim Cashflow-at-Risk eine Flussgröße analysiert wird, zielt das Value-at-Risk auf die Risikoabschätzung einer Bestandsgröße ab. Value-at-Risk zeigt das Verlustpotenzial für das Portfolio (mögliche Marktwert erhöhungen der Verschuldung). Dabei wird – mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit und über einen bestimmten Zeithorizont – abgeschätzt, wie stark sich der Wert eines Portfolios maximal ändern kann.

Währungstauschverträge (Cross-Currency-Swaps und/oder Zinsswaps):

Verträge, in denen die Vertragspartner vereinbaren, jeweils die Verpflichtungen (Zinsen- und/oder Tilgungszahlungen) aus Kreditaufnahmen der anderen Partei zu übernehmen. Die aufgrund der Marktstellung erzielten Vorteile für die Vertragspartner werden je nach Bonität und Verhandlungsgeschick aufgeteilt.

Zinsfixierungszeitraum:

Der Zinsfixierungszeitraum ist als die Cashflow-gewichtete Restlaufzeit aller fixierter Cashflows definiert, wobei bei variablen Positionen der volle Nominalbetrag am nächsten, bereits fixierten Kupon-Zahltag berücksichtigt wird. Bei Kündigungsrechten wird vom Nutzen dieser Rechte ausgegangen.

Internationale Finanzhilfemechanismen

European Financial Stability Facility (EFSF):

Gesellschaft, die bei Bedarf zur Kreditvergabe an Länder des Euroraums Anleihen emittieren kann, für die die Euroraum-Länder anteilmäßig haften.

European Financial Stabilisation Mechanism (EFSM):

Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus bis Juni 2013. Verordnung, durch die die Europäische Kommission im Auftrag der EU Mittel in Höhe von bis zu 60 Mrd EUR aufnehmen und diese als Kredite an EU-Mitgliedstaaten vergeben kann.

European Stabilisation Mechanism (ESM):

Permanenter Rettungsschirm ab Juli 2013, der über eine internationale Organisation nach dem Völkerrecht unter strengen Vorgaben Finanzhilfen an Euroländer mit Zahlungsschwierigkeiten gewährt und ab diesem Zeitpunkt EFSM und ESM ablöst.

Rentenmarkt

Einmalemission:

Ausgabe eines bestimmten Nominalbetrags gleichartig ausgestatteter Rentenwerte, die während einer bestimmten Frist (Zeichnungsfrist) gleichzeitig zum Ersterwerb angeboten werden (Anleihen und Bundesobligationen).

Mengentender:

Auktionsverfahren mit fixem Zinssatz, bei dem die Zuteilung nach der Höhe der gebotenen Volumina der Banken erfolgt.

Kurstender:

Emissionsverfahren bei dem die Ausstattungsmerkmale Nominalverzinsung und Laufzeit der Emission festgelegt werden und die Zuteilung aufgrund der Kursangebote der Auktionsteilnehmer bestimmt wird. Der Zuteilungssatz bzw. -preis der individuellen Bietung erfolgt nach dem amerikanischen Zuteilungsverfahren (vorrangige angewandte Emissionstechnik des Bundes).

Zins- bzw. Renditentender:

Emissionsverfahren bei dem die Ausstattungsmerkmale der Emission (Kurs, Nominalverzinsung) und die Zuteilung aufgrund der Renditeangebote der Teilnehmer bestimmt werden. Die Emissionstechnik bei Bundesanleihen in EUR erfolgt – wie auch das EZB-Tenderverfahren – nach dem amerikanischen Zuteilungsverfahren, bei dem der Zuteilungssatz bzw. -preis der individuellen Bietung entspricht.

Verzinsung

EONIA:

Euro OverNight Index Average (Durchschnitt für Taggeldsatz zwischen den Banken).

EURIBOR:

Euro Interbank Offered Rate (Durchschnitt für Geldmarktsatz bis 12 Monate zwischen den Banken für Euro-Währungen).

Geldmarktorientierte Verzinsung:

Als Referenzzinssatz wird ein Geldmarktzinssatz (z. B. Drei-Monats-EURIBOR) vereinbart. Die Zinskondition der Verbindlichkeit entspricht sodann dem Referenzzinssatz mit oder ohne Aufschlag bzw. Abschlag.

LIBOR:

London Interbank Offered Rate (täglich festgelegter Referenzzinssatz im Interbankengeschäft im Regelfall für Nicht-Euro-Währungen).

Nominalverzinsung:

Jener Zinssatz, der sich auf den Nennbetrag der Verbindlichkeit bezieht (Kupon). Die Nominalverzinsung der Finanzschuld ergibt sich aus den gewichteten Nominalzinssätzen der aushaftenden Verbindlichkeiten des Bundes.

OIS:

Overnight-Index-Swap (Zinsderivat, bei dem ein **Festzins** gegen einen (variablen) Overnight-Referenzzins getauscht wird).

Primärmarktorientierte Verzinsung:

Als Referenzzinssatz wird eine Emissionsrendite gewählt.

Sekundärmarktorientierte Verzinsung:

Als Referenzzinssatz wird eine Sekundärmarktrendite gewählt.

Sprungfixe Verzinsung:

Zinsanpassung bei Überschreiten der vertraglich festgelegten Schwankungsbreite des Referenzzinssatzes (i. a. der Sekundärmarktrendite).

Euroraum-Aggregate

- Euro-11 = Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien (seit 1.1.1999)
- Euro-12 = Euro-11-Länder inklusive Griechenland (seit 1.1.2001)
- Euro-13 = Euro-12-Länder inklusive Slowenien (seit 1.1.2007)
- Euro-15 = Euro-13-Länder inklusive Malta und Zypern (seit 1.1.2008)
- Euro-16 = Euro-15-Länder inklusive Slowakei (seit 1.1.2009)
- Euro-17 = Euro-16-Länder inklusive Estland (seit 1.1.2011)

Währungsbezeichnungen

ATS	= Österreichische Schilling	ISK	= Isländische Kronen
AUD	= Australische Dollar	ITL	= Italienische Lire
BEF	= Belgische Francs	JPY	= Japanische Yen
BRL	= Brasilianische Real	LUF	= Luxemburgische Francs
CAD	= Kanadische Dollar	MXN	= Mexikanische Pesos
CHF	= Schweizer Franken	NLG	= Holländische Gulden
CZK	= Tschechische Kronen	NOK	= Norwegische Kronen
DEM	= Deutsche Mark	NZD	= Neuseeland Dollar
ESP	= Spanische Peseten	PLN	= Polnische Zloty
EUR	= Euro	RON	= Neuer Rumänischer Leu
FRF	= Französische Francs	SKK	= Slowakische Kronen
GBP	= Pfund Sterling	TRY	= Neue Türkische Lira
GRD	= Griechische Drachmen	USD	= US-Dollar
HUF	= Ungarische Forint	XEU	= European Currency Unit
		ZAR	= Südafrikanische Rand

Zeichenerklärung

- : Zahlenwert ist null bzw. Eintragung ist definitiv unmöglich.
- . : Zahlenwert nicht ermittelbar.
- 0 oder 0,0 : Zahlenwert ist kleiner als die Hälfte der letzten angegebenen Dezimalstelle.

Außerbudgetäre Verschuldung der Gemeinden

10. SONDERTHEMA

Das folgende Kapitel präsentiert die Hauptergebnisse der von Eva Hauth und Bernhard Grossmann (Mitarbeiter des Büros des Staatsschuldenausschusses) im Auftrag des Staatsschuldenausschusses erstellten Studie „**Ausgliederungen im Bereich der österreichischen Gemeinden: Umfang, Leistungsspektrum und Risikopotenziale**“. Die Studie beschäftigte sich mit empirischen Fragestellungen zu Umfang und Struktur kommunaler Ausgliederungen in Österreich und zum Risikopotenzial solcher Ausgliederungen im Hinblick auf budgetäre Effekte („graue Finanzschulden“) sowie Eingriffs- und Kontrollrechte der Gemeinden und der Gemeindeaufsicht. Auf Basis einer Ende des Jahres 2011 durchgeführten **Erhebung** werden **erstmalig Ergebnisse** über das **außerbudgetäre Investitionsvolumen** und den **außerbudgetären Schuldenstand** von **kommunalen Unternehmen** für das Jahr 2010 bereitgestellt. Die gegenständlichen **Ergebnisse** bestätigen, dass die oft verwendete Kenngröße zur Ermittlung des Infrastrukturkapitalstocks eines Landes, nämlich die „**Bruttoanlageinvestitionen des Staates**“ aus dem System der Volkswirtschaftlichen **Gesamtrechnungen**, im Fall von Österreich gänzlich zu kurz greift (siehe dazu auch Sonderthema 2010 „Infrastrukturinvestitionen, ökonomische Bedeutung, Investitionsvolumen und Rolle des öffentlichen Sektors in Österreich“). Die im Auftrag des Staatsschuldenausschusses **erstellten Studien in Langfassung** sind auf der Webseite des Staatsschuldenausschusses (<http://www.staatsschuldenausschuss.at/de/pub/publikationen.jsp>) abrufbar.

Die Ergebnisse und Schlussfolgerungen müssen nicht im Einklang mit den Einschätzungen des Staatsschuldenausschusses stehen.

AUSGLIEDERUNGEN IM BEREICH DER ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEN: UMFANG, LEISTUNGSSPEKTRUM UND RISIKOPOTENZIALE

10.1 Gegenstand der Studie

In den letzten Jahren nahmen **Ausgliederungen** von **investiven Gemeindeaufgaben** in **Infrastruktur- und Immobiliengesellschaften** vor dem Hintergrund budgetärer Restriktionen zu. Derartige Gemeindegesellschaften dürften – neben im Budget ausgewiesenen Betrieben mit marktbestimmter Tätigkeit – die Bereitstellung der kommunalen Infrastruktur großteils übernommen haben. Daten über diesen außerbudgetären Bereich waren bislang kaum verfügbar, obwohl ein enger **Konnex** zur Gemeinde als Eigentümer und als Financier meist bestehen bleibt. Durch **Ausgliederung** von öffentlichen Leistungen in privatrechtliche Organisationsformen können **implizite Verbindlichkeiten** für die Gemeinde durch (außerbudgetäre) Verschuldung der ausgegliederten Einheiten **entstehen**. Meist haftet die Gemeinde für das Fremdkapital der außerbudgetären Gesellschaft, um **analoge** Finanzierungsbedingungen zu erzielen. Ferner erhöhen Ausgliederungen **tendenziell** die operativen Risiken bei der Leistungserbringung (z. B. durch komplexe Verträge sowie durch Beschränkung der Durchgriffsrechte der Gemeinde und Gemeindeaufsicht). Andererseits kann angenommen werden, dass privatrechtliche Organisationsformen flexibler auf Marktentwicklungen reagieren und Wettbewerb die Effizienz der Leistungserstellung erhöht.

Der **zentrale Teil** der gegenständlichen Studie zum Thema „**Ausgliederungen im Gemeindebereich**“ basiert auf einer **Erhebung des Staatsschuldenausschusses** (auf freiwilliger Basis), bei der folgende Themenbereiche abgedeckt wurden:

- **Bedeutung** kommunaler Ausgliederungen in Österreich mit dominierendem Gemeindeeinfluss (u. a. Anzahl, Organisationsformen),

Außerbudgetäre Verschuldung der Gemeinden

- **Leistungsspektrum** ausgegliederter Einheiten im Gemeindebereich (u. a. Tätigkeitsfelder und Investitionsvolumen) sowie
- **Risikopotenzial** von Ausgliederungen für die Gemeinden (u. a. durch außerbudgetäre Verschuldung, inadäquates Beteiligungsmanagement).

Als Ausgliederungen im Sinn der gegenständlichen Studie (bzw. des Fragebogens) wurden selbstständige Einheiten verstanden, die kommunale Aufgaben erfüllen und von der Gemeinde (im Sinn des ESVG 95) kontrolliert werden. **Gemeindeverbände und Verwaltungsgemeinschaften** zählten bei der Fragebogenerhebung nicht zu den ausgegliederten Einheiten. Umfassende **Daten** zu den Gemeindeverbänden und Verwaltungsgemeinschaften **stehen** aber – ebenso wie über ausgegliederte Gemeindegesellschaften – derzeit **nicht im Rahmen der amtlichen Statistik** zur Verfügung.

Die vorliegende Studie enthält ferner drei ergänzende Themen: Dabei handelt es sich um

- **bisherige Erkenntnisse** zum Thema Ausgliederungen im Gemeindebereich,
- **aufsichtsrechtliche Fragestellungen** der auf Landesebene angesiedelten **Gemeindeaufsicht** und
- Gründe für die Wahl von spezifischen **Rechtsformen bei Ausgliederungen**.

Im Folgenden werden die Hauptergebnisse und Schlussfolgerungen auf Basis der Studienergebnisse präsentiert und weiterführende Forschungsfelder zum Thema der Gemeindeausgliederungen skizziert.

10.2 Volumen der außerbudgetären Verschuldung und Investitionen verhältnismäßig hoch

- Die bislang vorliegenden Informationen über **außerbudgetäre Gemeindegellschaften** sprechen dafür, dass die gegenständlichen Studienergebnisse **erstmalig adäquate Anhaltspunkte für Größenordnungen** zum **außerbudgetären Verschuldungsvolumen** und zu den **außerbudgetären Investitionen der Gemeindegellschaften** mit dominierendem Gemeindeeinfluss im **Aggregat** liefern.
- Bei den ausgegliederten Einheiten mit dominierendem Gemeindeeinfluss handelt es sich vorrangig um **Infrastruktureinheiten**, die öffentliche Güter bereitstellen. Das in der vorliegenden Studie geschätzte **außerbudgetäre Investitionsvolumen** der Gemeindegellschaften (ohne Wien) für das Jahr 2010 in der Größenordnung von 1,2 bis 1,6 Mrd EUR war erheblich und entsprach in etwa dem öffentlichen Investitionsvolumen der Gemeindeebene (mit Wien) gemäß ESVG 95 von 1,3 Mrd EUR.
- Der **außerbudgetäre Schuldenstand im Gemeindebereich** dürfte ebenfalls eine beachtliche Größenordnung erreicht haben: So betrug der Schuldenstand der Gemeinden (ohne Wien) nach Maastricht Ende 2010 4,6 Mrd EUR. Der im Maastricht-Ergebnis nicht einzurechnende Schuldenstand der marktbestimmten Betriebe der Gemeinden (verbucht in den Abschnitten 85 bis 89 der Gemeindebudgets, ohne Wien) betrug Ende 2010 bereits rund 7,9 Mrd EUR. Die Ergebnisse der vorliegenden Studie ergaben zusätzlich für 2010 einen außerbudgetären Schuldenstand der Gemeindegellschaften (ohne Wien) in der Größenordnung von 7 bis 10 Mrd EUR. **Keine Größenordnung für die potenzielle Reklassifikation** dieser außerbudgetären Schulden in den Sektor Staat gemäß ESVG 95 bzw. ESVG 2010 **kann jedoch nicht angegeben werden**. Ferner müsste zusätzlich der Schuldenstand der „**marktmäßigen**“ **Gemeindeverbände**, der seit 2009 nicht mehr von Statistik Austria ausgewiesen wird, angeführt werden (Volumen 2008: 2,1 Mrd EUR).

Außerbudgetäre Verschuldung der Gemeinden

- Angesichts der **kleinteiligen Gemeindestruktur** in Österreich zählten zwar **mehr als die Hälfte der Gemeinden mit Ausgliederungen** zu den **Größenklassen von 500 bis 2.000 Einwohnern**. Die Höhe der **Verschuldung** und der **Investitionen** wurde 2010 aber von den großen Gemeinden und Städten mit **über 50.000 Einwohnern** geprägt, die bei der hochgerechneten Verschuldung einen Anteil von über 60% und bei den Investitionen von beinahe 50% aufwiesen. In **regionaler Gliederung** fiel insbesondere Niederösterreich mit einem Anteil von mehr als 30% an der hochgerechneten außerbudgetären Gesamtverschuldung auf. Dieses Ergebnis könnte aber auch nach oben verzerrt sein. Nach der Rechtsform dominierten Personengesellschaften (z. B. KG; GmbH & CoKG; Verein & CoKG).
- **Außerbudgetäre Gesellschaften** mit dominierendem Einfluss der Gemeinden **beeinflussen** angesichts ihrer Bedeutung (**Leistungsspektrum**, Höhe der **außerbudgetären Verschuldung** und **Investitionsvolumen**) die **finanzielle Lage der Gemeindeebene** und die **Infrastruktur** in den Gemeinden beträchtlich.
- Auswertungen zu den **finanziellen Strömen** zwischen den Gemeinden und ihren Gesellschaften waren in der Studie mangels Datenqualität nicht möglich.

10.3 Ausgliederungen können zur Effizienzsteigerung und Budgetkonsolidierung beitragen

- Mit der Ausgliederung konnten aus **Sicht der Gemeinden** insbesondere **steuerliche Vorteile** genutzt, **betriebswirtschaftliche Grundsätze** gestärkt, **Planungssicherheit** bzw. die Verstärkung der **Finanzierungsmittel** gewährleistet und die **Entlastung des Gemeindebudgets** im Sinn von **Maastricht** erreicht werden. Der **Budgetentlastungseffekt** durch Nutzung des Vorsteuerabzugs (für die Einzelgemeinde) wurde in der Studie durch eine Beispielsrechnung aufgezeigt. Eine umfassende Evaluierung der betriebswirtschaftlichen Vorteile von Ausgliederungen erfolgte in der Studie aber nicht.
- Um den **Vorsteuerabzug** über eine **privatrechtliche Einheit** in Anspruch nehmen zu können, müssen **neue Steuerpflichten** (z. B. Körperschaftsteuer bei Kapitalgesellschaften) sowie ein administrativer und finanzieller **Aufwand für die Gründung und den Betrieb** der Gesellschaft in Kauf genommen werden. Ferner geht ein Teil des Steuervorteils der ausgegliederten Rechtsträger durch die in den ersten 10 Jahren anfallende Umsatzsteuer bei der Vermietung von Immobilien an die Gemeinden wieder verloren.
- Aus theoretischer Sicht führen Ausgliederungen zu **Effizienzgewinnen** und unterstützen die **Haushaltskonsolidierung**, sofern sie in einem **kompetitiven Umfeld** agieren. Bei „Quasi-Ausgliederungen“ (mit weitreichenden Einflussmöglichkeiten der Gemeinde) ohne Wettbewerb sollten Vor- und Nachteile der Ausgliederung hinterfragt und eine Rückführung der Aufgaben in interne Dienststellen der Gemeinde („**Re-Kommunalisierung**“) in Betracht **gezogen** werden.
- Ausgliederungen können als Instrument zur Verbesserung und Umsetzung von **kommunaler und interkommunaler Zusammenarbeit** dienen. Durch die Bündelung kommunaler Aufgaben mehrerer Gemeinden in eine gemeinsame ausgegliederte Einheit oder durch die Einbringung von Gesellschaften in eine Holding sollten **Synergieeffekte** erzielt und **professionelles Handeln** sowie **Know-how** gestärkt werden können. Die Kommunen spielen bei zahlreichen Versorgungsleistungen eine herausragende Rolle. Viele Gemeinden stehen vor der Notwendigkeit, ihre Haushalte strukturell und damit langfristig zu konsolidieren. Interkommunale Zusammenarbeit und sogenannte „**Shared Service Center**“ sind in diesem Zusammenhang von zentraler Bedeutung.
- In der Vergangenheit trug die **Gemeindeebene** (inklusive Wien) – u. a. auch durch Ausgliederungen – positiv zum **Finanzierungssaldo** des Staates im Sinn von Maastricht bei. In den Krisen Jahren 2009 und 2010 konnte das Defizit **verhältnismäßig gering** gehalten werden und war wesentlich durch Wien bestimmt. Die Gemeinden (ohne Wien) **erfüllten** die Vorgaben der **Österreichischen Stabilitätspakete** in der Zeit von 2001 bis 2008. In einigen Ländern konnten so-

Außerbudgetäre Verschuldung der Gemeinden

gar Überschüsse der Gemeinden an die Länder übertragen werden.

10.4 Eingriffs- und Kontrollrechte der Gemeinde bleiben bei vielen Ausgliederungen erhalten

- Die **Eingriffs- und Kontrollrechte** der Gemeinde und der Gemeindeaufsicht stehen bei ausgegliederten Gesellschaften im **Spannungsfeld mit dem Gesellschaftsrecht**. Um Eingriffsmöglichkeiten für die Gemeinde und Gemeindeaufsicht zu wahren, sind entsprechende Vorkehrungen bei der **Rechtsformwahl** sowie bei der Gestaltung des **Gesellschaftsgründungsvertrags** erforderlich. So agiert z. B. der Vorstand einer AG weisungsfrei und die Kontroll- und Eingriffsmöglichkeiten obliegen laut Aktiengesetz ausschließlich dem Aufsichtsrat, während bei einer GmbH die Möglichkeit der Gesellschafterweisung besteht.
- Die Gemeinden waren laut Erhebung bei Ausgliederungen – neben dem Kostenmotiv – darauf bedacht, die **Einflussmöglichkeiten** der Gemeinde zu **bewahren**. Dies gelang in der Regel durch die entsprechende Wahl der Rechtsform (insbesondere KG- und GmbH-Modelle) und durch die Ausgestaltung der Gesellschaftsverträge. So blieben **demokratisch legitimierte Verhältnisse** auch in Kontroll- und Prüfinstanzen (Ausschüsse, Beiräte) erhalten. Durch Ausgliederungen wird die **Erstellung eines aussagekräftigen Datensets** über die Gemeinden allerdings **erschwert**.
- Inwieweit **gemeinwirtschaftliche Zielvorgaben** und **politökonomische Anliegen** von Gemeindevetretern ins Management der ausgegliederten Unternehmen einfließen, wurde im Fragebogen nicht erhoben. Allerdings signalisiert die spärliche Bejahung der beiden Zielvorgaben „Stärkung der Autonomie“ und „Vermeidung von Leistungseinschränkungen“, dass Gemeindegenschaften zwar ein **selbstständiges, rechtliches Konstrukt** darstellen, **zum Teil** materiell aber weitgehend als staatliche Einheit (Gemeinde) fungieren.
- Das **strategische Beteiligungsmanagement** der Gemeinden (v. a. der kleineren) erscheint verbesserungsfähig. Zwar bestehen im Regelfall **Berichts- und Dokumentationspflichten** gegenüber der Gemeinde und **Prüfrechte** der Gemeinden (einschließlich Gemeinderat) gegenüber den Gesellschaften. Zudem werden durchwegs **Entscheidungsprozesse** im Rahmen des Beteiligungsmanagements in **standardisierter Form mit Rechtsverbindlichkeit** organisiert. Ein **strategisches Beteiligungsmanagement mit mittelfristigen Vereinbarungen** erfolgt aber deutlich seltener (eher in Städten) oder gar nicht.
- Die **Länder** versuchen zunehmend – in der Regel über die **Gemeindeaufsichtsbehörden** – durch **Beratungsleistungen** zur Verbesserung der Qualität der Gemeindegebarung und durch die Vergabe der **Bedarfszuweisungsmittel** zur Vermeidung und Überwindung von budgetären Not-situationen sowie zur Finanzierung von Investitionsvorhaben beizutragen. Ferner sind Bestrebungen erkennbar, durch Landesgesetze die **Befugnisse und Einflussmöglichkeiten der Gemeindeaufsicht** auch im ausgegliederten Bereich zu **wahren**.

10.5 Finanzielle und institutionelle Risiken von Ausgliederungen

- Die **finanzielle Lage** der Gemeinden unter Berücksichtigung der außerbudgetären Einheiten dürfte der **Gemeindeaufsicht der Länder** nicht zur Gänze bekannt sein. Eine Recherche bei den acht Gemeindeaufsichtsbehörden der Länder ergab, dass ausgegliederte Einheiten und deren Gebarung nur vereinzelt bzw. nur in Teilbereichen systematisch erfasst werden. Um die Aufgaben der **Gemeindeaufsichtsbehörden** besser erfüllen zu können, müssten die Länder danach trachten, dass in Zukunft eine **systematische Erfassung des außerbudgetären Bereichs der Gemeinden** erfolgt und die **Risiken** durch Gemeindeausgliederungen **verstärkt evaluiert** werden.
- **Budgetäre Risiken** für die Gemeinden durch die **außerbudgetäre Verschuldung** der Gesellschaften bestehen insbesondere dann, wenn der Schuldendienst **nicht durch Erlöse** der Gesell-

Außerbudgetäre Verschuldung der Gemeinden

schaften oder mit der Gemeinde vereinbarte Leistungsentgelte oder Transfers **gedeckt** werden kann und/oder die Gemeinde für die Verbindlichkeiten der außerbudgetären Einheit **haftet**. Eine **Veräußerung der Vermögenswerte** zur Deckung der Verbindlichkeiten der **Gesellschaft** ist bei **Infrastruktureinrichtungen** wie Amtsgebäuden, Schulen, Kindergärten, Bauhöfen etc. zwar im Bedarfsfall grundsätzlich möglich, wäre aber politisch sensibel und kann mangels Nachfrage (Sonderobjekte) schwierig sein. Zudem müsste die Gemeinde in weiterer Folge für Alternativen sorgen (z. B. Gebäude in Nachbarorten).

- In der vorliegenden Studie wurden ausschließlich die **Verlagerungen von Gemeindeausgaben und -aufgaben** durch **Outsourcing** analysiert. Spezielle oder andere Formen von „Ausgliederungen“, wie **Betreibergesellschaften, Public-Private-Partnership-Projekte** oder **Leasingvereinbarungen**, waren nicht Gegenstand der Studie. Diese stellen andere praktizierte Varianten bei der Bereitstellung von Infrastruktur auf Gemeindeebene dar. Aus Autorensicht können bei allen „Ausgliederungsformen“ **erhebliche Risiken** durch **komplexe Vertragskonstruktionen** entstehen, die an eine umfassende **Beratung der Gemeindeaufsichtsbehörden** und transparente **Bedingungen** mit **Genehmigungsvorbehalten** geknüpft werden sollten.
- **Neue rechtliche** (nationale und internationale) **Vorgaben** erschweren in Zukunft die Nutzung von Steuervorteilen und die Anerkennung von Ausgliederungen. Mit dem **1. Stabilitätsgesetz 2012 entfällt** erstens die Möglichkeit des **Vorsteuerabzugs**, sofern der Mieter bei der Rückmietung von Immobilien von **ausgegliederten** Rechtsträgern nicht selbst zum Abzug der Vorsteuer berechtigt ist. Dies trifft auf Körperschaften öffentlichen Rechts wie Gemeinden zu. Zweitens werden die **Kriterien** für die **Zuordnung von staatsnahen Einheiten** in den privaten Sektor gemäß ESVG 95 seitens Eurostat zunehmend präzisiert und verschärft. Das **neue ESVG 2010**, das voraussichtlich ab 2014 anzuwenden ist, dürfte diese **Entwicklung** noch verstärken. Aus den Studienergebnissen kann keine Größenordnung für die **Reklassifikation** außerbudgetärer Schulden in den Staatssektor abgeleitet werden.
- Generell findet die **Nutzung von Steuervorteilen** – **unabhängig** von Ausgliederungen – auf **allen gebietskörperschaftlichen Ebenen** Anwendung (z. B. Vorsteuerabzug, Befreiungen bei Körperschaft-, Grund-, Grunderwerb- oder Kommunalsteuer etc.) und wäre aus Sicht der Autoren zu hinterfragen. Dies insbesondere dann, wenn durch den **Steuerausfall** das Steueraufkommen Dritter verringert wird, und die Lukrierung des Steuervorteils mit dem Eingehen von zusätzlichen **operativen Risiken** (z. B. Rechtsrisiken) einhergeht.
- Der Prozess zur Verbesserung der fiskalpolitischen Steuerung in der EU („Economic Governance“) bedeutet **Handlungsbedarf** zur Erfüllung der Transparenz- und **Steuerungsanforderungen** in Österreich. Laut der EU-Haushaltsrichtlinie sind u. a. die **Eventualverbindlichkeiten** zu veröffentlichen. Im neuen **Österreichischen Stabilitätspakt 2012** wird den **vorgesehenen** Meldevorschriften (u. a. Schuldenstände von Gemeindeimmobiliengesellschaften, neu geschaffene Einheiten sowie Haftungsvolumina und sonstige **Eventualverbindlichkeiten** der Gemeinden) mit Ausnahme von „Informationen über **Beteiligungen des Staates** am Kapital privater oder öffentlicher Unternehmen“ (EU-RL 2011/85) Rechnung getragen. Allerdings **müssten materielle und institutionelle Abgrenzungsfragen** (z. B. einzubeziehende **Haftungsarten** gegenüber wem (direkte und/oder indirekte Haftungen) bzw. Definition des Begriffs außerbudgetäre Einheiten) noch geklärt werden.
- Durch Statistik Austria erfolgen verstärkte Initiativen zur umfangreichen Erfassung existierender Ausgliederungen der Gebietskörperschaften. Allerdings ist ein Termin zur Veröffentlichung diesbezüglicher Daten noch nicht festgelegt. Aus heutiger Sicht ist mit der **Verfügbarkeit** außerbudgetärer Daten nicht vor dem Jahr 2014 zu rechnen.

10.6 Weitere Forschungsfelder

Die gegenständliche Studie lieferte **erstmalig** Anhaltspunkte zu Größenordnungen im Bereich der **ausgegliederten Einheiten** (ohne Wien) mit dominierendem Gemeindeeinfluss. Diese hochgerechnete

Außerbudgetäre Verschuldung der Gemeinden

ten Fragebogenergebnisse für das Jahr 2010 lieferten Informationen zur dritten Säule staatlicher bzw. staatsnaher Aktivitäten, die zusätzlich zur Gemeindeebene im Sinn des ESVG 95 und den marktbestimmten Betrieben (Abschnitte 85 bis 89) zu beachten sind und das Gesamtbild über die Gemeindeebene beeinflussen. Auf diesen Ergebnissen aufbauend könnten folgende **weiterführende Forschungsfelder** bearbeitet werden. Hier zu nennen wären u. a.:

- Budgetlage der **Gemeindeverbände** und der **Verwaltungsgemeinschaften** sowie der **Ausgliederungen der Gemeinde Wien**,
- Evaluierung der ab dem Jahr 2011 verfügbaren Informationen im Bereich der **Gemeindehaftungen** und zur **Verschuldung der Immobiliengesellschaften gemäß ÖStP 2011**,
- **Systematische Zusammenführung aller staatlichen und staatsnahen Bereiche auf Gemeindeebene** einschließlich der Klärung von konzeptiven und materiellen Abgrenzungsfragen (z. B. hinsichtlich Brutto- und Nettoverschuldung oder im Bereich der Gemeindeverbände),
- **Interdependenzen** zwischen den **staatlichen** und **staatsnahen Bereichen** (z. B. Effekte auf die Haushalts- und Verschuldungssituation der Gemeinden durch Ausgliederungen).



STAATSSCHULDENAUSSCHUSS